D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 57
Juli/August '74 DM 1,50

Fahrpreisaktionen in Frankfurt

Michael Berger/Roland Stein

Wir greifen zu diesem späten Zeitpunkt noch einmal die nun längst erfolgte Tariferhöhung der öffentlichen Verkehrsmittel in Frankfurt auf, weniger um zu einer Einschätzung der kommunalpolitischen Entwicklungen zu kommen, sondern eher um die Probleme aufzuzeigen, die die Arbeit linker Gruppen im Reproduktionsbereich gegenwärtig bestimmen. Wurden 1969/70 noch kommunalpolitische Belange aufgegriffen, um der Linken den Weg zu einer breiteren Verankerung in der Bevölkerung und in den Betrieben zu öffnen – es gab damals mehrere Fahrpreiskampagnen (Rote-Punkt-Aktionen), besonders die in Hannover – so scheint heute, trotz aller Absichtsbekundungen, eher das Gegenteil einzutreten. Das Ansetzen an kommunalpolitischen Ereignissen ist ein Substitutions- und Verdrängungsvorgang, der in Wirklichkeit die eigene Schwäche und besonders die Nichtverankerung der Linken in den Betrieben übertüncht.

Die Fahrpreiskampagne in Frankfurt ist in direkter Verbindung zu den in den letzten Jahren vorangegangenen Häuserkämpfen zu sehen. Waren die Hausbesetzungen noch stark auf studentische Bedürfnisse zugeschnittene Aktionen, denen von den Aktiven selbst exemplarischer Charakter zugesprochen wurde, so kam in der Fahrpreiskampagne vielmehr eine Strategie zum Ausdruck, in der sich verschiedene linke Gruppen als kommunalpolitischer Machtfaktor behaupten wollten. So sind auch die Forderungen des KBW „Weg mit dem Magistrat" und des Häuserrats „Wir dürfen die Stadt nicht dem Magistrat überlassen" nicht mehr Ausdruck eines stellvertretenden Handelns, sondern Aufforderungen zur aktiven Solidarisierung mit den linken Gruppen in ihrer Politik gegen den Magistrat. Diese Strategie, die letztlich impliziert, daß ihre Träger zumindest lokal Machtpositionen errungen haben, hatte einen verstärkten Profilierungszwang der Gruppen selbst zur Folge. Dadurch wird zunehmend die jeweilige gesamtpolitische Relevanz der anstehenden Konflikte enorm überschätzt, die eigentliche Stoßrichtung und der politische Inhalt des Protests verkannt und die Entfaltung einer sozialistischen Strategie stark behindert.

Wir wollen im folgenden aufzeigen, daß der Magistrat in Frankfurt, wie überhaupt die kommunale Selbstverwaltung, nur begrenzt entscheidungs- und handlungsfähig ist und von daher nicht zum alleinigen Adressaten von Forderungen gemacht werden kann. Wir wollen außerdem anhand der Strategien und der Entwicklung der Auseinandersetzungen zeigen, wie gering

FORTSETZUNG SEITE 9

In dieser Ausgabe:

Kommentare
Michael Schwelien: GEW-Versammlung 3
Peter Schlotter: Anti-Weißbuch 4
Franz Kössler: Italien 4
Andreas Buro: Portugal 5
ISRACA: Nixon in Nahost 7

Aktionen
M. Berger/R. Stein: Fahrpreisaktionen 1/9

Ökonomie
Schwierigkeiten polit-ökonomischer Analysen 11

Strategie
Egbert Jahn: Sozialistische Militärpolitik 13

Sozialismus
Johann Eggert: Sowjetgesellschaft 16
Brief von „Sowjetunion heute" 18

Emanzipation
Dieter Duhm: Antwort an H. Joas und R. Kelber 20
Bärbel Meurer: Emanzipation und politische Aktion 23

Organisation/Aktion
Jugendhilfegesetz 25
Sozialistische Aktion 27
AJZ Bielefeld 27
Gesundheitswesen 28
SLB-Info 29
Lip-Larzac 30

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

●

Neben „links" gibt das Sozialistische Büro die Monatszeitung „express" heraus, eine Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Außerdem hat das Sozialistische Büro periodisch erscheinende Informationsdienste für sozialistische Berufspraxis aufgebaut, so den Info für sozialistische Lehrer sowie die Infos Sozialarbeit und Arbeiterbildung. Ergänzend fördert das Sozialistische Büro mit verschiedenen Broschürenreihen und seinem Bücher- & Papervertrieb die Herstellung und Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, über lokale und projektbezogene Aktivitäten etc. Um das Sozialistische Büro und seine Projekte tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrags selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt 2956 80-605

Informationen

Bündnispartner der „Stimme der Gemeinde" ausgebootet

Die Herausgeber der „Stimme der Gemeinde", Niemöller, Mochalski, Linke, Steck, Weber bitten alle Abonnenten, ihnen ihre Adresse an den Vorsitzenden des Redaktionskollegiums Prof. Karl Linke, 637 Oberursel, Im Rosengärtchen 37 zu schicken. Der Grund: Sie sind vom Stimme-Verlag, den Mochalski zum Jahreswechsel an DFU-Werner übergeben hatte, ausgebootet worden, da sie sich weigerten, den pluralistischen Charakter der von ihnen jahrelang herausgegebenen „Stimme der Gemeinde" zu ändern und die Zeitschrift zur DKP-Vorfeld-Postille zu machen. Werner verweigert Niemöller und Genossen die Adressenkartei. Er will nämlich eine „Neue Stimme" herausbringen und sie den alten Stimme-Abnehmern ins Haus schicken. Doch die ehemaligen Bündnispartner geben nicht auf: Sie wollen die „Stimme der Gemeinde" weiter publizieren. Dazu brauchen sie die Adressen ihrer alten Abonnenten.

RAF-Prozesse

Am 29. Mai 1974, zu Beginn ihrer Hauptverhandlung vor Gericht in Berlin, wiesen Brigitte Mohnhaupt und Bernhard Braun die Pressemeldungen zurück (Welt 15. 3., Südd. Ztg. 31. 5., Spiegel 10. 6.), in denen Mitgliedern der RAF Planungen für Raketenanschläge auf Fußballstadien oder Trinkwasservergiftungen deutscher Großstädte unterstellt werden, um die Freilassung von Gefangenen zu erreichen. Mohnhaupt und Braun sehen hinter solchen Meldungen über unberechenbaren Terror und drohenden Massenmord den von Staatsschutzbehörden lancierten Versuch, die breite öffentliche Meinung so zu manipulieren, daß die Verschärfung der Haftbedingungen und die Behinderungen der Verteidigung gerechtfertigt und die dagegen gerichteten Proteste abgeschwächt werden.

Hoher Kreditbedarf des RGW

Der jüngste Bericht der Europäischen Wirtschafts-Kommission in Genf sagt für dieses Jahr einen merklich erlahmenden Aufschwung im Ost-West-Handel voraus. Sie gibt gleichzeitig einen wichtigen Grund dafür an: Die RGW-Staaten sind gezwungen, wegen der mit ihren bedeutenden Handelsdefiziten einhergehenden hohen Auslandsverschuldung die Schuldenlast und damit die Einfuhren aus dem Westen einzuschränken. Das Ausmaß der Verschuldung der RGW-Staaten gegenüber dem Westen ist nicht genau bekannt. Die Österreichische Nationalbank beziffert diese Schuldenlast per Ende 1973 auf zehn Milliarden Dollar, wovon die Hälfte auf die Sowjetunion fällt. Der Präsident der amerikanischen Exim-Bank gab dieser Tage an, daß sein Institut am 31. Oktober 1973 an die Sowjetunion, Jugoslawien, Polen und Rumänien einen Totalbetrag von 600 Millionen Dollar ausgeliehen hatte. Die fünf wichtigsten Konkurrenten in Großbritannien, Frankreich, Westdeutschland, Italien und Japan hätten gleichzeitig 8,9 Milliarden Dollar ausgeliehen beziehungsweise garantiert. Der Zinssatz der amerikanischen Bank betrage gegenwärtig sieben Prozent. Die ungarische Handelszeitung „Vilaggazdasag" bezifferte die West-Kredite, die die RGW-Länder in den sechziger Jahren erhalten haben, mit 1,93 Milliarden Dollar, wovon 1,014 Milliarden auf die Sowjetunion, 409 Millionen auf Rumänien, 292 Millionen auf Polen und kleinere Beträge auf die übrigen RGW-Staaten entfielen. Nach 1970 sind die westlichen Kredite — gemäß gleicher Quelle — sprunghaft angestiegen. Einige RGW-Länder hätten 1971 Kredite bis zu einer Milliarde, im Jahre 1972 zwischen 1,5 und 2 Milliarden Dollar erhalten.

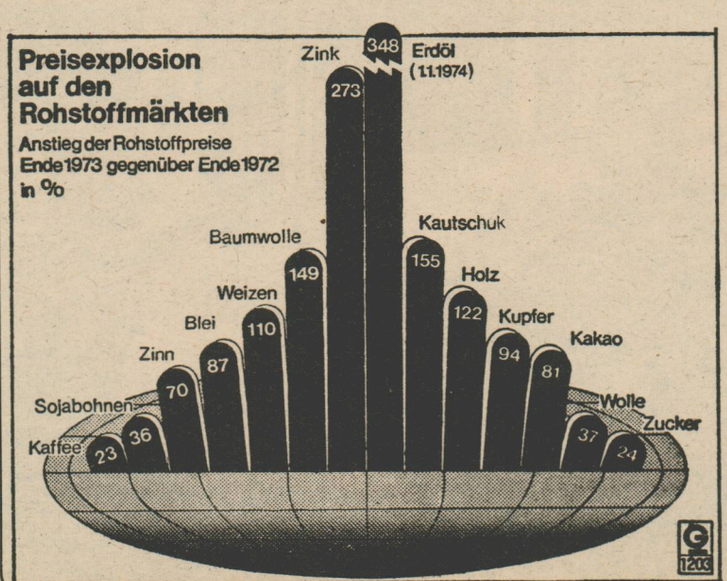
Aufmarsch in Fernost

Die militärische Lage und die Möglichkeit eines Kriegs im Fernen Osten untersucht der neueste Bericht des Londoner „Institute for Strategic Studies". Aus diesem geht hervor, daß sich seit 1960 die Zahl sowjetischer Divisionen in den Wehrbezirken Transbaikal und Fernost und in der Mongolischen Volksrepublik verdreifacht hat, aber auch in den chinesischen Militärregionen Sinkiang, Peking und Shenyang seit 1971, dem Sturz Lin Piaos, die Truppen verstärkt worden sind.

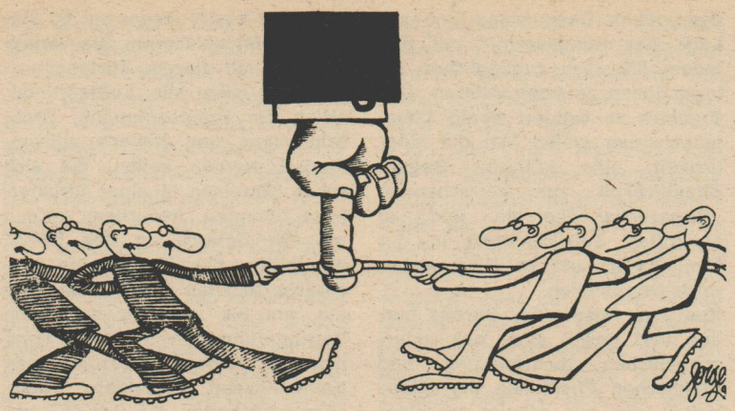
Der sowjetische Aufmarsch, für den keineswegs Truppen aus Osteuropa abgezogen, sondern neue Divisionen aufgestellt wurden, sowie der intensive Ausbau der militärischen Inftrastruktur mit Kasernen, Übungsplätzen und Familienunterkünften deutet nach Meinung des Londoner Instituts auf die Errichtung einer permanenten „Garnison" an der Grenze zu China hin. Diese „ausgewogene, schlagkräftige und effektive Streitkraft", ausgerüstet mit Mittelstrekkenraketen und einer verbesserten Luftverteidigung und unterstützt von der Pazifikflotte, könnte den Kern für eine Offensivarmee bilden; es würde jedoch beträchtliche Verstärkungen brauchen, falls es das sowjetische Oberkommando mit den Massen Chinas, seinem wachsenden Atompotential und mit Terrain- und Kommunikationsproblemen Nordost-Chinas aufnehmen wollte.

USA lieferten mehr

Die Rüstungslieferungen der USA an Südvietnam betrugen 1973 das Achtfache der entsprechenden Ostblockhilfe für Nordvietnam. Eine Studie der „Defense Intelligence Agency" (DIA), der zentralen Geheimdienstauswertung der US-Streitkräfte, die von dem demokratischen Abgeordneten Lee Apsin veröffentlicht wurde, zeigt auch auf anderen Gebieten einen überwältigenden US-Vorsprung in Südostasien. Waffenlieferungen aus den kommunistischen Staaten einschließlich der Volksrepublik China betrugen 1973 rund 290 Millionen Dollar und damit weniger als die Hälfte der 1972 geleisteten Hilfe. Gleichzeitig stiegen die US-Lieferungen von zwei auf 2,3 Milliarden Dollar. Während der Gesamtdauer des Vietnamkrieges, so wird in der Studie festgestellt, gaben die Vereinigten Staaten 107 Milliarden Dollar gegenüber 3,65 Milliarden der kommunistischen Staaten aus.



GEW-Vertreterversammlung in Mainz



Rüdiger Offergeld, vom bayerischen Kultusministerium vom Schuldienst ferngehalten, wird erst im zweiten Wahlgang, nach eindringlichen Ermahnungsreden — oft verbunden mit politischen Distanzierungen — wieder in den Bundesvorstand gewählt. Ernst Reuter, langjährig aktiver und konsequenter Gewerkschaftler, hat als einziger einen Gegenkandidaten.

In einer Atmosphäre betonter Sachlichkeit wird emotionslos und ohne politische Inhalte diskutiert. Politische Beiträge, insbesondere die der Linken, werden von der Mehrheit der versammelten Lehrervertreter als „Verzögerungen" abgekanzelt. Gesamtpolitische Aspekte, die noch vor drei Jahren die Diskussion in Kiel beherrschten, gehören in Mainz nicht mehr zur Tagesordnung; es kommt nicht einmal mehr zur geplanten Debatte über bildungspolitische Belange.

Insgesamt ging es bei der Vertreterversammlung um Wahlen und Satzungsfragen, hinter denen wichtige politische Konsequenzen stecken. Die drei wesentlichen Inhalte, die der Hauptausschuß durch Satzungsänderungen anstreben wollte, waren die Annahme der DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Hand des Hauptausschusses zuungunsten der Landesverbände und das Problem des Streikrechts für Beamte. Daneben war noch die Frage nach dem Mitgliederstatus von Studenten von einiger Bedeutung.

Folgende Resultate kamen zustande: Ein Ausschluß aus der GEW kann zukünftig vorgenommen werden, wenn „gewerkschaftsschädigendes oder satzungswidriges Verhalten" vorliegt. Außerdem ist die „arglistige Täuschung bei der Aufnahme" ein weiterer Ausschlußgrund. Die Ausschlußverfahren erfolgen auf Landesebene, zur Revision kann die Bundesschiedskommission angerufen werden. Da die Bundesschiedskommission durchgängig mit „Rechten" besetzt ist und ähnliches für die Landesverbände — mit der eventuellen Ausnahme von Bayern und Berlin — zu erwarten ist, scheint die Richtung dieser Satzungsänderungen ziemlich eindeutig, dies besonders, da keinerlei verbindliche Kriterien für „gewerkschaftsschädigendes" Verhalten vorliegen. Bedenklich erscheint uns auch die Formel „arglistige Täuschung bei der Aufnahme." Dieser Ausschlußgrund läßt Aufnahmeverfahren in der Form von Fragebögen über die Zugehörigkeit zu politischen Gruppen erwarten, die dann zum passenden Zeitpunkt zwecks Ausschluß aus der Schublade gezogen werden können.

Dem Hauptausschuß wurden eine Reihe von Kompetenzen übertragen, die zuvor noch in der Hand der Landesverbände lagen. Da der Effekt dieser Zentralisierung aber noch nicht abzusehen ist, werden wir uns hier nicht näher damit befassen. Bei der Frage der Urwahl blieb der Hauptausschuß zunächst erfolglos: das von ihm angestrebte Briefwahlverfahren wurde abgelehnt. Es bleibt aber zu erwarten, daß dieses Verfahren dennoch auf Landesebene von den meisten Verbänden eingeführt wird. Die Intention ist eindeutig: die passiven und vermutlich eher konservativen Mitglieder der GEW sollen verstärkt in den Entscheidungsprozeß einbezogen werden, um aktive Linke von Funktionsstellen fernzuhalten.

Die Mehrheit der versammelten Vertreter hält den Beamtenstreik für zulässig, will ihn auch einsetzen, dies allerdings nur unter stark einschränkenden Vorzeichen. Streikziele sind nur die „Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Besoldung", nicht aber politische Forderungen.

Die Trennung von Politik und Ökonomie im Bewußtsein der Lehrervertreter spricht für sich selbst, wesentlicher aber bleibt das Beispiel, das die GEW in diesem Sinne setzte. So wurde ein Antrag des — im politischen Spektrum der GEW — linken Landesverbandes Berlin abgelehnt, der zu einem eintägigen Warnstreik mit dem Ziel der Herabsetzung der Pflichtstundenzahl um eine Stunde zum ersten Oktober aufrufen wollte.

Die Frage der studentischen Mitgliedschaft wurde im Sinne des Hauptausschusses entschieden. Studenten können zukünftig nur noch außerordentliche Mitgliedschaft in der GEW einnehmen und sind somit von den Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen.

Die gesamte Tendenz auf dem Mainzer Kongreß der GEW, wo die Linke nicht einmal über eine Eindrittel-Sperrminorität verfügte, läßt die Gewerkschaftsstrategie sozialistischer Lehrer in neuem Licht erscheinen. Wie der Fall Offergeld zeigte, sind es nicht nur die Mitglieder sektiererischer Gruppen, die vom Berufsverbot bedroht sind. Fraglich ist, ob die GEW bereit sein wird, in einem weniger spektakulären Fall gewerkschaftliche Solidarität zu üben. Immerhin ist Offergeld Bundesvorsitzender des Ausschusses junger Lehrer und Erzieher (AJLE) und damit Mitglied des Hauptvorstandes der GEW.

Zudem würde der Bundesvorsitzende Frister gern — so in einem Pressegespräch — die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch auf die DKP ausgedehnt sehen. Innergewerkschaftliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse einerseits und Ministerpräsidenten-Berufsverbot andererseits sind schon deshalb so bedrohlich, weil sie — wie sich schon in mehreren Fällen zeigte — simultan gehandhabt werden. Auch die Zentralisierungsbestrebungen bieten potentiell die Möglichkeit den Handlungsspielraum einzuengen. Die Mehrzahl der in Mainz versammelten Vertreter will eine Gewerkschaft, die ihre Standes- und Lohninteressen vertritt, ohne selbst bereit zu sein, für diese Interessen Kampfmaßnahmen zu ergreifen. Diese Tatsache ermöglicht dem sich immer noch von Reformillusionen nährenden Hauptvorstand die stromlinienförmige Anpassung an eine auf der rechten Tendenzwelle schwimmende SPD-Regierung.

Eine solche Politik kann aber nur so lange Erfolg haben, wie „alles gut geht". Die allgemeine Misere im Bildungssektor, angestrebte Besoldungsrückstufungen, keine Aussicht auf effektive Arbeitszeitverkürzungen in absehbarer Zeit, die Finanzierungsvorbehalte gegenüber dem Bildungsgesamtplan sowie die Aufgabe der letzten Reformvorhaben durch die derzeitige Regierung, dies alles sind Probleme, die die GEW in ein Dilemma bringen, das sie durch die Schwächung der Position der aktiven — und damit zumeist auch kritischen — Mitglieder nur noch verstärkt. Natürlich ist nicht die schweigende, im Standesdünkel verharrende Mehrheit der GEW-Delegierten zukünftiger Träger einer konsequenten, auch über Lohnforderungen hinausgehenden Gewerkschaftspolitik. Gerade aber diese Mehrheit will der Hauptvorstand jetzt gegen eine von ihm nicht näher definierte Linke mobilisieren.

Im Zuge der weitgehenden Aufgabe bildungs- und besoldungspolitischer Reformen werden besonders die jungen Lehrer zunehmend stärkere Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen verlangen. Da die GEW derzeit nicht bereit ist solche Mittel einzusetzen, wurden schon in Mainz am Rande des Kongresses Diskussionen über Gewerkschaftsaustritte geführt. Ein solcher Schritt ist zum gegebenen Zeitpunkt sicher falsch, nicht nur, weil es keine Alternativorganisation gibt, sondern auch, weil die Position der aktiven kritischen Mitglieder lokal und regional stärker ist als dies in Mainz zum Ausdruck kam. So bestand ein Großteil des rechten Flügels in Mainz aus selbsternannten, niemals gewählten und damit basislosen „Vertretern", die meist aus ländlichen, migliederschwachen Gegenden kommen.

Andererseits beginnt sich der Erfolg von politischen Gruppen, die ihre Gewerkschaftsarbeit nicht nur als Vorfeldbezug sektiererischen Parteiaufbaus betreiben, mancherorts abzuzeichnen. Daß diese Positionen dem Hauptvorstand bekannt sind, zeigt sich unter anderem auch an dem starken persönlichen Einsatz Fristers zur Wiederwahl von Rüdiger Offergeld. Die GEW kann es sich nicht erlauben, ihre aktive Basis in die Isolation zu treiben, solange sie sich in der widersprüchlichen Situation befindet, daß ihrer Führung selbst daran gelegen ist, die GEW als Gewerkschaft und nicht als Standesorganisation zu stabilisieren. Ein Großteil der in Mainz Anwesenden, besonders die selbst ernannten „Vertreter", waren aber diejenigen Mitglieder, die die Führung in einer weitergehenden Gewerkschaftspolitik nicht unterstützen werden. Für eine solche Politik braucht die Führung die Linke. Hier liegt auch der Ansatzpunkt für sozialistische Lehrer in der GEW, die Gewerkschaftspolitik zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchaus als Interessenvertretungspolitik gegen administrative Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote, für eine Verbesserung der materiellen und psychischen Arbeitsbedingungen und als Hilfe in der täglichen Berufspraxis betreiben.

So zielt das gegenwärtige Taktieren der GEW-Führung eher darauf ab, die Linke Basisarbeit machen zu lassen, sie aber von Funktionsstellen fernzuhalten, sie also als Gewerkschaftler, aber nicht als Sozialisten zu erlauben. Eine andere Konsequenz aus den Mainzer Beschlüssen ist sicher die, daß eine „putschistische" Politik, die sich wesentlich darauf richtet, momentan günstige Mehrheitsverhältnisse auf Mitgliederversammlungen bei Wahl- und anderen Entscheidungen auszunützen, längerfristig zum Scheitern verurteilt ist. Von daher liegen die Möglichkeiten sozialistischer Lehrer viel eher in einer verstärkten Basisarbeit, in einer aktiven Beteiligung an gewerkschaftlichen Schul- und

Fachgruppen. Eine weitere Bedingung gegenwärtiger sozialistischer Politik ist die Errichtung eines funktionierenden Obleute-Systems. Forderungen, wie die nach Arbeitszeitverkürzung, können durch eine aktive Gewerkschaftsarbeit durchaus zum Erfolg führen. Sie bilden unter anderem erst die Voraussetzung für die Entfaltung einer sozialistischen Politik in der GEW.

MICHAEL SCHWELIEN

Anti-Weißbuch zur Militärpolitk in der BRD

Wie sich der bürgerliche Staat die Interessenvertretung der Bevölkerung vorstellt, wurde wieder einmal an der Absage des Rüstungsstaatssekretärs Mann an die Initiatoren eines „Hearings“ zur geplanten Beschaffung des Kampfflugzeuges und Atombombers MRCA deutlich. Um sich beim Hearing nicht kritischen Fragen stellen zu müssen, gab er vor, geplante Waffensysteme müßten erst zwischen Verteidigungsministerium und den Bundestagsausschüssen geklärt werden, bevor sie in der Öffentlichkeit diskutiert werden dürften. Das heißt: Die Entscheidung wird der Bevölkerung vorgesetzt, die dann ein wenig meckern darf — schließlich ist die Bundesrepublik doch ein demokratischer Staat —, was aber natürlich keinen Einfluß auf das Rüstungsprogramm hat.

Angesichts einer bereits 5-jährigen Entwicklungszeit und der Gesamtkosten von ca. 20 Milliarden Mark für rund 300 Flugzeuge übertraf dieser Zynismus eines Vertreters einer Regierung, die mit dem Vernebelungsslogan „Mehr Demokratie“ angetreten war, die schlimmsten Befürchtungen des „Arbeitskreises Rüstung und Abrüstung in Europa“ (der das MRCA einmal öffentlich zur Diskussion stellen wollte) und einer davon unabhängigen „Studiengruppe Militärpolitik“, die in einem Anti-Weißbuch (erschienen als ro-ro-ro-aktuell Nr. 1777) die Verweigerung und Manipulation von Informationen durch die Bundesregierung aufdecken wollte. Angesichts der Allparteienkoalition in Militärfragen — die CDU stimmt seit 1969 nur dem Militäretat vollständig zu, die fünf Enthaltungen beim Einzelplan 14 (Verteidigung) für 1974 kamen von SPD-Abgeordneten — und angesichts einer manipulierten und daher völlig uninformierten Öffentlichkeit, hatte sich die Autorengruppe in richtiger Selbstbescheidung vorgenommen, unter weitgehendem Verzicht auf Interpretation und Theorie die Angaben aus dem Weißbuch 1973/74 der Bundesregierung “Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr“ mit den jedem öffentlich zugänglichen Informationen zu konfrontieren. Das Ergebnis verwundert wenig, bietet jedoch zum ersten Mal die Möglichkeit, eine kritische Gegenöffentlichkeit zur herrschenden „Sicherheits“-Ideologie und zu konkreten Entwicklungen in der Bundeswehr und im Rüstungsbereich herzustellen.

Aus dem Ansatz des Buches heraus und gewiß auch aus unterschiedlichen theoretischen und praktischen Positionen der Mitarbeiter, die nur schwer zu einer einheitlichen Grundinterpretation der Funktion von Militär und Rüstung in der kapitalistischen Gesellschaft der BRD vereinbar gewesen wären, bleibt die Kritik auf einer immanenten Ebene. So wurde nicht untersucht, wie die kapitalistische Organisation der Produktion im nationalen und internationalen System diese Manipulationen und immensen Rüstungsprogramme hervorbringt.

Trotz dieser Beschränkung auf Gegeninformationen zur herrschenden strategisch-politischen Doktrin, zu den offiziellen Angaben über die angebliche militärische Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten, den Manipulationen bei der Darstellung der Verteidigungsausgaben, die in Wirklichkeit statt rund 28 Mrd. DM 34 Mrd. betragen, zum MRCA, den Bundeswehrhochschulen, der Kriegsdienstverweigerung und zu den Rüstungsexporten bestand die Reaktion von Staatsapparat und bürgerlicher Presse in der üblichen Diffamierung der Autoren als „Wirrköpfe“ (Leber), „Soldaten des Ostens“ (Welt), „linksneutralistisch“ (Frankfurter Rundschau), „Spinner, die in jüngster Zeit sogar Professoren-Titel tragen“ (L. Bölkow vom Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm). Indem in der Presse bewußt Anti-Weißbuch, MRCA-Hearing und die Studie Soldat 74 (von DKP-nahen Soldaten verfaßt) zusammen behandelt wurden, sollte der Eindruck eines aus dem Osten gelenkten Generalangriffs auf die „Sicherheit“ der Bundesrepublik erweckt werden, um die Diskussion von vorneherein abzuwürgen. Einzig die Süddeutsche Zeitung und das evangelische Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt bemühten sich um eine wohlwollende Darstellung.

Die Presse reagierte in erster Linie auf die Kritik am MRCA. Die Autoren wiesen nämlich darauf hin, daß für dieses Flugzeug weder präzise militärische Anforderungen noch konkrete Informationen über die Kosten (ein einziges Flugzeug kostet insgesamt 60 Millionen DM) existieren. Sie vermuten, daß mit diesem Rüstungsprojekt vor allem die Luftfahrtindustrien der Bundesrepublik, Großbritanniens und Italiens subventioniert werden sollen, die sich schon jahrelang in einer Strukturkrise befinden. Außerdem würden mit der Entwicklung des MRCA absichtlich die Truppenabbaugespräche in Wien (MBFR) unterlaufen, um bis zu einer möglichen Verringerung konventioneller Truppen mit einem supermodernen Kampflugzeug vollendete Tatsachen zu schaffen, die das „Gleichgewicht“ auf einem höheren technologischen Niveau (und damit für das Kapital in der Rüstungsproduktion profitabler) bei gleichzeitiger Personaleinsparung gewährleisteten.

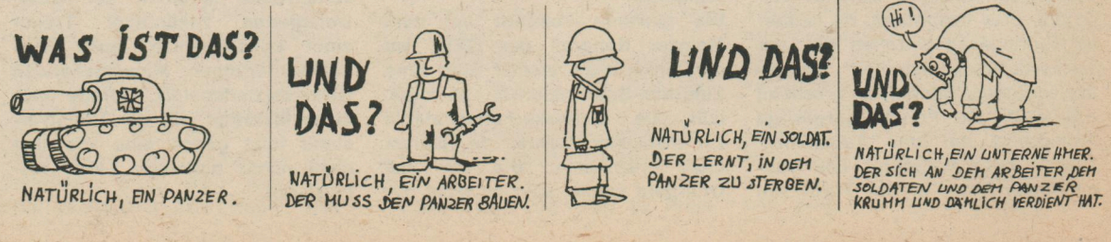
Die in dieser Schärfe nicht erwartete Reaktion der Ideologen der herrschenden (Klassen-)Verhältnisse — man macht sich da immer wieder Illusionen! — stellte in ihrer Plattheit nur zu deutlich die Argumentationsschwäche derer dar, die sich selbst vor der Kritik aus einer immanenten Position nur in Verbalinjurien und absurde Unterstellungen flüchten können. Zum anderen macht sie klar, daß das Militär von Staatsapparat und Kapital als der zentrale Machtfaktor betrachtet wird, den auch nur system-immanent zu kritisieren oder gar in Frage zu stellen als Angriff auf das herrschende ökonomische und soziale System interpretiert wird. Die Dümmlichkeit der offiziellen und offiziösen Argumente sollte daher nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Rechte in der Einschätzung der Wichtigkeit des entscheidenden Herrschaftsinstruments Bundeswehr der Linken einiges voraus hat. Wie die Reaktion von Staatsapparat, Kapital und Presse auf das Anti-Weißbuch gezeigt hat, wissen diese ganz genau um die Bedeutung des Militärs für die Sicherung des Kapitals nach innen und außen und reagieren dementsprechend massiv auf die kleinste Kritik, die sich schnell zu manifester Repression ausweiten wird, falls der Militärapparat als Gewaltinstrument des Staates in Frage gestellt werden sollte. Bevor daher von der Linken nicht eine präzise Einschätzung der Funktion des Militärs in der BRD erarbeitet wird, die zu praktischen und angesichts des Kräfteverhältnisses in den Klassenauseinandersetzungen auch praktikablen Konsequenzen führt, verbleiben Strategiediskussionen über den „richtigen“ Weg zum Sozialismus im luftleeren Raum.

PETER SCHLOTTER

Modernisierung in Portugal

Wenn das Neue Deutschland (4. 5. 74) schreibt, die Ereignisse in Portugal hätten der NATO und dem Imperialismus einen Schlag versetzt, so demonstriert dies nicht nur analytische Unfähigkeit, sondern auch die verkehrte Welt der Koexistenzpolitik, die einen Modernisierungsschritt im kapitalistischen Bereich und der damit notwendig verbundenen Zerschlagung überständiger Herrschaftsstrukturen als eine Niederlage des Imperialismus interpretiert. Sind doch die Ereignisse in Portugal gerade Versuche des Imperialismus, ein für ihn wichtiges Gebiet sicherer in seinen Bereich einzugliedern und es intensiver seiner Nutzung zu unterwerfen.

Wie immer auch die Begleitumstände des Sturzes von Caetano gewesen sein mögen und welche Bedeutung dabei auch die jungen, fortschrittlichen und vielleicht zum Teil sogar sozialistisch orientierten Offiziere und Soldaten gespielt haben mögen, die Kulissen für diese geschmiert laufende Revolte wurden von ihnen nicht geschoben und die Regie von ihnen nicht geführt. Indizien hierfür sind nicht nur, daß Caetano selbst nicht kämpfte, was er wohl mit Nationalgarde und Polizei nicht ganz ohne Erfolgsaussicht gekonnt hätte, sondern in großer Geste Spinola die Macht übergab, „damit der Straßenmob sie nicht ergreift“; daß die Friedrich-Ebert-Stiftung zur Gründungsfinanzierung der portugiesischen sozialistischen Partei des jetzigen Außenministers Soares beitrug, der mit Wischnewski eifrig diskutierte, worauf dieser heftig gegen Spinolas zwischenzeitliche Entlassung protestierte; daß Kissinger vor dem Sturz mit Spinola konferierte; daß eine der größten Industriegruppen Portugals, die eng mit dem multinationalen Kapital verflochten ist, das Buch Spinolas herausgab und seine Publicity managte und daß schließlich just zu der Zeit des Putsches eine NATO-Flotte vor Lissabon lag, ohne daß sie gegen diejenigen vorging, die dort eine NATO-Regierung gewaltsam beseitigten, obwohl doch der NATO-Vertrag gerade die bürgerliche Ordnung in den Mitgliedstaaten gewährleisten soll. Nixon schließlich spielte Ouvert, als er Spinola im herzlichen Gespräch die Unterstützung der USA zusagte.



Das zentrale Problem des Generals, der im spanischen Bürgerkrieg, in Stalingrad und bei den Massakern in Guinea-Bissao dabei war — freilich stets auf faschistischer Seite — und der nun angeblich dem Imperialismus einen schweren Schlag versetzt hat, ist heute ebenso deutlich erkennbar wie die imperialistische Kulissenschieberei. Die Portugiesen können den Guerilla-Krieg gegen die Befreiungsbewegungen in ihren afrikanischen Kolonien nicht nur nicht gewinnen; viel wichtiger, sie können ihn auf Grund der großen ökonomischen Schwäche Portugals schon längst nicht mehr zum Nutzen des eigenen Kapitals führen. Längst schon sind die riesigen Rohstoffquellen der afrikanischen ‚Überseegebiete' fest in der Hand von multinationalen und ausländischen Kapitalgruppen und jeder Versuch, das Leben der afrikanischen Bevölkerung durch Reformen wenigstens etwas zu erleichtern, um dadurch — wie die portugiesischen Strategen erhofften — den Befreiungsbewegungen den Boden unter den Füßen fortzuziehen, scheiterte entweder an den zu geringen Resourcen der Portugiesen oder brachte noch mehr nichtportugiesische Kapitalien und damit ausländische Kontrolle über das Kolonialgebiet. So läßt Portugal jetzt die Kolonien fahren, ähnlich wie Frankreich 1954 seinen Anspruch in Indochina fallen ließ, als endgültig klar wurde, daß seine Truppen dort nur noch für Interessen des amerikanischen Kapitals kämpften. Die Belastungen des portugiesischen Kolonialkrieges behinderten zudem in zunehmendem Maße die Modernisierung des portugiesischen Industriekapitals. Dies vor allem aus folgenden Gründen:

● Die direkten Kriegskosten waren so erheblich, daß infrastrukturelle Investitionen in Portugal selbst und auch im Kolonialgebiet darunter litten. Schwächung der Konkurrenzfähigkeit und Profitabilität waren die Folge.

● Ein sehr großer Anteil der jungen portugiesischen Arbeitskräfte wurde entweder durch den Militärdienst für lange Zeit der Industriearbeit entzogen oder emigrierte, entweder, um dem Militärdienst zu entgehen oder um in den Genuß höherer Löhne in den westeuropäischen Industriestaaten zu kommen. Seit 1961 waren es etwa 1 Million oder ca. 10 % der Bevölkerung.

● Die EG-Staaten können angesichts ihrer weitreichenden Interessen in Afrika eine enge Verbindung und Einbindung Portugals in die Europäische Gemeinschaft solange nicht gestatten, wie Portugal als direkte, terroristische Kolonialmacht in Afrika auftritt. Welche wirtschaftlichen Interessen Portugals mit den EG verbunden sind, zeigen zwei Zahlen schlaglichtartig: 1973 betrug der Anteil des portugiesischen Exports in den EG-Bereich 48 %, in die ‚überseeischen Provinzen' jedoch nur 15%.

Das eng mit multinationalem Kapital verflochtene portugiesische Industrie- und Finanzkapital hat also gute Gründe, den Kolonialkrieg zu liquidieren. Dagegen freilich stand die Fraktion der herrschenden Klasse, die sich vor allem auf portugiesischen und überseeischen Landbesitz stützt. Nahmen Salazar und Caetano Vermittlerfunktionen zwischen diesen beiden Fraktionen der herrschenden Klasse wahr, so hat der Putsch diese Balance zugunsten der Industrie- und Finanzfraktion und damit freilich auch zugunsten der internationalen Kapitale verschoben. Wenn die Kommunistische Partei Portugals heute vor einem — allerdings nicht sehr wahrscheinlichen — reaktio-

Zur aktuellen Situation in Italien

Die ökonomische Krise hat jene Akkumulationsrate, die in den vergangenen Jahren einen gewissen Spielraum noch offen gelassen hatte, nunmehr auf ein Minimum reduziert. Die politische und soziale Klassenauseinandersetzung ist umso härter geworden. Um das Defizit der Zahlungsbilanz auf die — immer noch katastrophale — Summe von 12 Mrd. DM zu reduzieren, um die Inflationsrate von derzeit 20 % einzudämmen, müßte der interne Konsum um 4—5 % reduziert werden. Das hieße, deflationäre ökonomische Maßnahmen müßten gegen alle Reformbestrebungen, gegen die Verteidigung des Reallohns und der Arbeitsplätze durchgesetzt werden, also gegen die Arbeiterbewegung.

In diesem Kontext ist die politische Bedeutung der Volksabstimmung über die Abschaffung der Ehescheidung zu verstehen, die am 12. Mai zur bisher schwersten politischen Niederlage des konservativ-reaktionären Blocks in Italien geführt hat. Gegen die Gefahr einer rechten Spaltung der Democrazia Christiana ist die Volksbefragung beschlossen worden; zur ideologischen Zementierung einer Partei, in der die Interessen der herrschenden Klasse in allen ihren Artikulationen vertreten sind, in „correnti", Strömungen organisiert, die oft gegenseitig sich bekämpfen. Der Wahlkampf vereinigte auf der einen Seite Christdemokraten und Faschisten, auf der anderen die gesamte Linke (PCI, PSI, Manifesto-Pdup, Lotta Continua und Avanguardia Operaia), während die übrigen Parteien sich zwar für die Scheidung aussprachen, aber nicht aktiv einsetzten. Der überraschend hohe Sieg der Befürworter der Scheidung (59,1 %) trägt denn auch den Charakter eines Sieges der Linken: der Versuch der ideologischen und politischen Stärkung des Blocks der Rechten, die als Basis für eine autoritäre Involution zur Überwindung der Krise dienen sollten, ist zunächst durch eine einheitliche Kampagne der Linken verhindert worden.

Zum ersten Mal war sich die Linke auch einig in der Verurteilung der „Brigate Rosse", die in den Wochen der höchsten Spannung vor der Wahl einen Staatsanwalt entführt und wegen seiner Rolle in der Repression gegen linke Gruppen vor ein „Volksgericht" gestellt hatten. Die Roten Brigaden, die 1970 aus dem Collettivo politico metropolitano hervorgegangen sind, konnten zunächst auf eine gewisse Basis auch in den Betrieben (Sit-Siemens, Alfa Romeo usw.) zählen und konzentrierten sich auf die Entführung und exemplarische Bestrafung einzelner Direktoren dieser Betriebe. Diese Aktionen hatten in einigen linken Gruppen bisher bestimmte Zustimmung gefunden. Nun tragen aber in Italien diese vom Kampf der Arbeiterklasse isolierten Aktionen gerade wegen des hohen Niveaus der Klassenkämpfe zur politischen Spannung bei, zur Schwächung der Kampfkraft und zu Rückschlägen der Arbeiterbewegung. Es ist nicht zufällig, daß diese Brigaden pünktlich zu politisch relevanten Terminen, wie Wahlen oder Tarifverhandlungen, auftauchen und daß bei den Untersuchungen immer wieder die Rede von nationalen und internationalen Geheimdiensten, infiltrierten Polizeispitzeln die Rede ist, die die subjektiven Intentionen objektiv in eine weit gezogene Strategie stellen, die auf eine autoritäre Machtübernahme in Italien abzielt. Hierzulande ist das umso gefährlicher, als ein Teil des Staatsapparates (von den Geheimdiensten, dem Militär bis zur höchsten Ministerialbürokratie), die autoritäre Tendenz der DC und die Faschisten mit in diesen Plan verwickelt sind. Attentate, Staatsstreichpläne werden immer häufiger, und die meisten gerichtlichen und parlamentarischen Untersuchungen verlaufen nach kurzer Zeit eben wegen der Komplizenschaft des Staatsapparates im Sand. In dieser Situation ist jede Aktion, von welchen Absichten auch immer sie ausgeht, dann unverantwortlich und im Dienste dieser konterrevolutionären Strategie, wenn sie außerhalb der realen Ebene der Massenkämpfe liegt.

Das Bombenattentat gegen eine antifaschistische Kundgebung der Gewerkschaften im Mai in Brescia, bei dem sieben Arbeiter und Lehrer getötet wurden und das nur ein Glied einer Reihe von faschistischen Attentaten in ganz Italien sein sollte, hat die Gefährlichkeit der rechten Gruppen bestätigt, aber gleichzeitig auch ihre Grenze aufgezeigt: über den brutalen Terror hinaus hat der traditionelle Faschismus keine politische Perspektive. Die Mobilisierung in den Betrieben, der antifaschistische Generalstreik, an dem die italienische Arbeiterklasse und die Schülerbewegung geschlossen sich beteiligten, zeugen von der Bereitschaft, jeden Versuch in dieser Richtung zurückzuweisen. Dahinter aber vollzieht sich eine autoritäre Entwicklung des Staates, der das Zögern der traditionellen Linksparteien zugute kommt: auf dem Hintergrund der katastrophischen Einschätzung der gegenwärtigen Situation mahnt die KPI zur Vorsicht. Den Sieg bei der Volksabstimmung hat sie lediglich zum Anlaß genommen, den „Compromesso storico" erneut anzubieten, auf eine offensive politische Verwertung der neuen Stärke der Linken hat sie bewußt verzichtet. Die Gewerkschaften haben auf Druck der KPI der Regierung eine neue Periode sozialen Friedens gewährt. Dagegen haben sich die Gewerkschaften der Industrie aufgelehnt, deren Basis am stärksten dem Angriff auf den Reallohn durch die galoppierende Inflation ausgesetzt ist und die jetzt zudem mit einer deflationären Politik konfrontiert wird, die ihre Arbeitsplätze bedroht: ein starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit kündigt sich für den kommenden Herbst an.

Die Bereitschaft der KPI, in dieser Krisensituation Regierungsverantwortung zu übernehmen, ihre Hegemonie über die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterklasse in den Dienst des Versuchs eines produktiven Aufschwungs nach altem Modell zu stellen, verbunden mit der Forderung, den sozialen Konsum zu bevorzugen, was gerade in dieser Krise illusorisch erscheinen muß, — diese Bereitschaft kann nur als konsequente Fortführung des Verzichts der KPI auf eine revolutionäre Strategie zugunsten einer gradualistischen Veränderung Italiens verstanden werden. Die wiederholten „tregue sociali", sozialen Friedenspausen, die einer Regierung zugestanden werden, in der die sozialistische Partei mit der heimlichen Unterstützung der PCI eine arbeiterfeindliche Politik mitverantwortet, haben jetzt schon zu einer erheblichen Abwälzung der Krise auf die Arbeiterklasse geführt und zu Spannungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Als Alternative besteht eine konsequente Oppositionspolitik der gesamten Linken, die in den Klassenkämpfen die Selbstorganisierung der Arbeiterklasse vorantreibt, (ohne natürlich die Situation frühzeitig zusammenbrechen zu lassen) und die Arbeiterbewegung auf die revolutionäre Machtübernahme in weiter Sicht vorbereitet. Die Entwicklung der Krise in Italien und auf internationaler Ebene wird die Grenzen für den Spielraum einer reformistischen oder revolutionären Strategie bestimmen.

FRANZ KÖSSLER

nären Putsch von rechts warnt, so ist ein Comeback der Fraktion des großen Landbesitzes und ihrer Klientel in nachgelagerten Sektoren und im Kleinbürgertum gemeint.

Spinola steht nun als Repräsentant des Industriekapitals vor der Aufgabe, den Kolonialkrieg zu liquidieren, ohne dabei die portugiesischen und ausländischen Investitionen und die Weiterführung der Rohstoffausbeutung in diesen Gebieten zu gefährden. Dabei muß er die zukünftigen Lebensbedingungen der portugiesischen Siedler so absichern, daß sie gleichsam als eine Stütze am Ort für neo-koloniale Kollaboration dienen können und nicht eine Rhodesienlösung anstreben. Unter diesen Gesichtspunkten ist es für Portugal wünschenswert, Zeit ‚ohne Krieg' zu gewinnen, um geeignete Übergangsbedingungen zu schaffen. Sind diese gesichert, wird die Frage nach dem Verbleib in einem portugiesischen Commonwealth oder die Gewährung der vollständigen staatlichen Souveränität der Gebiete nicht mehr großes Gewicht haben. Strategien zur Lösung dieses Problems hat Spinola schon früher erprobt, als er Amilcar Cabral ermorden ließ: Die Befreiungsbewegungen müssen entlang der Linien ihrer heterogenen sozialen Zusammensetzung gespalten und, wo mehrere parallel vorhanden sind, gegeneinander ausgespielt werden, um sozialistische und kommunistische Fraktionen unter ihnen soweit auszuschalten, daß sie nicht etwa die Entwicklung des später formal zumindest selbständigen Staaten entscheidend prägen können. Außerdem müssen neue ‚nationale Befreiungsbewegungen' aus den sozialen Kräften aufgebaut werden, die zur Kollaboration bereit sind — die Militärgouverneure der Kolonien bemühen sich schon eifrig darum. Kein Zweifel! Für die Befreiungsbewegungen bedeutet die jetzige Situation nicht nur Hoffnung auf die Durchsetzung des nationalen Zieles der Unabhängigkeit, sondern auch und gleichzeitig die Gefahr, an den nun aufbrechenden gegensätzlichen Klassen- und Schichteninteressen in Bezug auf soziale Befreiung oder Restauration zu zerbrechen. Doch gleichgültig, ob und inwieweit sich solche Strategien in kurzer Zeit als erfolgreich erweisen, die Erfahrungen aller Befreiungsbewegungen zeigen, daß das Problem, neokolonialer Abhängigkeit zu entrinnen, am Tage der Unabhängigkeitserklärung keineswegs schon gelöst ist.

In Portugal selbst muß die Industrie-Spinola-Fraktion das in sich widersprüchliche Problem lösen, einerseits so weit bürgerlich-parlamentarische Verfahren einzuführen, daß die EG-Staaten Portugal ohne Gesichtsverlust an die gemeinsame Bürgerbrust der Wirtschaftsgemeinschaft drücken können. Andererseits hat das ungeheure Ausmaß an Terror, Ausbeutung und Unfähigkeit, Portugal industriell zu entwickeln, in den vergangenen Jahrzehnten ein solches Ausmaß an Widerstand hervorgerufen, und die herrschende Klasse beider Fraktionen derartig in der Bevölkerung diskriminiert, daß die saubere liberale Revolte gegen den Willen der Kulissenschieber doch auch zur sozialen Revolution gedeihen kann. Deshalb ist es für die Herrschaftssicherung der Bourgeoisie in der Tat brisant, daß sich Militär und befreites Volk fast aller Klassen miteinander verbrüdern. Fällt doch so das wichtigste Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie, die Armee, aus. Da nun allerdings im Zeitalter der entwickelten Koexistenzpolitik eine sozialistische Umwälzung in Portugal angesichts der umgebenden NATO-Brüder und des genau observierenden Nachbarn Spanien keine Perspektive hat, braucht die Industriefraktion letztlich nicht um ihr Überleben zu bangen. Ein Bürgerkrieg jedoch würde nicht nur die reaktionäre Landbesitzerfraktion wiederum stärken, sondern auch bei letztlichem Sieg der Bourgeoisie Portugal zu griechischen Herrschaftsformen führen, die erneut schwere Hindernisse für die wirtschaftliche Integration in die EG aufbauten.

Spinolas persönliche Aufgabe ist es deshalb, als Chamäleon die Regierungsgeschäfte zu lenken: zu den Massen gewandt von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in angemessener Verschwommenheit zu sprechen, in Hinblick auf die Wirtschaft die Weichen zur europäischen Integration zu stellen und schließlich das Militär behutsam durch Privilegierung und Entlastung von demoralisierendem Kriegsdienst der Volksbewegung zu entfremden, um es wieder zum Instrument der bürgerlichen Herrschaft zu machen.

Die wichtigste Klippe auf dem Weg des Generals läßt sich unschwer bezeichnen: Portugal ist das Armenhaus Europas. Anschluß an die fortgeschrittenen Industriestaaten Westeuropas erfordert vom portugiesischen Kapital Akkumulation, Akkumulation und noch einmal Akkumulation und vom Staat riesige öffentliche Ausgaben. Um das zu erreichen, müssen die Löhne niedrig bleiben, muß die Produktion intensiv, darf sie nicht von Streiks unterbrochen sein. Die staatlichen Einnahmen und die privaten Gewinne aus den Kolonien werden sich aber möglicherweise erheblich vermindern, was letztlich wiederum nur durch Ausbeutung im Inneren kompensiert werden kann. Dabei spielt es letztlich keine große Rolle, ob das zu investierende Kapital aus Portugal selbst oder aus dem Ausland kommt. Die Multinationalen investieren schließlich nicht, um Portugal zu modernisieren, sondern um für sich selbst optimale Verwertungs- und Profitbedingungen zu schaffen.

So ist schon jetzt damit zu rechnen, daß die gegenwärtige Harmonie in Portugal nicht lange anhalten wird, sondern schwere Konflikte ins Haus stehen.

Die Kommunistische Partei Portugals als wahrscheinlich wichtigste und bestorganisierte Kraft der Linken trägt in ihrer Politik anscheinend solchen Erwartungen Rechnung. Sie geht offensichtlich davon aus, daß eine sozialistische Umwälzung zur Zeit in Portugal nicht möglich ist. Vielmehr sollen die Bedingungen für langfristige, legale politische Arbeit gesichert werden, also vor allem ein gewisses Maß an bürgerlich-demokratischen Freiheiten und Spielräumen. Sie vermeidet deshalb peinlich alles, was zu sich eskalierenden sozialen Konflikten und damit tendenziell zum Bürgerkrieg führen könnte, wohl in der Hoffnung, so ein Chaos mit den folgenden terroristischen Schritten der herrschenden Klasse verhindern zu können. Der wichtigste Baustein in diesem Konzept ist die Erhaltung der Einheit zwischen der Volksbewegung und der Armee. Dazu arbeitet die KP an der Stabilisierung der „Demokratischen Bewegung" — einer Bündnisorganisation verschiedener Parteien — und wird nicht müde zu betonen, die Regierung müsse das „Programm der Streitkräfte" ausführen, das auf den Vorstellungen der jungen Offiziere beruht. Jeder Versuch, wie auch immer gemeint, einen Keil zwischen die Volksbewegung und die Streitkräfte zu schieben, wird von der KP als objektiv konterrevolutionär bekämpft.

So richtig nun wohl die relativ bescheidene Zielsetzung der KP-Politik ist und so unumgänglich in der spezifischen Situation Portugals Bündnispolitik sein mag, so gefahrvoll wird sie an folgenden

„Demokratische Plattform" in Andalusien

Die linksgerichtete Opposition gegen Franco hat sich in Andalusien, Spaniens größter Region, zu einer „Demokratischen Plattform" zusammengeschlossen. Vertreter dieser Gruppe, die auch Demokratische Alternative genannt wird, veranstalteten zum ersten Mal eine Pressekonferenz, an der neun Korrespondenten ausländischer Zeitungen, Rundfunkanstalten und Agenturen teilnehmen konnten. Die Pressekonferenz wurde unter außergewöhnlichen Vorsichtsmaßnahmen in Andalusien an einem bis zuletzt geheimgehaltenen Ort zwischen weiten Olivenbaumfeldern veranstaltet. An der Pressekonferenz, mit der sich die vereinigte andalusische Opposition zum ersten Mal an die „Öffentlichkeit" wendet, nahmen Vertreter folgender Gruppen teil: Sozialistische Allianz Andalusiens (ASA), Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE), Sozialistische Gewerkschaft U. G. T., Carlistische Partei, Gewerkschaft „Arbeiterkommission", Kommunistische Partei Spaniens, Internationale Kommunistische Partei Spaniens und Kommunistische Organisation „Rote Fahne". Der Vertreter der Sozialistischen Gewerkschaft USP kam nicht zu dem Treffen. Nach der seit langem schon mit Erfolg arbeitenden „Demokratischen Versammlung in Katalonien" ist die „Plattform Andalusiens" der zweite gelungene Versuch einer Aktionseinheit der Oppositionsgruppen gegen das Regime. Im Baskenland werden auch schon gemeinsame Einzelaktionen durchgeführt; allerdings ist dort eine gemeinsame Oppositionsfront noch nicht fest organisiert. Die verschiedenen Gruppen in Andalusien haben ein Manifest herausgegeben, daß so etwas wie das Gründungsdokument der „Demokratischen Plattform" (Mesa Democratica) ist. In praktisch allen der acht Provinzen Andalusiens gibt es Geheimbüros der „Demokratischen Versammlung Andalusiens", die sogenannten „runden Tische der Demokratischen Opposition". Am stärksten ist die Aktivität in Sevilla. Anderen Gruppen der Opposition sei ein Beitritt möglich. Daß an der „Demokratischen Plattform" im Gegensatz zu Katalonien keine Parteien der bürgerlichen Mitte (Christdemokraten, Liberale) teilnehmen, dürfe nicht überraschen; in Andalusien — so hieß es — gebe es diese Parteien nicht. Die politische Konstellation mit ihrer scharfen Trennung zwischen links und rechts entspreche den großen sozialen Unterschieden in Andalusien. Doch seien auch zukünftige Parteien der Mitte willkommen, vorausgesetzt, sie akzeptieren das gemeinsame Programm, das heißt vor allem: Kampf gegen das Franco-Regime, um dessen Sturz zu erreichen, und Einsatz für die demokratischen, gewerkschaftlichen und regionalen Freiheiten. Der Vertreter der früher weit rechts stehenden Carlisten sagte, sie kämpften für Mitbestimmung in allen Bereichen, einen Sozialismus, der Gewissensfreiheit und alle anderen Freiheiten garantiere. Die Carlisten-Bewegung habe nach dem von ihr vollzogenen Linksruck einen Teil der alten Anhänger verloren, vor allem Führungspersönlichkeiten, doch stehe die Basis weiter hinter der jetzt links gerichteten Parteiführung. Die „Sozialistische Allianz Andalusiens" (ASA) ist vor kurzem gebildet worden. Zu ihr gehören sozialdemokratische, sozialistische und linkskatholische Persönlichkeiten, die zum großen Teil aus dem Bürgertum kommen. Eine der Aufgaben der Allianz ist es, innerhalb der bürgerlichen Kreise, wo die traditionellen Parteien der Linken wenig Zugang finden, Anhänger für die linksgerichtete Opposition zu gewinnen.

Punkten:

- Durch den Eintritt der KP in die Regierung übernimmt sie de facto, ob gewollt oder nicht, auch die Funktion der Pazifizierung der in Bewegung geratenen Volksmassen und beeinträchtigt damit tendenziell die Massenbasis und Stärke der Linken. Diese aber wird letztlich darüber entscheiden, ob politische Freiheiten unter diesen besonderen kapitalistischen Entwicklungsbedingungen aufrecht erhalten werden können. Als Maßhalteapostel der Modernisierungsfraktion wird sie mit zunehmenden ökonomischen Schwierigkeiten in die Rolle desjenigen gedrängt, der die Massen in die kapitalistische Modernisierungspolitik integriert. Das Ergebnis ähnlicher Entwicklung war in Deutschland einmal der Schießbefehl Noskes auf demonstrierende Arbeiter.
- Da die Solidarisierung zwischen Volksbewegung und Armee im Rahmen von Bündnispolitik notwendig nach Klassen und Schichten unspezifisch sein muß, also keinen politisch scharf ausgewiesenen Inhalt hat, wird im Ernstfall seine Belastbarkeit gering sein. Wird nicht dann die Armee in ebenso viele Fraktionen zerfallen wie Bündnispartner in der Volksbewegung mit ihr koalieren, werden nicht die Kommandozentralen und Elite- und Spezialtruppen das Proletariat gerade nicht als ihren Bündnispartner begreifen und werden nicht, wie in Chile, die Sozialisten und Kommunisten in der Armee nicht unzureichend organisiert sein?
- Wird, wie hier angenommen, das Spinola-Regime auf die Ausbildung eines neo-kolonialen Verhältnisses zu den afrikanischen Gebieten drängen, so werden im Bewußtsein der portugiesischen Bevölkerung und vielleicht auch in dem der afrikanischen Befreiungsbewegungen, die Kommunisten mit einer solchen Entwicklung verbunden werden – man erinnere sich nur an die Haltung der KPF unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkrieges gegenüber der Rekolonialisierung in Indochina und dem Vietminh. Unglaubwürdigkeit der sozialistischen Alternative und Spaltungen können die Folge sein.

Von hier aus kann nicht entschieden werden, ob die Gründe für oder gegen sozialistische und kommunistische Mitarbeit in der Regierung größeres Schwergewicht haben. Sicher scheint nur, daß die Stärke der proletarischen Klassenorganisationen darüber entscheiden wird, ob die Modernisierungsfraktion die Repression gegenüber dem Proletariat wieder verschärfen kann, oder ob Recht und Freiheitsspielräume für die Entfaltung weiterreichender sozialistischer Arbeit abgesichert werden können. Der politischen Organisation der Klassenbasis und der Kooperation mit den sozialistischen Teilen der Befreiungsbewegungen muß deshalb in jedem Falle hohe Priorität eingeräumt werden.

ANDREAS BURO

Nixon in Nahost

Der Besuch Nixons im Nahen-Osten kennzeichnet den Grad der Veränderung auf das Eindringlichste, den die Region augenblicklich durchläuft. Daß der amerikanische Präsident Israel und die arabischen Staaten gleichzeitig besuchen kann und obendrein in Damaskus willkommen ist, macht die Dynamik der Wandlung besonders augenscheinlich.

Doch diese Metamorphose ist weniger von den einzelnen Persönlichkeiten bestimmt worden, die heute vorgeben, Politik zu „betreiben", als von Bedingungen, die durch die Entwicklung auf dem Weltmarkt indiziert wurden, also weitgehend kapitalimmanent sind. Die Tendenz imperialistischer, insbesondere amerikanischer Kapitalfraktionen, sich dem arabischen Osten auf einer anderen, „friedlichen" Weise zu nähern, hat ihre Ursachen in den Metropolen ebenso wie in der Struktur und den Klassenverhältnissen der arabischen Staaten. Um diese Tendenz deutlicher hervorzuheben, ist ein Rekurs auf die politische Entwicklung der fünfziger Jahre angebracht.

Damals versuchte die junge nationale Bourgeoisie der Länder der „Dritten Welt", insbesondere die rohstoffproduzierenden Staaten Lateinamerikas und des Nahen-Osten – aber nicht nur diese –, sich der Vormundschaft des imperialistischen Kapitals, insbesondere des US-amerikanischen, zu entledigen, um eine nationale Industrialisierung einzuleiten. Diesen hauptsächlich bonapartistischen Regimes, die im Interesse der nationalen Bourgeosie ein „Bündnis" zwischen Arbeit und Kapital auf nationaler Ebene anstrebten, um so dem imperialistischen Kapital besser die Stirn bieten zu können (z. B. Peron in Argentinien, Nasser in Ägypten), gelang diese Strategie nur beschränkt. Während sie in Lateinamerika gefällt wurden, gelang es ihnen im Nahen-Osten weitgehend, die imperialistische Offensive zu überstehen (Suezkrieg 1956). Daß im Nahen-Osten der amerikanischen Politik so lange erfolgreich Widerstand entgegengesetzt werden konnte, läßt sich aus der geographischen Nähe zur Sowjetunion ableiten und damit aus der strategischen Wichtigkeit dieser Staaten. Mit Waffenlieferung und Kapitalhilfe gelang es der UDSSR die westliche Bedrohung seiner südlichen Flanke abzuwehren (westliche Militärorganisationen wie Bagdad- und CENTO-Pakt). Daß für diese Staaten, insbesondere Ägypten, Syrien und den Irak, die politische und indirekte militärische Absicherung durch die UDSSR konstruktiv war, läßt sich am Beispiel Persiens besonders deutlich aufzeigen.

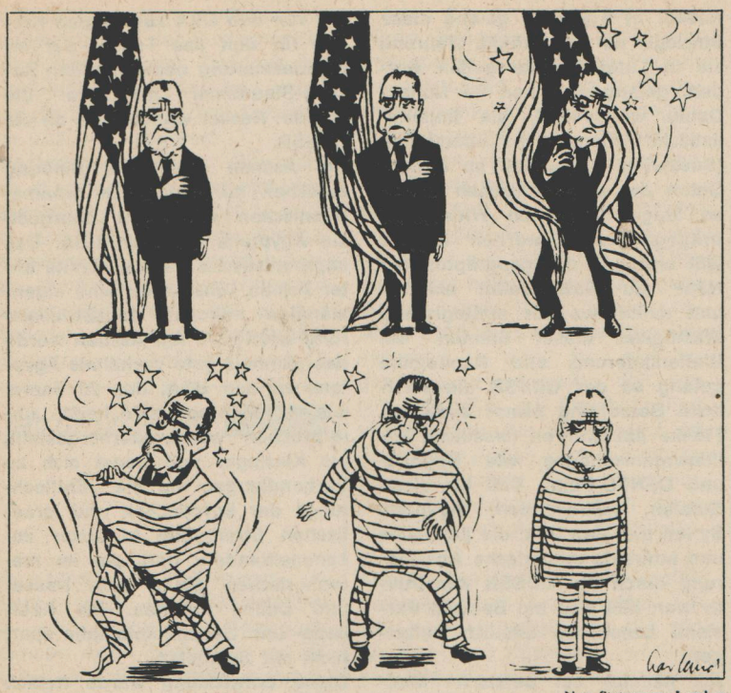
Als nämlich der persische Ministerpräsident Mossadegh, der Repräsentant der schwachen persischen Bourgeoisie, die anglo-iranische Erdölgesellschaft nach seiner Machtübernahme (1951) verstaatlichte, wurde er mit Hilfe des CIA im Jahre 1953 gestürzt. Obwohl oder gerade weil direkter Nachbar der UDSSR, konnte er zu diesem Zeitpunkt keine sowjetische Unterstützung anfordern oder eine „neutralistische" Politik verfolgen; denn einerseits hatte Persien, hauptsächlich im britischen, aber auch im „nationalen" Interesse, die sowjetischen Truppen, die in Nordpersien im Gefolge des Weltkrieges stationiert waren, zum Verlassen des Landes gezwungen, andererseits wäre eine eventuelle „Hilfe" der Nähe der sowjetischen Grenze wegen für die gerade zur Macht gelangte persische Bourgeoisie ein allzugroßes Risiko gewesen. Die persische Bourgeoisie erlag diesem Widerspruch; Mossadegh fiel.

Die anfänglichen Bemühungen Nassers um relative Selbständigkeit, Kredite für eine zaghafte Industrialisierung und ein weitergehendes Mitspracherecht bei der Investition ausländischen Kapitals, stießen auf eine rigorose Ablehnung der USA. Die Rücknahme der von den USA zugesagten Kredite für den das Tempo der Industrialisierung bestimmenden Assuan-Staudamm markierte die Wende: Nasser wandte sich an die UDSSR.

Um Assuan zerriß die Bindung zwischen der anfänglich proamerikanischen nationalen Bourgeoisie Ägyptens und den USA. Das imperialistische Kapital konnte unter keinen Umständen eine eigenständige nationale Industrialisierung tolerieren. Am Assuan wurde das ehemals gute Verhältnis Ägyptens zu den USA, das 20 Jahre, wie es heute so schön heißt, „unterbrochen" war, wiederhergestellt, als Kissinger und Sadat sich zu Verhandlungen um die „Entflechtung" der ägyptischen und israelischen Streitkräfte in Luxor zusammenfanden; dort, wo im metaphorischen Sinne sich Nasser und Dulles trennten. Die Kabinetts- und Geheimdiplomatie spart nicht mit Symbolen.

Diese Entwicklung wurde freilich nicht durch den Oktoberkrieg eingeleitet; allenfalls wurde sie von ihm beschleunigt. Ohne ausführlich darauf einzugehen, daß seit Mitte der 60er Jahre sich die Tendenz andeutete, imperialistisches Kapital auch in den Ländern zu investieren, denen bisher nur Rohstoffe entzogen wurden, wird heute der noch vor Jahren mit Gewalt hintertriebenen Industrialisierung Bahn gebrochen. Demnach muß die Entwicklung auf dem Weltmarkt für die politischen Veränderungen im Nahen Osten als konstitutiv angesehen werden. Für das imperialistische Kapital heißt es heute also nicht: gegen die nationale Bourgeoisie, sondern mit ihr! Wofür Mossadegh noch gestürzt wurde, erhält der Schah Unterstützung, was Nasser zu erkämpfen versuchte, fällt Sadat in den Schoß: Industrialisierung, Kapitalhilfe etc.

Diese Entwicklung muß die Rolle Israels im Nahen Osten zweifellos relativieren. Für den Zionismus, der sich nur mit fremder imperialistischer Hilfe gegen die autochthone palästinensische Bevölkerung und die umliegenden arabischen Staaten hat durchsetzen können, war der historische Widerspruch zwischen Imperialismus und den Emanzipationsversuchen der arabischen Völker konstitutiv. Um Mißverständnissen vorzubeugen: der israelische Staat war und ist kein Marionettenregime, das blind den Befehlen der jeweils die Region von außen dominierenden Mächte gehorcht; sondern weil Resultat einer nationalistischen Bewegung mit kolonialem Charakter (Zionismus), die von Anfang an gegen die einheimische Bevölkerung gerichtet sein mußte, war er auf die Unterstützung von außen her angewiesen. Dies machte ihn zum potentiellen und aktuellen Bündnispartner für fremde Mächte. So verlängerte sich der ursprüngliche Konflikt zwischen Zionismus und dem palästinensischen Volk und die daraus resultierende Bindung zwischen



New Statesman, London

Zionismus und imperialistischen Mächten in einen Gegensatz zwischen Israel und den um ihre Emanzipation kämpfenden arabischen Staaten. Dieser Wiederspruch existiert aber eben nur so lange, wie der Antagonismus zwischen der arabischen nationalen Bewegung und dem Imperialismus andauert. Der Oktoberkrieg kann als die erste militärische Auseinandersetzung angesehen werden, die von Ägypten und Syrien ausgelöst wurde und deren erklärtes Ziel nicht eine Befreiung Palästinas war, sondern die Rückeroberung der im Junikrieg 1967 verlorengegangenen Gebiete. Dies war in der Vergangenheit politisch, aufgrund mangelnder Unterstützung der USA gescheitert. Obwohl auf der militärischen Ebene die ägyptische und syrische Zielsetzung nicht erfüllt werden konnte, haben die anfänglichen Erfolge das Selbstbewußtsein dieser Staaten gestärkt, die Verletzlichkeit des israelischen Militärapparates demonstriert und damit einem von den USA veranlaßten israelischen Rückzug eine anschauliche Legitimation verschafft.

Die politischen Maßnahmen, die dem Kriege fo'gten, haben die Teilerfolge der arabischen Staaten politisch erweitert, und dies vor allem, weil sie eine massive Unterstützung ihrer Bemühung seitens der USA erfahren konnten. Deren Voraussetzungen liegen in der sogenannten veränderten „internationalen Lage“ begründet, sind also letzthin Ausdruck der Entwicklung auf dem Weltmarkt einerseits, andererseits Ergebnis der gewandelten Verhältnisse in Ägypten und zum Teil in Syrien selbst. Ägypten unter Sadat hat dem ausländischen Kapital Tür und Tor geöffnet. Doch zuvor war freilich eine Reprivatisierung des staatlichen Sektors eingeleitet worden, die die Bedingungen für eine offensichtlichere Unterstützung durch die USA verbesserten. Daher kann von einem Antagonismus zwischen imperialistischem Kapital und der nationalen Bourgeoisie nicht gesprochen werden. Im Gegenteil: verstärkte Zusammenarbeit ist das Ergebnis.

Durch den Wegfall des jahrzehntelangen Widerspruches verlieren imperialistische Mächte, an deren Spitze die USA, ihr Interesse an ein in der Region isoliertes, seinen zionistischen Charakter mit allen seinen Folgen weiterhin durchsetzendes Israel. Die Politik der USA setzt heute weit mehr auf eine Pazifizierung und Integration des israelischen Staates in die Region.

In diesem Zusammenhang sind einige klärende Bemerkungen über den zionistischen Charakter des israelischen Staates von Bedeutung: Ohne auf die Genesis des israelischen Staates einzugehen, gilt es festzuhalten, daß der Zionismus eine nationale Bewegung kolonialer Natur ist, d. h. abgesehen vom Siedlungscharakter konkret in Palästina Menschen ihrer vermeintlich nationalen Zugehörigkeit nach sozial schied. Diese Politik wurde konsequent auch nach der Staatsgründung Israels hinsichtlich der arabischen Bevölkerung in Israel fortgesetzt. Gleichzeitig führte der Zionismus kapitalistische Produktionsverhältnisse nach Palästina ein, konnte jedoch aufgrund seines kolonialen Charakters keine bürgerlichen Verkehrsformen zulassen, die die arabische Bevölkerung gleichberechtigt in den Produktions- und Zirkulationszusammenhang mit einbezogen hätte. Davon sollten sie ausgeschlossen werden; Diskriminierung und Rassismus sind die Folge.

Inzwischen hat sich der israelische Kapitalismus weiter entwickelt. Dem Einzelkapital wurde größerer Spielraum zugestanden. Besonders seit dem Junikrieg wurde die Mehrwertabpressung verschärft. Die antagonistischen Klassenverhältnisse wurden deutlicher. Dem Zionismus und seinen Institutionen (Staatsapparat, Gewerkschaft etc.) wurde es immer schwieriger, ein monolithisches Zusammengehörigkeitsgefüge zu garantieren. Obendrein mußte er auf die verstärkte Ausbeutung der arabischen Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten zurückgreifen, die er aber aus der zionistisch konzipierten israelischen Gesellschaft herauszuhalten gezwungen ist. Um sich auf zionistischer Basis weiter erhalten zu können, hätte der israelische Staat zur offenen Apartheid greifen müssen. Der Oktoberkrieg hielt eine solche Entwicklung, zumindest formal, auf.

Obwohl die Probleme des vom Zionismus deklassierten und vertriebenen palästinensischen Volkes niemals ein ernstzunehmendes Motiv für die politischen Handlungen der arabischen Staaten darstellen und eher als Integrationsideologie für die inneren Konflikte und deren Kanalisierung nach außen mißbraucht wurden, hat der zunehmende Widerstand des palästinensischen Volkes gegen den zionistischen Staat den arabischen Staaten, der Weltöffentlichkeit und den Agenten der Nationalstaaten deutlich vor Augen geführt, daß solange das Palästina-Problem nicht „gelöst“ wird, der palästinensische Widerstand einen permanenten Störfaktor in der Region darstellen wird. Damit rückte die palästinensische Problematik immer mehr in die Überlegungen derer ein, die den Nah-Ost-Konflikt zu „lösen“ gedachten. Seine „Lösung“ durch die Gründung eines Palästinastaates hat ihren Ausgangspunkt in dem Glauben, daß mit der Herstellung politischer Unabhängigkeit durch eine Staatsgründung Probleme sich besser bewältigen ließen. Tatsächlich wird dieser Staat einerseits die Deklassierung des palästinensischen Volkes beenden und die palästinensischen Massen der Herrschaft ihrer nationalen Bourgeoisie unterwerfen. Darüberhinaus würde die Gründung eines solchen Staates die arabischen Staaten, die sich die Befreiung Palästinas ideologisch auf das Banner hefteten, weitgehend entlasten. Er wird damit einen Beitrag zur „Befriedung“ der Region leisten, die den amerikanischen Einfluß noch vergrößern wird, da allein die USA imstande sind, den Israelis eine Zustimmung für einen solchen Staat abzupressen. Ohne eine rasche Industrialisierung könnte nur ein Bruchteil der palästinensischen Flüchtlinge in diesem Staat absorbiert werden. Deren Voraussetzung ist aber eine massive Kapitalhilfe, die über die USA direkt von Saudi-Arabien geleistet werden könnte, was den saudischen Einfluß auf den Palästinastaat begründen wird.

Für die PLO zeigt sich jedoch unter den gegenwärtigen Bedingungen keine andere Wahl, als der Gründung eines solchen Palästinastaates zuzustimmen oder aber die besetzten Gebiete bei Israel zu belassen oder wieder unter jordanische Herrschaft zurückzukehren. Die PLO ist als nationale Organisation, die sich auf die Befreiung Palästinas beschränkte, als Machtfaktor in der Region zu schwach geblieben, um einer „Lösung“ im Sinne der USA und der arabischen Regimes ernsthaft zu widersprechen. Alternativ zur Gründung und Beteiligung an der Konstituierung des Palästinastaates stünde denjenigen palästinensischen Gruppen, die eine nationale, d. h. bürgerliche Lösung ablehnen, die Möglichkeit offen, einen sozialistischen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie im Palästinastaat zu führen, der aber nur dann erfolgreich wird sein können, wenn er sich von der nationalen Zielsetzung löst und eine regionale Dimension erhält. Dieser Kampf im Untergrund würde dann eine qualitativ höhere Stufe erreichen. Die Schaffung eines palästinensischen Staates im Gaza-Streifen und der Westbank bedeutet aber die Integration der nationalen Befreiungsbewegung der Palästinenser, die eine revolutionierende Tendenz so lange in sich trug, wie sie konsequent auf eine soziale Umwälzung der Region hinauslief.

Der Hauptverlierer der gegenwärtigen Entwicklung, die zur Gründung eines palästinensischen Staates höchstwahrscheinlich wird führen müssen, ist der Zionismus. Er wird nicht nur die Tatsache der Existenz des palästinensischen Volkes akzeptieren müssen; er wird obendrein seine auf territoriale Expansion gerichtete Politik aufgeben müssen, wie auch seine privilegierte Stellung in der Region für die amerikanische Politik und die damit verbundene Unterstützung langfristig verlieren. Dieser Prozeß wird den Klassenkampf verschärfen und die Position der antizionistischen Linken stärken. In Israel wird der Kampf gegen den zionistischen Charakter des Staates weitergeführt werden müssen, der die israelischen Araber, die ein Teil des palästinensischen Volkes sind, weiter massiven Repressionen unterwirft und diskriminiert. Ein normaler „bürgerlicher“, nichtzionistischer Staat Israel wäre dann in seiner Unterscheidung zum palästinensischen Staat aufgrund der ökonomischen Verflechtung freilich ein Anachronismus. Die Perspektive, die von den Linken im Raum Palästina, Juden und Arabern, schon heute proklamiert werden muß, ist das Zusammenleben in der Region unter sozialistischem Vorzeichen. Obwohl wir nicht unmittelbar davon ausgehen können, daß ein solcher Prozeß auf der Tagesordnung steht, muß der gemeinsame Kampf heute schon geführt werden.

ISRACA
(Israelisches revolutionäres Aktionskomitee)

■

Fahrpreisaktionen in Frankfurt

Michael Berger/Roland Stein

FORTSETZUNG VON SEITE 1

die Erfolgschancen der FVV-Kampagne von vornherein waren und welche Konsequenzen für eine stadtteilorientierte kommunalpolitische Praxis gezogen werden können.

Zur Funktion des FVV

Der Frankfurter Verkehrsverbund, ein Zusammenschluß der öffentlichen Verkehrsmittel von Bund, Land und Kommunen im Großraum Frankfurt, und die mit seiner Einführung verknüpften Tariferhöhungen sind ein Ergebnis mehrjähriger Verhandlungen, das bereits vor einem Jahr in einer Stadtverordnetenversammlung gebilligt wurde und langfristige Verpflichtungen bis Ende 1977 beinhaltet. Im Rahmen der politischen Strategie des Frankfurter Magistrats erscheint der FVV als einzige Möglichkeit, langfristig die Priorität des öffentlichen Nahverkehrs im Frankfurter Raum durchzusetzen. Im Rahmen der verkehrspolitische Notwendigkeit, den längst überfälligen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel voranzutreiben und gegen privatwirtschaftliche Interessen durchzusetzen, bilden die Kommunen jedoch das schwächste Glied in der Kette der Staatsorgane. Sie müssen nicht nur den größten Teil der Kosten tragen und sie durch unpopuläre Preise weitgehend auf die Benutzer abwälzen, sondern sie sind auch die direkten Träger der politischen Verantwortung.

Da aber die Abwälzung der Kosten für Betrieb und Ausbau der öffentlichen Nahverkehrsmittel eine Verteuerung der unmittelbaren Reproduktionskosten der Arbeiter darstellt, der öffentliche Massenverkehr im Vergleich zum Individualverkehr „attraktiv" – also konkurrenzfähig – sein muß und schließlich auch die Mobilität der Arbeiter nicht einengen darf, weil sonst die Anziehungskraft der Arbeitsplätze im Frankfurter Ballungsraum geschmälert würde, sind den Tariferhöhungen politische Grenzen gesetzt. In klarer Erkenntnis dieser Probleme hat sich der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV) jüngst auf einer Tagung kritisch zu den drastischen Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt (bis zu 230 Prozent) geäußert, allerdings mit dem Hinweis, daß man in Frankfurt versäumt habe, die Fahrpreise in den letzten Jahren langsam aber kontinuierlich zu erhöhen. Um den Lasten der ständig steigenden Subventionierung des öffentlichen Nahverkehrs (1966 = 22,5 Prozent städtischer Anteil pro Fahrkarte, 1973 = 59 Prozent) zu entgehen und um andere kommunalpolitische Projekte finanzieren zu können, mußte die seit acht Jahren hinausgeschobene Erhöhung in Frankfurt besonders drastisch ausfallen. Hinzu kommen die eingegangenen finanziellen Verpflichtungen gegenüber Bundesbahn und Land, die eine Voraussetzung für die Zusammenarbeit der Verkehrsträger im Frankfurter Ballungsraum darstellen, um den öffentlichen Verkehrsmitteln eine höhere Attraktivität zu verleihen. Diese Versuche, dem öffentlichen Nahverkehr in Ballungsräumen Vorrang zu verschaffen, werden jedoch inhaltlich und finanziell durch den von der krisenhaften gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eingeengten Handlungsspielraum der öffentlichen Hand geprägt.

Zunehmende konjunkturpolitische Instrumentalisierung, Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen und wachsende Verschuldung der Kommunen durch Abwälzung der finanziellen Folgelasten sind „Sachzwänge", deren wichtigster Ausdruck die Finanzkrise der Kommunen ist.

Durch diese Faktoren ist gegenwärtig der Handlungsspielraum der städtischen Entscheidungsträger so eingeengt, daß zweierlei verständlich wird: 1) die „verantwortungsbewußte" und stabilitätsorientierte Führung der Frankfurter SPD, die auch den Magistrat stellt, und die Gewerkschaften können im Grunde nur punktuelle Kritik an der Preisentwicklung öffentlicher Dienstleistungen artikulieren (so forderte etwa die ÖTV eine Umverteilung der Lasten des FVV von 60 Prozent für den Bund, 30 Prozent für das Land und 10 Prozent für die Stadt); 2) Forderungen wie nach Null-Tarif – 1971 noch fester Bestandteil des kommunalpolitischen Programms der Jusos – oder Einfrierung der Fahrpreise können nur agitatorischen Charakter haben, d. h. sie dienen der Aufklärung und Politisierung, sind aber nicht durch Aktionen unmittelbar zu verwirklichen.

Die politische Vorbereitung der Linken

So hatte die SPD-Linke weder eine realistische Alternative zur Magistratspolitik anzubieten, noch erschien es ihr opportun, sich aktiv an der Politisierung und Zurückweisung der Fahrpreiserhöhung zu beteiligen; dies sicher nicht zuletzt aus wahltaktischen Gründen und wegen der allgemeinen politischen „Großwetterlage". Der von 12 Ortsvereinen einberufene Sonderparteitag führte daher nicht zu einer Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen, sondern vermittelte eher die „Einsicht" in die politischen Zwänge und verhinderte so das Ausscheren einzelner Ortsvereine. Problematischer noch stellte sich die Fahrpreiserhöhung für die Politik der Gewerkschaften dar, die – wie auch politische Gruppen, die in den Betrieben gegen die Erhöhungen mobilisieren wollten –, davon ausgehen mußten, daß auch jene Arbeiter, die die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, sehr unterschiedlich oder gar nicht von den Erhöhungen getroffen sind. Zudem zerfallen die Belegschaften in Benutzer öffentlicher und individueller Verkehrsmittel, bezuschussen oder erstatten einige Firmen Fahrtkosten oder setzen Firmenfahrzeuge ein.

Ohnehin ist die Gewerkschaftsführung in Frankfurt durch Interessen- und Personalverflechtung an die Politik des Magistrats gebunden. Sie steht damit vor dem Konflikt, durch einen systemkonformen Forderungskatalog (Umverteilung der Kosten für die Nahverkehrsmittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden) die Annahme unpopulärer kommunaler Maßnahmen zu fördern und gleichzeitig den Protest der betroffenen Arbeiter gegen diese Art von Lohnkürzung auffangen zu müssen. So beschränkte sich die DGB-Kampagne auf eine Unterschriftenaktion, die sogar von einigen SPD-Betriebsräten boykottiert wurde, und auf eine Kundgebung, zu der man nicht mobilisierte. Da der DGB nicht bereit war, gegen den SPD-Magistrat aufzutreten, blieben auch die ca. 40–50 000 Unterschriften wirkungslos; bei der Kundgebung waren neben den etwa 3000 linken Studenten höchstens 250 Kollegen aus den Betrieben anwesend. Dies zeigt zugleich, wie gering die Verankerung der linken Gruppen in den Frankfurter Betrieben ist und wie wenig sie daher die Stimmung und Aktionsbereitschaft der Arbeiter einschätzen können.

Daß sich in dieser Situation die DKP in ihrer Rolle als „konsequente Gewerkschafter" und selbsternannter Ordnungshüter des DGB gegenüber den „Chaoten" und „Maoisten" nicht anders als die Gewerkschaftsführung verhalten konnte, liegt auf der Hand.

Aus diesen Umständen ist zu erklären, daß die verschiedenen Gruppierungen der „revolutionären Linken" als einzige den politischen Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen organisierten. Der KBW gründete etwa drei Monate vor der Einführung des FVV „Fahrpreiskomitees" in verschiedenen Frankfurter Stadtteilen, mit der Erwartung, daß die Tariferhöhungen „eine Lunte an das Pulverfaß sozialer Konflikte legen würde, das die Stadt Frankfurt darstellt" (KVZ 12). Zur geringen Aktivierung der Bevölkerung durch die Stadtteilkomitees des KBW trug sicher auch eine Strategie bei, die zwar verbal an die Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen anknüpfte, aber gleichzeitig alle Adressaten auf die Forderung des KBW-Programms nach Abschaffung der indirekten Steuern und der Lohnsteuer verpflichten wollte, ohne die notwendigen analytischen Vermittlungen zwischen Verkehrstarifen und Steuersystem herzustellen. Die Stadtteilkomitees verhinderten – indem sie nicht am Bewußtseinsstand der Bevölkerung anknüpften – weitere Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge, denn sie traten nicht als Interessenvertreter, sondern als Vorfeldorganisationen des KBW auf. Es ging ihnen nicht darum, vorfindbare Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren und zu politisieren, sondern dem vorhandenen Unmut radikale Phrasen und in ihren politischen Konsequenzen undurchschaubare Forderungen überzustülpen.

Ein anderer wesentlicher Organisator des Protests gegen die Fahrpreiserhöhung waren die dem Häuserrat und dem RK nahestehenden Stadtteilgruppen. Die politische Richtung dieser Gruppen bezog sich ebenfalls auf eine Vorbereitung von Aktionen gegen die Einführung der FVV-Preise, mit dem Ziel, durch diese Aktionen ihre soziale Basis auszudehnen und ihre faktische Isolierung zu überwinden, die sich im Zuge des Häuserkampfes ergab.

Obwohl mit den FVV-Aktionen unmittelbare Interessen großer Bevölkerungsteile aufgegriffen werden konnten, blieben lediglich die Aktionsgruppen in den verschiedenen Stadtteilen die aktiven Träger des Protests. Dieser Aktionismus, der sich im Häuserkampf herausgebildet hat und der eine kontinuierliche stadtteilbezogene politische Arbeit durch stellvertretendes Handeln im Sinne eines selbstgefertigten Avantgardekonzepts immer wieder verhindert, prägte auch die Vorbereitungen der Fahrpreis-Aktionen.

Nicht zuletzt deshalb wurde auch die geplante Rote-Punkt-Aktion undurchführbar, kam es niemals zu einer Analyse des differenzierten Fahrpreissystems, das für einige Bevölkerungsteile sogar eine Verbesserung darstellt. Ohne eine Analyse der spezifischen Frankfurter Situation wurde die erfolgreiche Hannoveraner Fahrpreiskampagne von 1969 zum Vorbild der Stadtteilgruppen um den RK und den Häuserrat. Unberück-

sichtigt blieb dabei, daß in Hannover die Verkehrsbetriebe in privater Hand lagen, Gewerkschaften und SPD die Aktionen zum Teil mitunterstützten, es zu Streikdrohungen und kurzen Arbeitsniederlegungen in Großbetrieben kam. Genauso wie die faktische Zersplitterung der Linken zum gegenwärtigen Zeitpunkt ignoriert wurde, blieb das „solidarische" Zusammenrücken der SPD im Zuge des allgemeinen Rechtstrends in der Strategiebildung unbeachtet.

Geschichte des Konflikts

Trotz der starken Isolation und Zersplitterung der linken Gruppierungen und der damit verbundenen schlechten Vorbereitung kam es an den ersten Tagen nach der Fahrpreiserhöhung zu größeren spontanen Protestaktionen in der Frankfurter Innenstadt. Die Blockaden auf der Zeil (zugleich Fußgängerzone, Hauptgeschäftsstraße und wichtigster Straßenbahnknotenpunkt mit 14 Linien) führten dazu, daß an spontanen Diskussionen zeitweilig mehrere Tausend Menschen beteiligt waren. Die Versuche der Polizei, diese Ansammlungen aufzulösen, blieben zunächst erfolglos und führten eher dazu, daß sich der Unmut über die neuen Preise und die komplizierten Automaten gegen das Verhalten der Polizei richtete. Da die Straßenbahnen ohnehin längst umgeleitet waren und es allgemein klar war, daß die Polizei ihre unmittelbare Aufgabe, die Schienen freizumachen, nicht erfüllen konnte, wurden die sporadischen Wasserwerfer und Knüppeleinsätze zunehmend als Willkür empfunden. Besonders dadurch, daß so manche Diskussionsgruppe von eher „friedlichen" und schaulustigen Bürgern mit Chlorgas auseinandergetrieben wurde, kam es streckenweise zu einer breiter als erwarteten Empörung, die sich allerdings weniger gegen die Fahrpreiserhöhung als gegen die verschärften Polizeieinsätze richtete.

Eine maßlose Überschätzung des politischen Inhalts dieser Empörung führte zu einer Radikalisierung der Forderungen der linken Gruppierungen, besonders des KBW. Gerade hierin liegt auch ein Grund für das weitere, erfolglose Absterben der Aktion in den darauffolgenden Tagen. Die Strategie der Polizei zielte auf eine Eskalation des Konflikts ab, die zusammen mit der Kriminalisierung der Aktiven – etwa durch das Verhaften von Flugblattverteilern, durch einen immer größeren Einsatz von Zivilbeamten als Provokateure und Greiftrupps – die ohnehin schon bedrückende Isolation nur noch verstärkten. Auf „dem Höhepunkt der Kämpfe" hielt der KBW den Zeitpunkt für gekommen, die Forderung zu erheben, „der Magistrat muß fallen", und verscherzte sich damit die Sympathien derjenigen, die in den Stadtteilkomitees tatsächlich ihren Protest über die Fahrpreiserhöhungen und die Polizeimaßnahmen äußern wollten. Genau dieses Verhalten ermöglichte ein noch viel schärferes Vorgehen der Polizei und initiierte eine Diffamierungskampagne, in der sich besonders der Frankfurter OB Rudi Arndt mit dem nun vorliegenden „Beweis", es ginge den Linken gar nicht um die Fahrpreise, sondern um einen Anlaß, das System zu stürzen, profilieren konnte.

Im Zuge dieser Entwicklung, bei der die Zeil-Aktionen immer mehr zum Spektakel degradierten, das einige schaulustige Bürger sogar zum Anlaß nahmen, um Konflikte zwischen Polizei und Demonstranten zu provozieren, mußten auch die nunmehr doch noch hastig initiierten Rote-Punkt-Aktionen und die Blockaden in verschiedenen Stadtteilen mangels aktiver Beteiligung der Bevölkerung scheitern. Die massiven Polizeieinsätze taten ein übriges. Als am Mittwoch, dem dritten Tag der Aktionen, ein Schüler von einem Wasserwerfer überfahren wurde, kam vom Frankfurter Asta der vernünftige Vorschlag, die Kampagne abzubrechen. Er wurde aber nicht beachtet, und schließlich endete die Woche der Aktionen in allgemeiner Resignation, wie die geringe Beteiligung an der abschließenden Demonstration allzu deutlich zeigte.

Politische Konsequenzen aus der FVV-Kampagne

Die jüngsten Auseinandersetzungen auf der Zeil haben gezeigt, daß die im Zuge der Studentenbewegung entwickelten Aktions- und Protestformen, wie Straßendemonstration, Verkehrsblockaden, Rote-Punkt-Aktionen, in der gegenwärtigen politischen Situation einen anderen Charakter angenommen haben. So sind Militanz und Radikalisierung der Protestformen heute ungezielte Reaktionen in einer Situation, in der die Wahl der politischen Mittel zunehmend eingeschränkt ist und die Handlungsformen weitgehend von der Staatsgewalt vorgegeben werden. Der allgemeine Rechtstrend und das „Ende der Reformen" machen natürlich nicht vor der Polizei halt. Noch 1969 führten Demonstrationseinsätze innerhalb der Gewerkschaft der Polizei zu Versuchen einer politischen Neubestimmung ihrer Funktionen. Das Leitbild des Sozialarbeiters sollte die Stelle des Ordnungshüters einnehmen, der nicht länger als militantes Instrument zur Bereinigung sozialer Konflikte und Versäumnisse eingesetzt werden sollte. Heute beklagt die GdP nur noch die mangelnde Ausstattung der Polizisten und ihre langen Einsätze. Die Brutalität der Polizeieinsätze auf der Zeil wären ohne die Diffamierung und Kriminalisierung, wie sie vom Magistrat, Polizeiführung und Gewerkschaftsspitze gemeinsam betrieben wurde, nicht möglich gewesen.

Die heute stetig zunehmenden Demonstrationsverbote, die sich sowohl gegen „friedlichen" wie auch gegen „militanten" Protest richten, sind keineswegs politisch neutral, wie sich anläßlich der NPD-Kundgebung in Frankfurt zeigte, als die Polizei die Redefreiheit der Neo-Nazis gegen Sprechchöre der protestierenden Linken schützte.

Wie eingeschränkt die Wahl der politischen Aktionsformen heute ist, zeigte sich auch unlängst in Frankfurt im Falle der Bürgerinitiative Bleichstraße, als ein Straßenfest – als Ausdruck des Protests gegen den Verkehrslärm in diesem zur Durchgangsstraße gemachten Wohngebiet – ebenfalls von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde.

Die Aktionen im Zusammenhang mit der Einführung des FVV haben unseres Erachtens deutlich gemacht, daß die gegenwärtige Zersplitterung und Isolation der Linken eine Eigendynamik entwickelt hat, die ihre Isolation verstärkt. Weder die allgemeine politische Lage und die spezifischen Entwicklungen innerhalb des Polizeiapparates, noch die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft, nicht einmal der politische Gehalt des Unbehagens der Bevölkerung über die Fahrpreiserhöhung, wurden in die Strategiebildung miteinbezogen. Dies wird auch in den unterschiedlichen Einschätzungen über den Verlauf der Auseinandersetzungen auf der Zeil sichtbar.

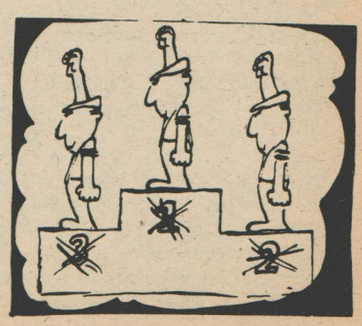
Proteste gegen die Fahrpreiserhöhungen erscheinen dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands als ein von ihm angeleiteter „Volkskampf", bei dem „die Massenbewegung einen politischen Sieg errungen hat, insofern sie sich die Straße hat erkämpfen können, gegen den Magistrat dieser Stadt." Im Zuge der gleichen Argumentation muß der KBW zwar eingestehen, daß der Magistrat nicht gestürzt wurde, bleibt aber auch der Meinung, daß die Bewegung nicht zerschlagen werden konnte. Bei einer Selbsteinschätzung, in der Selbstkritik zum unpolitischen, nicht einmal mehr moralischen Formalismus degradiert und der Weg zu einer weiterführenden Einsicht verstellt wird, gibt es für den KBW im Sinne der alten Parole „wir sind noch eine kleine radikale Minderheit, aber wir werden immer mehr" nur eine Einsicht: man sieht sich auf dem richtigen Weg und wird schon automatisch wachsen: „Gefehlt hat aber (bisher) der organisierte Meinungskampf in den Betrieben und den Stadtteilen" und „obwohl unsere Agitation auf große Aufmerksamkeit stößt, arbeitet die Ortsgruppe in dieser Woche nicht gut. Die Genossen sind ermüdet, attackieren den angeschlagenen politischen Gegner nicht unermüdlich weiter und gewinnen so nicht neue Menschen . . ." (alles KVZ 12). Kein Grund zum Zweifel an der Richtigkeit der politischen Linie, die Bewegung ist noch schwach und ihre politische Avantgarte ermüdet noch zu leicht.

Die Stadtteilgruppen, der RK und der Häuserrat erkannten die Notwendigkeit, durch eine kontinuierliche Stadtteilarbeit eine stärkere Verankerung in der Bevölkerung zu erzielen, obwohl einige ihrer Exponenten aus den Zeil-Erfahrungen die Schlußfolgerung gezogen haben, man könne nur linksradikale „Kommunalpolitik" betreiben. Diese Konzeption, die nichts anderes als eine nachträgliche Legitimation der bisherigen Praxis darstellt, leugnet die Möglichkeit von kontinuierlicher Stadtteilarbeit mit einer teilweise durchaus zutreffenden Argumentation, die Stadtteilarbeit – als Ergänzung zur Betriebsarbeit – in homogenen Arbeitervierteln als historisch überholt ansieht.

Wird in selbstkritischen Kommentaren die Ergänzung „der militanten Aktion mit revolutionären Anspruch" durch eine „eher reformistische alltägliche Interessenpolitik" in den Stadtteilen gefordert, so ist festzuhalten, daß sowohl der Häuserkampf wie auch die Fahrpreisaktionen gezeigt haben, daß ein militanter, sich vorwiegend auf eine studentische und intellektuelle „Scene" in Frankfurt stützender Aktionismus eine kontinuierliche, langfristig orientierte politische Arbeit auf kommunaler Ebene bisher verhindert hat.

Das Scheitern der studentischen Aktionsgruppen in den Stadtteilen, ihre Unfähigkeit, die soziale Basis zu erweitern, liegt darin, daß eine konkrete Interessenpolitik bisher nur in Ansätzen betrieben wurde. So blieben im Rahmen der Aktionsgruppen Ansätze zur Mieterberatung, Unterstützung von Mietstreiks, Rechtshilfe, die Beratung von Arbeitsemigranten etc. unterentwickelt. Sozialistische Politik auf kommunaler Ebene kann unseres Erachtens nur durch die Zusammenfassung und Vermittlung konkreter Interessen im Reproduktionsbereich erfolgen.

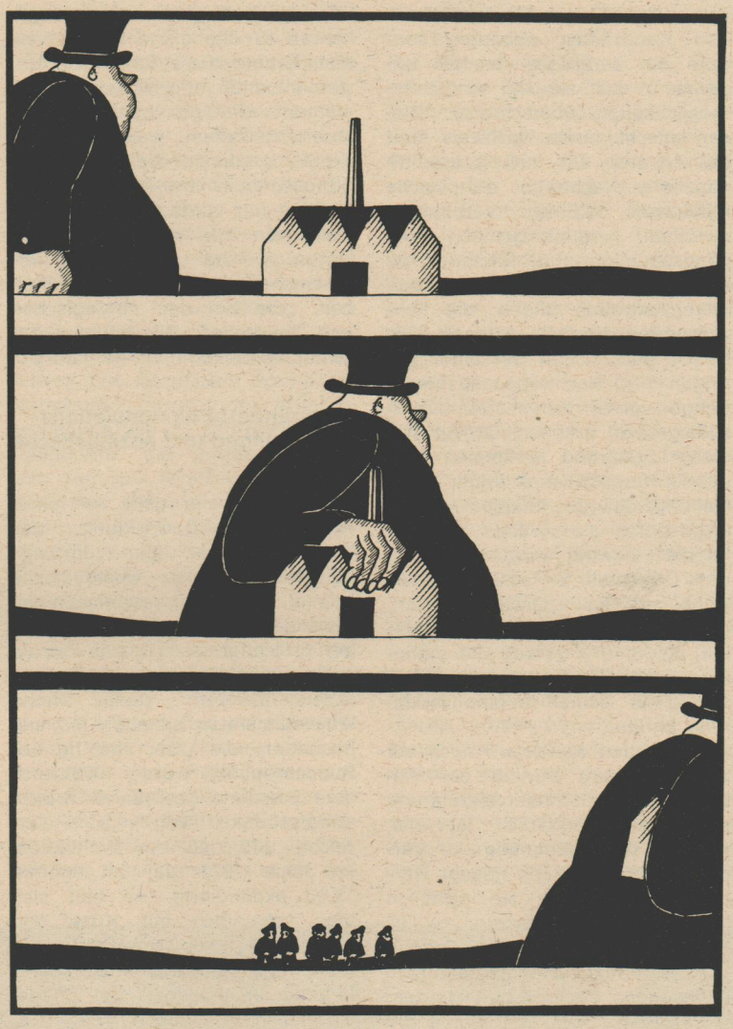
So sind es derzeit Projekte, wie Kinderläden, Mieter- und Rechtsberatungszentren, an Berufsgruppen orientierte Ansätze z. B. durch Elternarbeit der Lehrer, Jugendzentren und Betreuung im Gesundheitswesen, die zusammengefaßt zu Kristallisationspunkten stadtteilbezogener Politik gemacht werden können. Erst ein berufsfeldbezogener Ansatz kann diesen Projekten genügend Realitätsbezug geben, um eine längerfristig angelegte Perspektive zu sichern. Zusammen mit den sich in Gewerkschaften und Betrieben entwickelnden Gruppen können diese Projektgruppen die Grundlage für regionale Sozialistische Zentren ergeben.



Über die Schwierigkeiten polit-ökonomischer Analysen

Arbeitskreis Politische Ökonomie

Kritik an Elmar Altvaters Beiträgen



Reproduktionsmöglichkeiten und Krisenhaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften sind ebenso wie die Strategien des Kapitals, die eigene profitable Verwertung und die politische Herrschaft zu sichern, schon immer der zentrale Gegenstand polit-ökonomischer Analysen gewesen. Sie dienen der Fundierung sozialistischer Politik. Daher können auch Versuche wie der von Elmar Altvater in ‚links' Nr. 54 und 55, die wichtigsten ökonomischen Erscheinungsformen des gegenwärtigen Kapitalismus – Inflation, verringerte Wachstumsraten, Staatsinterventionen, Beschäftigungsschwankungen – auf ihre Ursachen zurückzuführen, große Aufmerksamkeit beanspruchen. Solche Darstellung trifft auf das Bedürfnis vieler Genossen, die ihre praktische Arbeit auf eine solidere, sprich polit-ökonomische Basis stellen wollen.

Wie schwierig das jedoch zu leisten ist, läßt sich an den Beiträgen Altvaters deutlich machen. Ihre innere Geschlossenheit und Stringenz der Ableitung ist unseres Erachtens nur eine scheinbare. Bei genauerer Prüfung der analytischen Schritte zeigt sich, daß die ungelösten Fragen zugunsten der Geschlossenheit der Darstellung verdeckt werden. Beim gegenwärtigen Stand der marxistischen Analyse kommt es uns jedoch darauf an, neben der Darstellung gesicherter Kenntnisse, die offenen Fragen deutlich zu benennen, um durch Diskussion ihrer Lösung näherzukommen.

Dem soll auch unsere Kritik an Altvaters Beiträgen dienen, nicht der akademischen Spitzfindigkeit. Unsere Kritik beschränkt sich auf einige zentrale Punkte, zu denen wir in einer der nächsten Ausgaben von ‚links' eine eigene Position darstellen wollen.

1. Fall der Profitrate

Altvater schreibt: „Die Profitrate des westdeutschen Kapitalismus unterliegt seit Beginn der 60er Jahre einer fallenden Tendenz". Sie ist der zentrale Ausgangspunkt seiner Analyse. Aus dem Fall der Profitrate erklärt er die „stagnativen Tendenzen", in ihm sieht er die gemeinsame Ursache von Kapitalexport, Kapitalkonzentration, Inflation wie auch der vermehrten Staatseingriffe. Bestimmend ist er schließlich auch für die Veränderungen in der Lage der Arbeiterklasse.

Nach Altvater ist die Profitrate infolge der gestiegenen organischen Zusammensetzung des Kapitals gefallen. Dabei stützt sich Altvater auf das von Marx im dritten Band des „Kapital" beschriebene „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate". Er unterstellt die Wirksamkeit dieses Gesetzes für die gegenwärtige Phase der Kapitalakkumulation in der BRD, ohne auch nur mit einem Wort auf die grundsätzliche Kontroverse unter Marxisten über den empirischen Aussagewert dieses Gesetzes einzugehen.

Die These vom Fall der Profitrate aufgrund gestiegener organischer Zusammensetzung belegt Altvater (1) mit der gestiegenen Kapitalintensität, die die gestiegene organische Zusammensetzung statistisch widerspiegeln soll und (2) mit der gesunkenen Realrendite, die das Sachverständigengutachten 1973 ausweist.

Zu (1): Gemessen wird die Kapitalintensität durch den Bruch Sachanlagen durch Zahl der Lohnabhängigen (bzw. Arbeitsstunden).

Gewiß läßt sich feststellen, daß die Kapitalintensität, also der Einsatz von Maschinen und Produktionsanlagen einschließlich Gebäuden heute höher liegt als im Jahre 1960. Verneint werden muß indessen, daß die statistisch gemessene Größe der Kapitalintensität als Indikator für die organische Zusammensetzug des Kapitals angesehen werden kann, und zwar aus den folgenden Gründen: (a) der Zähler des Bruchs enthält nur einen Teil des konstanten Kapitals: Maschinen und Gebäude, nicht aber die Produktionsmaterialien; (b) sowohl das Sachkapital wie die Zahl der Lohnabhängigen enthalten beide produktive und unproduktive Bereiche; (c) bei dem Bruch handelt es sich – und dies ist der gravierendste Einwand – um ein ‚Äpfel-Birnen-Verhältnis': es werden völlig verschiedene Dimensionen (Preise mit Mengen) miteinander in Beziehung gesetzt, während es sich bei der organischen Zusammensetzung um einen Wertausdruck, also um ein Verhältnis zweier Größen ein und derselben Dimension handelt.

Um eine halbwegs akzeptable empirische Größe zu erhalten, müßte der Nenner in eine Preisgröße (z. B. Lohnsumme) umgerechnet werden. Gehen wir diesen Weg, so zeigt sich, daß eine solche ‚Kapitalintensität' langsamer gewachsen ist als jene, die von der Statistik ausgewiesen wird und auf die sich Altvater beruft. Für den industriellen Bereich erhalten wir sogar sinkende Größen:

Das Bruttoanlagevermögen (in DM) durch Bruttolohn- und -gehaltssumme (in DM) betrug für 1960:

$$\frac{190{,}3 \text{ Mrd}}{50{,}3 \text{ Mrd}} = 3{,}8;$$

und für 1970:

$$\frac{348{,}0 \text{ Mrd}}{101{,}5 \text{ Mrd}} = 3{,}4$$

Wir wollen aus diesem Beispiel nicht etwa eine gesunkene Zusammensetzung folgern, sondern nur zeigen, daß mit der Kapitalintensität keineswegs eine gestiegene organische Zusammensetzung belegt werden kann.

Zu (2): Die Realrendite, Altvaters zweiter empirischer Beleg für den Fall der Profitrate, weist nach dem Sachverständigengutachten in den Jahren 1960 bis 1972 einen Rückgang von 40 Prozent auf. Bevor man jedoch aus diesem empirischen Tatbestand weiterreichende Schlußfolgerungen über Ausmaß und Tendenzen der Profitratenentwicklung zieht, sind eine Reihe von Einwänden zu bedenken. (a) Im Jahre 1960 befand sich die Konjunktur auf einem Höhepunkt mit einer überdurchschnittlich hohen Gewinnentwicklung; das Jahr 1972 war hingegen ein Jahr des konjunkturellen Tiefpunkts mit einer unterdurchschnittlich niedrigen Gewinnentwicklung. Beim Vergleich von Jahren gleicher konjunktureller Phasen zeigt sich ein bedeutend schwächerer Trendabfall. (b) Der Sachverständigenrat berechnet nur eine Bruttorendite, die die Gewinne vor der Versteuerung erfaßt. Da die Gewinnsteuern relativ langsamer gestiegen sind als die Gewinne selbst, weist die Nettorendite einen geringeren durchschnittlichen Fall auf als die Bruttorendite. Unter dem Gesichtspunkt der Akkumulation ist jedoch nur die Nettorendite relevant.

Alles in allem scheint also nach 1960 der Fall der Profitraten weniger dramatisch gewesen zu sein als die Sachverständigen uns glauben machen wollen. Andere Profitraten-Maße wie die „Kapitalnutzungsrate" weisen nach Berechnungen des gewerkschaftseigenen Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts für die Zeit von 1960 bis 1969 keinen Fall aus.

Ob der – übrigens auch von uns für wahrscheinlich gehaltene –

Rückgang der Rendite eine Folge gestiegener organischer Zusammensetzung ist, wie Altvater annimmt, steht wiederum auf einem anderen Blatt. Die Abschwächung der Gewinnentwicklung wie sie z. B. 1961 bis 1966 von manchen Indikatoren angezeigt wird, scheint ebenso Folge einer schwachen Weltkonjunktur (und damit geringerer Kapazitätsauslastung) wie verstärkter Lohnauseinandersetzungen im Zuge der Vollbeschäftigung zu sein.

Einen gewissen Fall der Profitrate angenommen, ergibt sich die Frage, bei welcher Profitrate jene „Reizschwelle" unterschritten ist, bei der – Altvater zufolge – „die Motivation zur Akkumulation infolge zu niedriger Profitrate" schwindet. Investieren doch die Kapitalisten – wie internationale Vergleiche zeigen – bei sehr unterschiedlichen Profitraten.

Altvater sagt selbst, „daß es sich hier nur um eine noch nicht sehr ausgeprägte Tendenz handelt, die nichtsdestoweniger wirksam ist." Allerdings werden in seinem Beitrag äußerst wichtige Erscheinungen wie vermehrte Kapitalexporte, Kapitalkonzentration, Staatseingriffe und Inflation aus dieser „noch nicht sehr ausgeprägten Tendenz" abgeleitet. Unbemerkt verlagert sich damit die Beweisführung: jener Fall der Profitrate, der die Überakkumulationsschwelle in der Tendenz (?!) erreicht haben soll, wird aus den Phänomenen, die seine Folgen sein könnten, nunmehr rückgeschlossen. Zulässig wäre dieses Verfahren nur dann, wenn die bezeichneten Phänomene allein aus dem Fall der Profitrate ableitbar wären. Dies ist jedoch nicht der Fall, sie können auch aus anderen und im gleichen Maße plausiblen Ursachen erklärt werden, worauf in dem angekündigten späteren Beitrag noch einzugehen sein wird.

2. Inflation als Ausdruck der Überakkumulation

Altvater sieht folgenden Zusammenhang: wegen der fallenden Profitrate wird weniger investiert, wodurch es dem Produktionsmittelsektor (Herstellung von Maschinen usw.) an Aufträgen mangelt. Eine Situation, die alsbald – über geringere Löhne im Produktionsmittelsektor – auch für den Konsumsektor einkehrt. So folgt aus der schlechten Ausgangssituation (zu geringe Profitrate) eine noch schlechtere: Arbeitslosigkeit und tote Fabriken. Wird nun die Nachfrage über Kreditspritzen hochgepäppelt, so kann allenfalls die noch schlechtere auf die schlechte Ausgangssituation zurückgebracht werden, „ohne die grundlegenden Probleme des kapitalistischen Produktionsprozesses (zu geringe Profitrate, d. Verf.) lösen zu können."

So nachvollziehbar dieser Gedankengang ist, so unergründlich bleibt uns, warum daraus Inflation entsteht. Tatsache ist doch, daß die Ausgangssituation – leer stehende Kapazitäten im Produktionsmittel- und Konsumsektor – das Gegenteil zur Inflation ist. Herrscht bei diesem Warenüberfluß auch nur ein Quentchen Konkurrenz, so müßten die Preise fallen. Nun kommen also die Kreditgelder nachfragemäßig angerollt, also wird das Fallen der Preise aufgehalten. Eine Preissteigerung kann auf diesem Wege aber nur entstehen, wenn die kreditfinanzierte Nachfrage eine bestimmte Schwelle überschreitet. Sie muß nicht nur die leerstehenden Kapazitäten abbauen, sondern ein derartiges Ausmaß annehmen, daß sie die Angebotsmöglichkeiten überschreitet. Dieser entscheidende Nachweis fehlt bei Altvater. Für ihn ist kreditfinanzierte Nachfrage als solche inflatorisch. Eine Verbindung zwischen deflatorischer Ausgangssituation und inflatorischem Prozeß könnte allenfalls die Kapitalkonzentration bilden: die konzentrierten Kapitale können ihre Preise auch schon bei einer geringen Nachfrageausdehnung (lange vor Erreichen der Kapazitätsgrenze) erhöhen. Ob Altvater dieser Erklärung zustimmen würde, ist fraglich. Aus seiner Feststellung, daß die Inflation keineswegs durch die „Willkür der Monopole" bewirkt werde, ist eher das Gegenteil zu schließen, obwohl er im „Gewerkschafter" (Funktionärszeitschrift der IG Metall) Nr. 8/1973 gerade die monopolistische Preispolitik als ersten Grund in seiner Inflationserklärung anführt.

Im folgenden wollen wir noch auf einige weitere Punkte der Altvaterschen Inflationserklärung eingehen. Unerklärlich ist uns, was mit der Benennung der Verschuldungs-Milliarden gesagt werden soll, solange sie nicht in einen sinnvollen Bezug zu irgendwelchen anderen Größen (Sozialprodukt, Steuereinnahmen, Lohnsumme etc.) gestellt werden. Die 627 Mrd. DM, mit denen die BRD-Unternehmen in der Kreide stehen, sind eine Menge Geld. Rechnet man jedoch die Aktien, die nämlich Bestandteil dieser Schuldensumme sind, davon ab, so ist's schon weniger. Gleichwohl bleibt die Konsumentenverschuldung von 50 Mrd ein hübsches Sümmchen. Folgt aus Staatsverschuldung irgendwann der Währungsschnitt, also die Enteignung der Gläubiger? Das war bisher immer nur im Gefolge von Kriegen der Fall, – und zwar auf Seiten der Verlierer. Die enorme Staatsverschuldung der USA hat keineswegs zum Schnitt geführt, als diese nach dem 2. Weltkrieg auf ihrem Höhepunkt angelangt war. Ebenso wenig wie in Frankreich und in England. Auch bei den Militärausgaben sollte man nicht so eilfertig inflationäre Konsequenzen ziehen. Weder war die eigentliche Aufrüstung der USA in den 50er Jahren mit einer auch nur in etwa entsprechenden Zunahme der Inflation begleitet, noch ging jenem größten Inflationsschub seit dem Koreakrieg, der in den letzten zwei Jahren in den USA stattfand, einher mit einer entsprechenden Ausdehnung der Rüstung. Richtig ist der inflatorische Schub im Zuge des Indochinakrieges nach 1966. Ist es nicht auch verwunderlich, daß 1973 die reale Konsumfrage – trotz Konsumentenkredite – stagniert und dennoch die Inflationsrate lustig weiterklettert? Und warum sollten jene Unternehmen, deren Profitrate so niedrig ist, daß ihnen die Investitions„lust" vergeht, solche ungeheuren Kredite aufnehmen?

Man könnte diese Reihe von Ungereimtheiten fortsetzen, doch meinen wir, genügend demonstriert zu haben, welche offenen Probleme durch die Schein-Geschlossenheit von Altvaters Darstellung nur verdeckt werden.

Versuchen wir abschließend zu klären, welche „uns wichtig erscheinenden Hinweise" verbleiben, „die bei den strategischen und taktischen Dikussionen beachtet werden sollten" (Altvater).

3. Veränderte Akkumulationsbedingungen und sozialistische Politik

Genosse Altvater geht von einer krisenhaften Entwicklung des Weltkapitalismus aus; allerdings befinde sich das westdeutsche Kapital in einer „vergleichsweise günstigen Position". Wenn man berücksichtigt, daß in den letzten Jahren eine Reihe von kapitalistischen Ländern relativ hohe Wachstumsraten erzielten (so insbesondere die USA, auch in der Bundesrepublik wurde 1973 noch eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts von 5,5 % erreicht) und daß der Welthandel im Jahre 1973 real um enorme 12 % expandierte, so läßt sich dies schwerlich mit Krise und „Stagnation" umschreiben. Verbleibt noch die Beschleunigung der Inflation als Ausdruck der Krisentendenzen. Da diese aber u. E. auch nach den Ausführungen von Altvater ein Rätsel bleibt, tappen wir diesbezüglich im Dunkeln.

Die zentralen Fragen, die beantwortet werden müßten, um von „Hinweisen ... für die strategischen und taktischen Diskussionen" sprechen zu können, sind:

- Wie entwickelt sich in den nächsten Jahren das Wirtschaftswachstum, und mit welchen Lohnspielräumen kann gerechnet werden?
- Wie entwickelt sich die Arbeitslosigkeit und welche Folgen hat dies für Bewußtsein und Verhalten der Arbeiterklasse? Wie entwickeln sich die Klassenkämpfe? Altvater: „Wenn das Niveau der Klassenkämpfe in Westdeutschland vergleichsweise niedrig bleibt, dann wird das westdeutsche Kapital seine vergleichsweise günstige Position gegenüber anderen Ländern auf dem Weltmarkt nicht verlieren." Richtig, aber wie steht es mit dem „Wenn"? Dazu erfahren wir nur allgemeine Belehrungen: „Löhne sind, wie Marx ausführte, die abhängige und nicht die unabhängige Variable"; „aber dabei ist zu bedenken, daß die Schärfe der Klassenkämpfe für die Akkumulationsbedingungen des Kapitals Bedeutung erlangt."
- Wie entwickelt sich der Welthandel eine Frage, die für die wirtschaftlichen Aussichten der BRD von zentraler Bedeutung ist.
- Wie ist der Fortgang der Inflation einzuschätzen?
- Welche Möglichkeiten hat der Staat zur Krisenbekämpfung? Elmar Altvater nennt die Maßnahmen, die nach seiner Ansicht zur erfolgreichen Überwindung der Krise von 1966/67 beigetragen haben. Wenn dies einmal glückte, müßte das nicht auch ein zweites Mal gelingen? Dieser Gedanke taucht aber bei Altvater nicht mehr auf, obwohl von jenen Wegen die Rede ist, „auf denen der Abgrund der kapitalistischen Krise umgangen werden soll". Altvaters These, der Staat sei in den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise verfangen und könne Krisen lediglich verkürzen oder zeitlich und räumlich verschieben, ist sicher richtig. Die entscheidende Frage ist aber, wie groß trotz der immanenten Beschränkungen die Steuerungskapazität des Staates ist? Können nicht auch begrenzte staatliche Eingriffsmöglichkeiten in den Wirtschaftsablauf zu höchst brisanten ökonomischen und politischen Konsequenzen führen?

Arbeitskreis Politische Ökonomie: A. Blechschmidt, F. Gerlach, W. Hanesch, O. Jacobi, W. Müller-Jentsch.

Berichtigung

In dem Aufsatz „25 Jahre Grundgesetz" in „links" Nr. 56 entspricht der erste Satz auf Seite 8 nicht der Manuskriptfassung. Der Satz lautet richtig: „Die rechtsstaatlich verfaßte politische Demokratie ist das Kampffeld, auf dem die Arbeiterbewegung gesellschaftliche Veränderungen in Richtung auf die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise durchsetzen kann."

Mitteilung

Durch ein redaktionelles Versehen sind in dem Artikel von Rainer Kessler, „25 Jahre Grundgesetz" („links" Nr. 56, Juni 74) ganze Passagen von Zitaten aus dem in der Kritischen Justiz 2/74 erschienenen Aufsatz von Joachim Perels „Legalität und sozialistische Strategie – Zur verfassungstheoretischen Position Wolfgang Abendroths" nicht kenntlich gemacht worden. Wir möchten daher auf diesen Aufsatz, der für Kesslers Artikel mit als Grundlage diente, ausdrücklich hinweisen.

Die chilenische „Lehre" für die sozialistische Militärpolitik in der BRD und in Westeuropa

Egbert Jahn

Wie kein anderer der zahlreichen Militärputsche in den letzten Jahrzehnten hat der chilenische vom September 1973 die internationale Arbeiterbewegung getroffen. Was die Niederlage der Arbeiterbewegung in Chile zu einem Ereignis gemacht hat, das — ganz anders als etwa das Massaker an den indonesischen Kommunisten 1965 — weltweite Solidarität mit den Geschlagenen hervorrufen konnte, ist wohl zweierlei.

Erstmals in der Geschichte der Arbeiterbewegung hat annähernd die Mehrheit der Bevölkerung eine von sozialistischen Parteien getragene Regierung unterstützt, die Maßnahmen der Sozialisierung durch das städtische und ländliche Proletariat einleitete, förderte oder wenigstens begünstigte. Das politische Bewußtsein der unterdrückten Klassen in Chile hatte sich so weit entwickelt, daß sie der UP-Regierung nicht die schweren ökonomischen Rückschläge und die galoppierende Inflation anlasteten, sondern die politische und wirtschaftliche Sabotage der chilenischen Bourgeoisie und des internationalen Kapitals erkannten, mit Hilfe derer die wirtschaftliche Krise Chiles verschärft und der UP-Regierung das Vertrauen der Volksmassen entzogen werden sollte. Als die herrschenden Klassen in Chile nach den März-Wahlen 1969 erkennen mußten, daß ihre politisch-ökonomische Strategie keinen Erfolg hatte, griffen sie zur ultima ratio des Klassenkampfes, zum Bürgerkrieg, durch den sie die Arbeiterbewegung auf Jahre zerschlugen, dabei ohne die geringsten Skrupel die bürgerliche Verfassung zertretend.

Zum zweiten erhielten die Illusionen vom friedlichen Übergang zum Sozialismus, die vor allem im Zeichen der internationalen Entspannung wieder zu blühen begannen, erneut einen schweren Schlag. Kaum anderswo auf der Erde schienen zu Beginn der siebziger Jahre die Bedingungen für eine legale und friedliche Umwälzung der Produktionsverhältnisse so günstig wie in Chile. Parteikommunisten, sozialistische Sozialdemokraten, katholische und andere Radikaldemokraten in aller Welt konnten sich mit der UP-Illusion identifizieren.

Nach dem Putsch werden sehr verschiedene „Lehren" aus den chilenischen Ereignissen der letzten Jahre herausgelesen. Die einen hören die „Tatsachen" predigen, allein der bewaffnete Kampf der Sozialisten könne ein derartiges Desaster der Arbeiterbewegung wie im September 1973 verhindern, die anderen lassen sich von der „Geschichte" bestätigen, daß nur ein noch breiteres und noch engeres Bündnis mit den Mittelklassen, mit der kleinen Bourgeoisie, den Sieg des Sozialismus garantiere.

Aber besteht die chilenische „Lehre" nicht im wesentlichen gerade darin, daß sie an jene alten, jedoch weithin verdrängten Einsichten erinnert, daß die politische Gewalt sich nicht in der parlamentarischen und Regierungsgewalt erschöpft, daß die Staatsgewalt nicht nur aus bürgerlich-demokratischen Verfassungsregeln besteht, sondern höchst massiv auch aus der Klassenmaschinerie des zivilen und militärischen Staatsapparates. Zunächst unabhängig davon, ob die Sozialisten eine Strategie des parlamentarischen Reformismus, des bewaffneten Aufstandes oder der „friedlichen" Revolution vertreten, sobald sie vergessen, daß die Staatsgewalt, die es für die Umwälzung der Produktionsverhältnisse zu erobern gilt, nicht nur aus Regierung, Parlamentsmehrheit, Verfassungsgerichtsbarkeit besteht, sondern auch aus einer menschlichen, in bestimmten Klassenverhältnissen verankerten Maschinerie, die nicht wie die Eisenbahn unverändert für diese oder für jene Klasse instrumentalisierbar ist, sobald ist die Niederlage in den Klassenkämpfen so gut wie gewiß.

Die Klassenverhältnisse, der wirtschaftliche Entwicklungsstand, die historischen Ausgangspositionen sind in Chile und in Westeuropa so verschieden, daß es hier nicht erforderlich ist, nach den spezifischen Gründen der Niederlage der Arbeiterbewegung im September 1973 zu forschen, etwa zu fragen, welches der „Grundfehler" der Allende-Regierung und der sie tragenden sozialistischen Parteien war: die Politik gegenüber den Mittelschichten, den Kleinunternehmern usw., die Politik gegenüber den Kupferarbeitern, gegenüber den zum bewaffneten Kampf bereiten revolutionären Gruppen, gegenüber den Soldaten und dem Offizierskorps, das Fehlen einer Widerstandsstrategie für den Fall des nicht unerwarteten Militärputsches. Es ist auch hier nicht zu fragen, ob vielleicht schon die Übernahme der Regierungsgewalt 1970 der „Grundfehler" war oder ob die chilenische Arbeiterbewegung in eine historische Sackgasse getrieben worden war, aus der auch nicht die klügste klassenpolitische Wissenschaft und Kunst einen Ausweg zu finden vermag, eine Situation, in der objektiv nur der heroische Untergang möglich war.

Die Beantwortung solcher Fragen ist unzweifelhaft wichtig, vor allem für die Erneuerung der Arbeiterbewegung in Chile und in Südamerika. In welcher Weise die Antworten auch die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung in Westeuropa zu Änderungen veranlassen sollten, läßt sich heute noch nicht diskutieren. Insbesondere deshalb, weil es kaum eine hinreichend konkrete Konzeption des Übergangs zum Sozialismus in Westeuropa gibt, die sich modifizieren ließe.

Daß konkrete Vorstellungen über den Übergang zum Sozialismus in Westeuropa heute kaum zur Debatte stehen, liegt sicherlich vor allem daran, daß die derzeitige Schwäche der Arbeiterbewegung andere Fragen aufzuwerfen scheint als die, wie eine sozialistische Revolution in Westeuropa aussehen könnte, wenn es (wieder) eine revolutionäre Arbeiterbewegung von hinreichender Stärke gäbe. Könnte aber die Schwäche der revolutionär-sozialistischen Bewegung in Westeuropa unter vielem anderen nicht auch darin begründet liegen, daß die traditionellen Vorstellungen und die historischen Erfahrungen, die mit „sozialistischer Revolution" verbunden sind, und die wie ein Alpdruck auf den Gehirnen lagern, nicht mehr den Bedürfnissen der unterdrückten Klassen in den gewandelten Verhältnissen Westeuropas entsprechen?

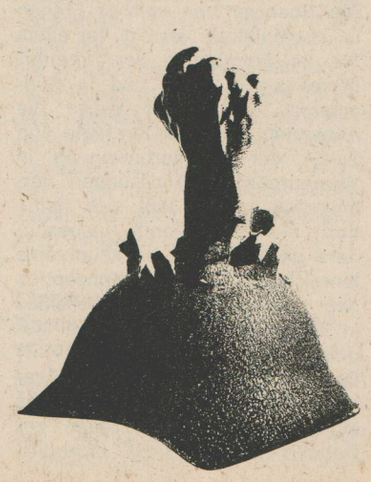
In der marxistischen — reformistischen wie revolutionären — Tradition gilt es als selbstverständlich, daß die ökonomische Revolution, die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, durch die politische Revolution der Arbeiterklasse, d. h. die politische Machtergreifung oder die Aneignung der Staatsgewalt, eingeleitet werden müsse. Während die Reformisten den Staatsapparat wie einen materiellen Apparat als ein klassenpolitisch neutrales, beliebig hantierbares und reformierbares Instrument betrachten, ihre Strategie sich also auf die Eroberung der Parlamentsmehrheit und Regierungsgewalt im Rahmen der bürgerlichen Demokratie beschränkt — bis die Staatsgewalt selbst ganz „überraschend" und „Tragödien" produzierend von ihrem Klassencharakter mit Bomben und Granaten zeugt — beziehen die Revolutionäre den Klassencharakter des zivilen und militärischen Staatsapparates in ihre Strategie mit ein. Sie rechnen also mit dem politisch-militärischen Widerstand dieses fiktiv das Gemeinwohl, tatsächlich das herrschende Klasseninteresse vertretenden Apparates, der den

ökonomisch-politischen Widerstand der herrschenden Klassen ergänzt und ihm die ausschlaggebende Macht verleiht, denn die unmittelbaren Klassenstreitkräfte – wie ‚Patria y Libertad' in Chile – werden nur selten weit ausgebaut.

Marx und Engels stellten sich in der überwiegend bäuerlichen Gesellschaft Westeuropas die proletarische Revolution als eine bewaffnete Minderheitenrevolution vor, die nur in den Städten von der proletarischen Mehrheit getragen und von der ländlichen nationalen Mehrheit zumindest geduldet werden würde. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts sprach Friedrich Engels deutlich aus, daß eine sozialistische Revolution nun nur noch eine Mehrheitsrevolution, bewußt getragen von der Bevölkerungsmehrheit, sein könne. Nach der Erkämpfung demokratischer Verfassungen und des allgemeinen Wahlrechts durch das noch progressive Bürgertum und die Arbeiterschaft brauchten die Sozialisten die politische Machtergreifung als eine durch bewaffnete Aktionen vermittelte revolutionäre Handlung nur noch für den – allerdings für sehr wahrscheinlich gehaltenen – Fall ins Auge zu fassen, daß die Bourgeoisie bei einer drohenden oder tatsächlichen Stimmenmehrheit der als revolutionär eingeschätzten Sozialdemokratischen Partei die bürgerlich-demokratische Verfassung selbst brechen und zur unmittelbaren Säbelherrschaft zurückgreifen werde. In diesem Falle hatte der bewaffnete Widerstand der revolutionären Sozialdemokratie nicht mehr so sehr den Charakter eines bewaffneten Aufstandes, sondern eines verfassungsschützenden Widerstandes gegen einen konterrevolutionären Minderheitenaufstand der herrschenden Klassen und ihres Staatsapparates. Nach der Erfahrung mit der faschistischen Diktatur haben einige bürgerliche Verfassungen sogar die Widerstandspflicht des Volkes gegen verfassungswidrig ausgeübte Staatsgewalt kodifiziert.

Nach der geläufigen schematischen Vorstellung von der sozialistischen Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern würde das zur Klasse für sich herangebildete und sich selbst entwickelnde bewaffnete Proletariat – nun schon die Bevölkerungsmehrheit – die herrschenden Klassen mitsamt ihrem Staatsapparat in einem militärisch-politischen Akt niederwerfen. Dieses Schema wurde noch vom alten Engels unter dem Eindruck der Wirkung der modernen Waffen im amerikanischen Bürgerkrieg 1861–1864, im deutsch-französischen Krieg 1870/1871 und bei der Niederschlagung der Pariser Kommune entscheidend modifiziert. Engels war klar, daß die Entwicklung der politisch-ökonomischen Klassenkräfte und des Klassenbewußtseins des Proletariats zwar entscheidend für die sozialistische Revolution sind, daß aber die militärischen Kräfteverhältnisse im „letzten Gefecht" ausschlaggebend sein würden. In der berühmten Einleitung von 1895 zu den „Klassenkämpfen in Frankreich" stellte er dar, wie sich die Bedingungen des Völkerkrieges, also auch des Klassenkampfes, vor allem infolge der Entwicklung der Waffen- und Kriegstechnik gewandelt haben. Entgegen der reformistischen Auslegung dieses „politischen Testaments" Engels' enthält es keinerlei Absage an die bewaffnete Revolution. Engels macht nur deutlich, daß unter den gegebenen Verhältnissen jedes vorzeitige Losschlagen der revolutionären Partei verhängnisvoll sei. Die proletarische Partei müsse zunächst die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft für sich gewinnen. Darüberhinaus müsse sie auch noch Teile des verfassungstreuen, liberalen Bürgertums für sich gewinnen oder wenigstens neutralisieren, indem sie nicht selbst zuerst zu den Waffen greife, sondern die herrschenden Klassen selbst die Verfassung brechen lasse. Engels hielt also diesen politisch-psychologischen Vorteil, daß die Bourgeoisie die Verfassung breche und nicht das revolutionäre Proletariat, für wichtiger als militärisch-taktische Vorteile der Bestimmung des Zeitpunktes des Aufstandes durch die proletarische Partei.

Weiterhin machte Engels deutlich, daß in einem Bürgerkrieg die revolutionäre Klasse nicht als der revolutionäre „Gewalthaufen" die gesamten bewaffneten Formationen der herrschenden Klassen militärisch niederwerfen könne. Die Revolution könne nur Erfolg haben – und das habe auch schon für die klassische Zeit der Barrikadenkämpfe gegolten –, wenn die Moral der Streitkräfte auf der anderen Seite zusammenbreche: „Machen wir uns keine Illusion darüber: Ein wirklicher Sieg des Aufstandes über das Militär im Straßenkampf, ein Sieg wie zwischen zwei Armeen, gehört zu den größten Seltenheiten. Darauf hatten aber die Insurgenten es auch ebenso selten angelegt. Es handelte sich für sie nur darum, die Truppen mürbe zu machen durch moralische Einflüsse, die beim Kampf zwischen Armeen zweier kriegführender Länder gar nicht oder doch in weit geringerem Grad ins Spiel kommen. Gelingt das, so versagt die Truppe, oder die Befehlshaber verlieren den Kopf, und der Aufstand siegt. Gelingt das nicht, so bewährt sich, selbst bei einer Minderzahl auf seiten des Militärs, die Überlegenheit der besseren Ausrüstung und Schulung, der einheitlichen Leitung, der planmäßigen Verwendung der Streitkräfte und der Disziplin ... In allen Fällen aber wurde der Sieg erkämpft, weil die Truppe versagte, weil den Befehlshabern die Entschlußfähigkeit ausging, oder aber weil ihnen die Hände gebunden waren. Selbst in der klassischen Zeit der Straßenkämpfe wirkte also die Barrikade mehr moralisch als materiell." (MEW 22, S. 519 ff.).



Wurde also schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts klar, daß die proletarische Revolution in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nur siegen könne, wenn Teile des Bürgertums sie unterstützten oder wenigstens indifferent bleiben, und wenn die ausschlaggebenden Teile des Militärs sich weigerten, für die herrschenden Klassen zu kämpfen, so gelten diese Bedingungen noch eindeutiger für das späte 20. Jahrhundert.

Doch haben diese Bedingungen sich auch seit den Zeiten des politischen Testaments Engels' gründlich geändert. Die klassische Bourgeoisie aus selbständigen Eigentümern und Leitern des kombinierten Arbeitsprozesses ist in Westeuropa weitgehend verschwunden. Der Großkapitalist hat seine Kapitalfunktionen weithin an Lohnarbeiter (Manager etc.) abgegeben; der kleine Bourgeois und Bauer ist als Zulieferer von Großbetrieben und als Installateur und Reparateur von Gütern der Großindustrie de facto zum Lohnarbeiter geworden, der seinen eigenen Arbeitsplatz und den seiner Untergebenen selbst bezahlen muß. Das Klein-Eigentum vermittelt nur noch die Fiktion von selbständiger Verfügung über fremde Arbeitskraft. Wenn im Spätkapitalismus tendenziell die gesamte Bevölkerung zur Lohnarbeiterschaft geworden ist, so liegt das Problem der sozialistischen Bewegung nicht so sehr darin, wie der Widerstand der Bourgeoisie, soweit noch vorhanden, überwunden werden kann, sondern vor allem darin, weshalb das annähernd die gesamte Bevölkerung ausmachende Proletariat so wenig Interesse am Sozialismus entwickelt. Abgesehen von der hier nicht weiter zu diskutierenden Frage, unter welchen absehbaren Bedingungen überhaupt eine Revolutionierung des westeuropäischen Proletariats stattfinden wird und wie sich dieser Prozeß fördern läßt, muß auch schon im gegenwärtigen Stadium der Schwäche der sozialistischen Bewegung bewußt werden, daß die militärische Überlegenheit systemloyaler bewaffneter Staatsformationen über jede Aufstandsbewegung mit materiellen Mitteln nicht zu brechen ist.

Seit 1789 gab es keinen Sieg eines Volksaufstandes in Westeuropa mehr, sieht man von den bürgerlichen „Revolutionen" des Jahres 1918 ab. Außer politisch-ökonomischen Gründen hat dies vor allem militärische Gründe. In den aufs engste verknüpften Metropolen kann sich die Bevölkerung nicht mehr in zwei militärisch und vor allem ökonomisch voneinander unabhängige Bürgerkriegsparteien teilen, ohne daß die eine oder beide in wenigen Tagen oder gar Stunden mangels Wasser, Strom, Lebensmitteln usw. schon allein aus ökonomischen Gründen kapitulieren muß. Außer bewaffneten Scharmützeln ohne jegliche Aussicht auf einen militärischen Sieg wie in Nordirland ist ein bewaffneter Umsturz nur noch quasi als Putsch möglich, nicht mehr als ein sich über längere Zeit hinziehender Straßenkampf.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Zentralisation der wichtigsten Waffen und der Waffenproduktion in staatlicher Hand, der technischen Möglichkeiten der Kontrolle der Bevölkerung, des staatlichen Monopols über die wichtigsten Kommunikationskanäle, kann keine Aufstandsbewegung mehr heimlich hinreichend Waffen akkumulieren, um ernsthaften Widerstand gegen die bewaffneten Staatsformationen zu leisten oder sie gar militärisch zu besiegen. Mit Not lassen sich vielleicht einige panzerbrechende Waffen anhäufen, aber mit Molotowcocktails wurde noch keine kampfbereite Panzerarmee besiegt. Und selfmade Flugzeugabwehrgeschütze, die sich im heimischen Spind verstecken lassen, hat bisher weder ein Schweizer noch ein revolutionärer Ingenieur entwickelt.

Noch viel eindeutiger als 1895 kommt es also in den Straßenkämpfen darauf an, die Staatsgewalt nicht materiell, sondern moralisch zu brechen. Dies ist nur möglich, wenn in den Polizisten und Soldaten keine abzuschlachtenden „Bullen" und abzustechende „pigs" gesehen werden – die studentische Bullenideologie ist Ausdruck der politischen Impotenz von Ochsen –, sondern potentielle Sozialisten oder wenigstens Gegner, die politisch neutralisiert werden müssen, die militärisch nicht besiegt werden könnnen.

Doch sind die Bedingungen für die Erschütterung der Moral der bewaffneten Staatsformationen im Verlaufe von Straßenkämpfen heute noch weitaus ungünstiger als 1895. Die Dauer eines bewaffneten Widerstandes gegen die Staatsgewalt könnte wegen deren militärischer Überlegenheit nur äußerst kurz sein, so daß die mögliche Konversionszeit, die im 19. Jahrhundert wenigstens mehrere Tage dauerte, annähernd auf Null reduziert ist. Hinzu kommt, daß die Reichweite der heutigen Bürgerkriegswaffen, der Maschinengewehre, der Gase, des Dynamits, der Panzergeschosse und der Flugzeugwaffen so groß ist, daß der Schütze die Resultate seiner Aktionen meist nicht mehr di-

rekt sieht, das Töten ist anonymer geworden, er ist gegen agitatorische und psychologische Einflüsse von seiten der Aufständischen während des Kampfes in seinem Panzer oder Flugzeug fast völlig abgeschirmt. Und wo sozialistische Kader in das Militär und in die Polizei eindringen können, werden sie wohl leicht — wie in Chile im Sommer 1973 — vor dem konterrevolutionären Putsch politisch und physisch liquidiert werden. Die Unterwanderung des Militärs, insbesondere des Offizierskorps durch sozialistische Kleinkinder, die in die Kadettenanstalten eintreten und dann einige Jahrzehnte praktisch ohne Kommunikation mit der zivilen sozialistischen Bewegung die Laufbahn bis in die Generalität als heimliche Sozialisten durchmachen, ist abenteuerliches revolutionaristisches science fiction.

Was ergibt sich aus der hier nur in groben Zügen skizzierten militärischen Situation für die sozialistische Militärpolitik? Vor allem seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 und seit der Kampagne gegen diese Gesetzgebung im Zuge der Studentenbewegung haben in der Bundesrepublik Zehntausende von Jugendlichen, meist Studenten und Bürgersöhne, die sich mehr oder weniger zur sozialistischen Bewegung rechnen, den Kriegsdienst verweigert. Diese Massenbewegung ist bisher von der sozialistischen Theorie und Politik noch nicht zur Kenntnis genommen worden.

Die Kriegsdienstverweigerung widerspricht einerseits diametral der traditionellen sozialistischen Militärpolitik, wie sie als internationalistische vor allem vor 1914 entwickelt worden war. Die Sozialisten hatten damals die allgemeine Volksbewaffnung und die Abschaffung des stehenden Berufsheeres aus zweierlei Gründen propagiert. Das Bewaffnen des Volkes sollte zum einen eine Garantie gegen Angriffspläne der eigenen Regierung sein, da das Volk ja kein Interesse an der Unterjochung fremder Völker habe. Gleichzeitig erschien die Volksbewaffnung eine ausreichende Verteidigung gegen ausländische, reaktionäre Berufsheere zu garantieren, wie die Entwicklung des Kriegswesens seit der Französischen Revolution zu beweisen schien. Zum anderen sollte die Volksbewaffnung, tendenziell schon durchgeführt oder durchführbar in der bürgerlichen Gesellschaft, dem Proletariat die Waffen in die Hand geben, um sich gegen konterrevolutionäre Putsche zu verteidigen. Da die politische Revolution in der Regel nur vermittels eines Bürgerkrieges realisierbar schien, war den sozialistischen Revolutionären die Schulung des Proletariats im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht für das Waffenhandwerk nur recht. Kriegsdienstverweigerung erschien damals als eine verrückte oder verderbliche bürgerlich-pazifistische Idee.

Nach 1914 verlief die waffentechnische Entwicklung nicht weiter in der Richtung, die Engels zunächst annahm. Die Spezialisierung auch des Kriegshandwerks, die Zentralisation von gewaltigen Tötungskapazitäten in wenigen Händen, hat die Massenheere tendenziell wieder überflüssig gemacht. Da im modernen Krieg nur noch wenige Soldaten die Gelegenheit zum Töten erhalten — und dies gleich hekatombenweise — werden die Heere tendenziell nur noch als Besatzungsarmeen und Polizeireserve gebraucht, sie haben jedoch kaum noch einen militärischen Kampfauftrag. Unter diesem Gesichtspunkt wäre die Propagierung der allgemeinen Volksbewaffnung heute nur noch ein militärischer Witz. Wohl in Ahnung von den gewandelten militärischen Verhältnissen und vom gewandelten Charakter des Krieges haben die Sozialisten in der Bundesrepublik kaum ernsthaft gegen die Kriegsdienstverweigerung agitiert.

Der Putsch in Chile hat offensichtlich die sympathisierende Haltung gegenüber der Kriegsdienstverweigerung, zum Teil auch die Kriegsdienstverweigerer selbst verunsichert. Sogar bürgerliche Demokraten, die genau sehen, daß nach einem Rechts-Putsch auch gemäßigte bürgerliche Parteien zerschlagen werden, stellen sich die Frage, ob es sinnvoll ist, den reaktionärsten Kräften die Waffen des Staates zu überlassen. Auch bei den Jusos wird nun klar die Frage gestellt: Rein in oder raus aus der Bundeswehr? Die Vermeidung militärpolitischer Fragestellungen nicht nur in der sozialistischen Linken, sondern auch in der Sozialdemokratie, könnte nun nach Chile endlich ein Ende nehmen. Nicht nur die Möglichkeit einer Regierungsbildung der Union Populaire in Frankreich hat die Frage nach den Voraussetzungen eines Militärputsches in den Zentren Westeuropas aktualisiert. Denn schließlich wird nicht nur die sozialistische Linke ihre „Lehren" aus Chile ziehen, sondern auch die internationale Rechte. Die Gefahr eines präventiven Putsches, der die Linke gar nicht erst zu einer respektablen Stärke anwachsen läßt, dürfte nicht erst seit dem griechischen Putsch von 1967 immer drohender auch in den Kernländern Westeuropas werden.

Eine Strategie der heimlichen sozialistischen Unterwanderung der Streitkräfte ist aus den dargelegten Gründen völlig illusionär. Das einzige Ziel, das sich eine sozialistische Politik setzen kann, wobei auch ein objektives Interessenbündnis mit standfesten bürgerlichen Demokraten, selbst konservativer Couleur, besteht, ist, dafür zu sorgen, daß das Militär nicht viel reaktionärer wird als die gesamte Gesellschaft. Das heißt, die sozialistische Militärpolitik muß die Abkapselungstendenzen des Militärs in aller Offenheit als eine verfassungsfeindliche Tendenz bekämpfen.

In den nächsten Jahren wird die Wehrstrukturdebatte geführt werden. Die Tendenzen zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und damit zur Berufsarmee, also auch Bürgerkriegsarmee, sind unübersehbar. Wahrscheinlich wird die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, die aus militärischen Effizienzgründen, aus Gründen der Rüstungsökonomie und der politischen Zuverlässigkeit der Armee angestrebt wird, nicht zu verhindern sein. Aber ähnlich wie bei der Kampagne gegen die Notstandsgesetze, die ja ernstlich nicht mit der Verhinderung dieser Gesetzgebung rechnen konnte, muß die Wehrdebatte von den Sozialisten dazu genutzt werden, um das Bewußtsein von der heraufziehenden Gefahr von Militärputschen auch in Westeuropa in weiteren Volksmassen zu schärfen und die Diskussion um adäquate Gegenstrategien in Gang zu setzen.

Mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht wird der individuellen Kriegsdienstverweigerung als Waffendienstverweigerung der Boden entzogen werden. In diesem Augenblick wird sich zeigen, wie weit die Politisierung der Kriegsdienstverweigerung, also die Erkenntnis, daß die Abschaffung des Krieges ein gesellschaftliches Problem und nicht nur eine Frage des individuellen Eskapismus aus der Situation der schmutzig-blutigen Hände ist, vorangeschritten ist.

Wie es heute in den kapitalistischen Metropolen keine Revolution mehr gegen das Militär geben kann, so wird letztlich die gesellschaftliche Kriegsdienstverweigerung eine Sache des Militärs sein. Die Nicht-Waffenträger können nur den allgemeinen gesellschaftlichen Boden, die Revolutionierung des Bewußtseins der Lohnarbeiter aller Art, für die Revolutionierung des Bewußtseins der „Ordnungs- und Sicherheitsarbeiter" bereiten. Da die Bedingungen für fortschrittliche Bewußtseinsarbeit innerhalb der Militär- und Polizeiapparate äußerst begrenzt sind, wird die Veränderung des Bewußtseins der Destruktionsarbeiter im wesentlichen nur von außerhalb in Gang gesetzt werden können.

Diese Funktion hatten im 18. und 19. Jahrhundert die Barrikadenkämpfe, in denen der Mut, der Widerstandswille und das Vorbild der aufständischen Barrikadenkämpfer Einfluß auf das Bewußtsein der Staatstruppen ausübte. Im zwanzigsten Jahrhundert zeigt sich in der Praxis, etwa der großen Studentendemonstrationen der endsechziger Jahre, aber auch bei den Höhepunkten dieser Zeit, wie im Pariser Mai und im Prager August, als die Arbeiter in die Straßenkämpfe eingriffen, daß Waffen auf Seiten der Insurgenten keinen Platz mehr haben. Wo noch physische Gewalt in Form von Steinwürfen usw. angewandt wird, so hat das allenfalls die Funktion, politische Ohnmachtsgefühle durch kindische Gewaltäußerung psychisch zu verdrängen, ist jedoch meist politisch nachteilig. Oft gewinnt man auch den Eindruck, daß „bürgerliche" Intellektuelle wegen ihrer mangelnden „reinen" proletarischen Herkunft Minderwertigkeitskomplexe haben, die sie durch Gewaltphrasen oder durch das Hantieren mit militärischem Spielzeug wie Gewehren, Maschinenpistolen und Handgranaten zu kompensieren versuchen. Mit diesem mörderischen Spielzeug kann man zwar ein paar Menschen umbringen, gewaltiges politisches Unheil anrichten, aber dem Sozialismus kommen wir damit um keinen Flohsprung näher. Das Argument, daß mit sogenannten „gewaltlosen" Aktionen erfahrungsgemäß kein Erfolg zu erringen sei, ist in der Regel nichts anderes als Ausdruck von revolutionärer Ungeduld, die in unnötige Niederlagen führt.

Wenn der bewaffnete Widerstand von Arbeitern und anderen Zivilisten unter den heutigen militärischen Verhältnissen nicht mehr sein kann als eine heroische Geste ohne konkretes politisches Ziel, wenn die sozialistische Revolution gegen den Willen des Militärs keine Aussichten hat, was bleibt dann? Die führenden chilenischen Sozialisten der Unidad popular wußten anscheinend keine Antwort; denn es ist sicherlich nicht nur ein persönlicher „Fehler" Allendes, daß er in seinem letzten Aufruf keine konkrete Widerstandsstrategie mit oder ohne Waffen für ein bestimmtes Ziel anzugeben wußte: Sicherung der bürgerlichen Demokratie oder nun uneingeschränkter Kampf für den Sozialismus.

Wenn die Unterwanderungsstrategie illusionär ist, dann bleibt als strategisches Ziel der Aufklärungsarbeit in den Streitkräften nur das Beim-Wort-Nehmen der bürgerlich-demokratischen Verfassung. Das Militär muß wenigstens soweit politisiert werden, daß es den Unterschied zwischen verfassungsmäßigen und verfassungswidrigen Befehlen klar verstehen lernt — und zwar nicht nur die Offiziere, die das in der Regel auch heute schon wissen, sondern auch die Soldaten. Zu verfassungswidrigen Befehlen gehören nicht nur Einsätze gegen unbewaffnete Demonstrationen und Streiks, sondern auch Angriffskriege (vgl. z. B. Artikel 26 des Grundgesetzes). Die Kriegsdienstverweigerung ist nicht nur ein individuelles Recht, sondern — im Falle eines Angriffskrieges der eigenen Regierung — eine gesellschaftliche Pflicht. Dies nicht nur als Verfassungsnorm zu vermitteln, sondern auch darüber aufzuklären, wie in vergangenen Kriegen den eigenen Soldaten ein Angriff durch die andere Seite vorgetäuscht wurde, ist heute Aufgabe des sozialistischen Internationalismus. Die aggressiven Militärs müssen klar und deutlich gesellschaftlich isoliert werden.

FORTSETZUNG SEITE 16

Über den sozialen Antagonismus in der Sowjetgesellschaft

Johann Eggert

Die in den Nummern 45, 46 und 47 von ‚links' dargelegten Thesen und Hypothesen über die Sowjetgesellschaft als einer selbständigen Gesellschaftsformation, die weder durch die kapitalistische, noch durch die sozialistische Produktionsweise, sondern durch eine andere, vorläufig „etatistisch" genannte (da auf dem Staatseigentum an Produktionsmitteln beruhende) Produktionsweise konstituiert wird, stießen vor allem auf den Einwand, daß sie die kapitalistischen Einflüsse auf die Sowjetunion nicht genügend berücksichtigten (vgl. U. Schmiederer in in Nr. 49, E. Altvater in Nr. 50).

Der kapitalistische Einfluß auf die Sowjetgesellschaft

Ursel Schmiederer weist mit Recht darauf hin, daß es im klassischen marxistischen Verständnis nur eine bürgerliche Gesellschaft gibt, nicht mehrere, durch Staatsgrenzen gesonderte Gesellschaften. (Erst infolge der Stalinschen Lehre vom „Sozialismus in einem Lande" scheint es üblich geworden, jedem Lande eine eigene Gesellschaft zuzuordnen). Diese eine, im Verlaufe der Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise über die ganze Erde entstandene internationale Gesellschaft, ist sie seit 1917 in zwei Gesellschaften auseinandergebrochen? Können wir nun die kapitalistische „Welt" weiterhin mit der marxistischen Methode untersuchen und müssen „zusätzlich" für die Analyse der nachkapitalistischen „Welt" eine neue Methode entwickeln? Und gibt es darüberhinaus noch Bewegungsgesetze, nach denen sich die Beziehungen zwischen den beiden „Welten" im internationalen System entwickeln, die weder kapitalistisch noch etatistisch sind? Nimmt etwa das Kapital, das in das Ostgeschäft einsteigt, an den Staatsgrenzen eine heilige Waschung vor, damit es die sowjetischen Arbeiter nicht ausbeuten kann? Aber woher kommt dann der Profit? Und umgekehrt, indem sowjetische Außenwirtschaftsvertretungen mit der „United Fruit Company" bestimmte Verträge abschließen, nehmen sie dann nicht an der Ausbeutung lateinamerikanischer Arbeiter teil?

Für das Problem, daß sowohl der internationalen Einheit als auch der Gespaltenheit der Welt in zwei Gesellschaftsordnungen Rechnung getragen werden muß, ist zur Zeit nirgends eine Lösung zu sehen. Die Linke hatte bisher dieses Problem ignoriert, indem sie der Stalinschen Lehre von den vielen nationalen Gesellschaften folgte oder sich auf die Kritik des kapitalistischen (Teil-)Weltsystems beschränkte, als ob die nichtkapitalistischen Länder nicht existierten oder einer anderen Welt angehörten. Nach dem Anwachsen der „Stärke des sozialistischen Lagers" und mit der quantitativen und qualitativen Ausweitung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Beziehungen wird es immer schwieriger, das Problem der Einheit und sozialsystemaren Gespaltenheit der Welt zu verdrängen.

Die These von den überwältigenden kapitalistischen Einflüssen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse der nicht-kapitalistischen Länder – sei es in Form von kapitalistischen Relikten aus der Vergangenheit oder von imperialistischen Einwirkungen aus der ausländischen Umwelt – gehört anscheinend zu den letzten Vermeidungsversuchen, sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinanderzusetzen, die in einem Teil dieser Welt schon nicht mehr kapitalistische sind.

U. Schmiederer und E. Altvater sprechen zwar von den kapitalistischen Einwirkungen auf die „Übergangsgesellschaft", erörtern aber nicht, auf welche gesellschaftlichen Verhältnisse diese „Gesetze und Tendenzen in einer gegenwärtig durch den in Form nationalstaatlicher Gegensätzlichkeit sich ausdrückenden Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital geprägten Welt" (Altvater) einwirken. Denn offensichtlich gehen beide davon aus, daß sich die „Übergangsgesellschaft" außerhalb dieser durch den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital geprägten Welt befindet, da letztere nur auf die „Übergangsgesellschaft" einwirkt, nicht ihr Teil ist. Es bleibt aber unklar, was unter den kapitalistischen Einflüssen selbst zu verstehen ist.

Ursel Schmiederer spricht von kapitalistischen „Verhältnissen", „Momenten", „Elementen", „Zuständen" und „Umständen", die noch in der Übergangsgesellschaft bestünden. Sicherlich ist noch allerlei kapitalistischer „Beisatz" – wie sich Marx seinerzeit über die „mittelalterlichen" Relikte in der modernen bürgerlichen Gesellschaft ausdrückte – in der Sowjetgesellschaft zu beobachten; z. B. der Kolchosmarkt oder der Schwarzmarkt (jüngst wurden ganze Fabriken in Georgien entdeckt, die „heimlich" aufgebaut worden

---

FORTSETZUNG VON SEITE 15

Ein großer Fehler gängiger sozialistischer Diskussionen ist, daß sie nur die Alternative zwischen bewaffneter Revolution und parlamentarischem Reformismus sehen. Abgesehen von der möglichen revolutionären Funktion von parlamentarisch durchgesetzten Reformen hatte die alte Arbeiterbewegung schon zahlreiche Kampfmethoden des unbewaffneten Kampfes entwickelt – vom einfachen Lohnstreik angefangen.

Die einzige Chance der sozialistischen Bewegung in den spätkapitalistischen, hochmilitarisierten Ländern besteht in der klaren und offenen Absage an den Mythos von der revolutionären Waffengewalt. Revolutionäre zivile Volksgewalt besteht vor allem in dem zum Klassenbewußtsein und zum Wissen von der Notwendigkeit des Sozialismus entwickelten Willen der lebendigen Lohnarbeiter, die ihren Willen durch waffenlose Kampfformen wie individuelle Aufklärung, Kleingruppen-Arbeit, Massendemonstrationen und Massenstreiks auch den ausschlaggebenden Kernen der „Ordnungs- und Sicherheitsarbeiter", also der Polizei- und Militärmacht, mitzuteilen verstehen. Nur durch die Entwicklung der waffenlosen Kampfformen kann die Volksgewalt die notwendige Macht erhalten, um die Staatsgewalt der Klassengesellschaft zu besiegen. Wenn auch die Bajonette, Messer und selbstgegossenen Bleikugeln auf Seiten der Insurgenten ausgedient haben – ihre Funktionen können nicht ein paar gestohlene NATO-Karabiner ersetzen – so besteht dieser sozialistische Kampf sicherlich nicht nur aus permanentem parlamentarischen und außerparlamentarischen Palaver. Doch die letztliche physische Zwangsaktion wird mit großer Wahrscheinlichkeit ohne Blutvergießen stattfinden können, wenn die Konterrevolution angesichts der drohenden revolutionären zivilen Gewalthaufen, auf deren Seite auch große Teile der Streitkräfte übergelaufen sind, kapitulieren muß, ohne daß es zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt – wie annähernd schon einmal in der Oktoberrevolution 1917 in Rußland und in der Märzrevolution 1919 in Ungarn. Doch wird diese Situation wohl kaum als bloß nationale wiederkehren, vor allem nicht in Westeuropa.

Gegen drohende Militärputsche in Westeuropa, sei es in naher oder in fernerer Zukunft – wenn nicht infolge einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise wieder faschistische Massenbewegungen entstehen, die die scheinlegale Konterrevolution ermöglichen – kann die Linke nicht mit militärischen, nur mit politischen Mitteln operieren. Wenn heute und in Zukunft mit der Faust zugeschlagen wird, dann ist die rechte mit höchster Wahrscheinlichkeit stärker als die linke.

waren und ausschließlich für den Schwarzmarkt produzierten). Doch bestimmen diese Relikte in keiner Weise den Charakter der Sowjetgesellschaft und erübrigen nicht die Analyse der neuartigen gesellschaftlichen Verhältnisse.
Gewiß prägt auch das kapitalistische Konsumverhalten im Ausland die Bedürfnisse der Bevölkerung in Osteuropa. Und noch deutlicher bedeutet der verhältnismäßig riesige Aufwand für Rüstungszwecke (der höher ist als in den kapitalistischen Ländern, da er bei einem niedrigeren Gesamtprodukt eine annähernd gleich große militärische Kampfkraft wie die der NATO zu erzeugen hat) eine Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten der zivilen Produktion. Unbestreitbar hat auch die internationale militärische Konkurrenz die mit außerökonomischen Mitteln erzwungene Maximierung der Akkumulation begünstigt, die Arbeitsverhältnisse also auch qualitativ geprägt. Aber was ändern solche kapitalistischen Einflüsse wesentlich an der Sozial- und Klassenstruktur der Sowjetgesellschaft? Sind etwa die kapitalistischen Länder schon ein bißchen „sozialistisch" aufgrund des Einflusses des „etablierten Sozialismus" (U. Schmiederer)?
Wenn es nun nicht nur kapitalistischen Beisatz gibt, sondern gar „kapitalistische Verhältnisse" – wie immer relikthaft – in den „Nischen" sozialistischer gesellschaftlicher Verhältnisse sitzen, müßten dann nicht auch Relikte der Bourgeoisie und des Proletariats feststellbar sein? Und wenn die Übergangsgesellschaft als Mischgesellschaft aus teils schon sozialistischen, teils noch kapitalistischen Verhältnissen bestehen soll, wie finden deren Widersprüche Ausdruck in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und politischen Positionen in den Ländern der Übergangsgesellschaft? Etwa in den zugespitzten Kämpfen im Dezember 1970 in Polen oder 1968 in der Tschechoslowakei? Von welchen sozialen und politischen Gruppen (bzw. Klassenrelikten) werden da die kapitalistischen Verhältnisse verteidigt?

Übergangsperiode und Übergangsgesellschaft

Ein entscheidender Fehler Ursel Schmiederers und Elmar Altvaters, auch Heiko Haumanns (in Nr. 53), scheint mir zu sein, daß sie den Marxschen Begriff der „politischen Übergangsperiode" zu dem der „Übergangsgesellschaft" in unhaltbarer Weise ausdehnen. Nach Marx' Verständnis beginnt die Geschichte der kommunistischen Gesellschaft natürlich nicht am Tage nach der politischen Machtübernahme durch das Proletariat. Nach dem politischen Umsturz bedarf es einiger Zeit, in der die Produktionsverhältnisse umgewälzt werden, in der es also noch eine Bourgeoisie gibt, über die das Proletariat die Diktatur ausüben kann und muß. Wenn U. Schmiederer forsch die Ersetzung des „windelweichen Begriffs der Übergangsgesellschaft" durch den „gut klassischen" der Diktatur des Proletariats fordert, dann müßte sie sagen, wo sie in der Sowjetunion eine „Bourgeoisie" entdecken kann, über die das „Proletariat" selbst, und zwar keine Teilgruppe desselben, herrscht. Die Dauer der Übergangsperiode ist keine Frage der Zeitlänge (nicht bis zum St. Nimmerleinstag) oder der Art des Abschlusses dieser Periode (nicht durch Staats- oder Parteibeschluß), wie E. Altvater sagt, sondern eine Frage der Weiterexistenz der alten feudal-kapitalistischen Ausbeuterklassen, über die das Proletariat herrschen kann und muß.
Aber auch wenn die Sowjetunion sich noch im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus befände – also nicht schon am Ende der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie in der sowjetmarxistischen Geschichtsdarstellung behauptet –, so wäre es nicht vertretbar, von einer Übergangsgesellschaft zu sprechen; jedenfalls nicht, solange man am marxistischen Gesellschaftsbegriff festhält. Denn eine Gesellschaft unterscheidet sich von einer anderen im historischen Kontinuum durch eine andere Produktionsweise. Aber gerade die Existenz einer besonderen transitorischen, nichtkapitalistischen und nichtsozialistischen Produktionsweise wird von vielen Verfechtern der Übergangsgesellschafts-These geleugnet. Jedenfalls, insofern sie unter Übergangsgesellschaft eine Mischgesellschaft aus sozialistischen und kapitalistischen Produktionsverhältnissen (wie z. B. Bettelheim) verstehen. Mandel hingegen versteht unter Übergangsgesellschaft im wesentlichen eine Zwischengesellschaft mit besonderen, nur ihr eigentümlichen Produktionsverhältnissen. (Eine Mischgesellschaft ist sie für Mandel außerdem, durch die seltsame Konstruktion der Koexistenz von „nichtkapitalistischen" Produktionsverhältnissen und „bürgerlicher" Verteilungsweise.) Indem Mandel zwischen „großer" Produktionsweise und „kleinem" Produktionsverhältnis unterscheidet, schiebt er nun – sei es in Korrektur oder in Ergänzung von Marx – eine besondere Übergangsgesellschaft (von jeweils rund dreihundert Jahren) zwischen Sklavenhaltergesellschaft und Feudalismus und zwischen diesem und dem Kapitalismus ein. Das ist m. E., ohne es hier ausführlich begründen zu können, ebenfalls ein unzureichender Versuch, den Charakter und die Entwicklung der Sowjetgesellschaft zu begreifen.

Klassenanalyse oder soziologische Deskription?

Um über die völlig vagen Vorstellungen von „kapitalistischen Einflüssen" auf die Sowjetgesellschaft hinauszukommen, die offensichtlich keine politische Stellungnahme zu den sozialen und politischen Kämpfen in den osteuropäischen und den übrigen nichtkapitalistischen Ländern ermöglichen, hatte ich es zunächst einmal für sinnvoll gehalten, das Ergebnis der Einwirkungen sowohl der Revolution als auch der kapitalistischen Vergangenheit und Umwelt auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere in der Sowjetunion, zu untersuchen. (M. E. ist der Kompromiß-Versuch Hansgeorg Conerts, beide Einwirkungen, die revolutionären und die kapitalistischen, als additive zu verstehen, unbrauchbar; die kapitalistischen Einflüsse bestimmen allenfalls die Art der Entfaltung der revolutionären Veränderungen, nicht ihr Wesen.) Dabei ging ich – in relativ ausführlichem Bericht – vom herrschenden Selbstverständnis in der Sowjetgesellschaft aus. Es zeigte sich, daß in diesem Verständnis der Begriff „Verhältnis zu den Produktionsmitteln" zu einem rein sozialstatistischen „Merkmal" verkommen ist, das zum „wichtigsten" unter allen denkbaren anderen erklärt wird. Der gesellschaftliche Inhalt von „Verhältnis" als eines Zueinanderverhaltens von Menschen mit gemeinsamen und widersprüchlichen Interessen aufgrund ihrer unterschiedlichen Stellung im Produktionsprozeß ging in der sowjetischen Sozialwissenschaft weitgehend verloren zugunsten der Einordnung des Menschen in amtliche Merkmalskategorien.
Was ich also gerade offenzulegen versuchte, die Reduktion des sowjetischen Klassenbegriffes auf eine bloß sozialstatistische Kategorie in der Tradition der bürgerlichen Soziologie mit der politischen Funktion, gesellschaftliche Unterschiede als funktional und organisch notwendige zu rechtfertigen (z. B. gegenüber „linksopportunistischer Gleichmacherei"), genau das wird mir von U. Schmiederer („eher positivistische Analyse") und E. Altvater („soziologische Deskription") als meine eigene Schein-Klassen-Analyse vorgehalten.
Meine Vermutung war nun, daß bei allem ideologischen Charakter der sowjetischen Soziologie sich auch in ihr der reale, sozialantagonistische Charakter der Sowjetgesellschaft niederschlagen muß, wenn auch in verkehrter Form; und dies, obwohl bisher keine Herrschaft sich so verschämt verschleiern muß, so selten offen herrschaftlich zeigen darf, wie die der herrschenden Sozialgruppe in den etatistischen Ländern. Und in der Tat, die soziale Trennung von Leitern und Geleiteten, Verwaltern und Verwalteten innerhalb der gesamten Lohnarbeiterschaft (entgegen U. Sch. impliziert Lohneinkommen nicht notwendig eine andere Gruppe, die von einer anderen Einkommensart lebt – die Entlohner können doch selbst Lohnempfänger sein, nur eben eine besondere Gruppe unter allen Lohnarbeitern), die mit der gesamten wirtschaftlich tätigen Bevölkerung identisch ist, ist den Sowjetmarxisten durchaus bewußt. Nur wird diese Trennung funktionalistisch und harmonisierend, außerdem als evolutionär-historisch im Schwinden begriffen, gedeutet. Die Herren erscheinen in gewohnter Manier als die Diener des Gemeinwohls, des Volksinteresses.
Seltsam berührt das Verlangen (insbesondere Haumanns), daß eine Artikelserie, die einige Thesen über die sowjetische Herrschaftsstruktur entwickelt, deren Existenz als Basis der mehr oder weniger bekannten sozialen Unterschiede, politischen Maßnahmen und sonstigen Phänomene in der Sowjetunion und in anderen Ländern vermutet werden muß, gleich eine ganze Theorie der bürokratischen Gesellschaft enthalten muß, aus der alle Ereignisse „abgeleitet" werden können. (Einzelne historische Ereignisse lassen sich sowieso nicht aus den ökonomischen Verhältnissen ableiten, sondern nur allgemeine Entwicklungstendenzen.) Wir leben doch in einer Zeit, in der gerade erst begonnen wird, die Sowjetgesellschaft als eine besondere nichtkapitalistische und nichtsozialistische Gesellschaftsformation zu erkennen. Bis es eine haltbare Theorie derselben geben wird, wird wohl noch einige Zeit vergehen. Was wir heute tun können und müssen, ist, einige den wirklichen gesellschaftlichen Vorgängen angemessene Fragen zu stellen, Thesen und Hypothesen zu entwickeln und aufgrund dieser wie auch immer ungesicherten theoretischen Einsichten politische Stellungnahmen zu den Vorgängen in dem nichtkapitalistischen Teil der Welt zu erleichtern.

Empirie im Dienste der Herrschaftsapologie

Doch Gert Meyer will der Linken die ganze Mühe der kritischen Auseinandersetzung mit der Sowjetgesellschaft ersparen. Denn wenn bestimmte Phänomene nur in der Phantasie von Greuelmärchenerzählern vorkommen, von Erfindern der verschiedenen sozialen Ungleichheiten, politischen Repressionen usw., die in der Wirklichkeit nicht existieren oder nicht existiert haben, dann könnten wir es uns in der Tat ersparen, nach den Bewegungsgesetzen und Herrschaftsstrukturen, die die Ungleichheiten und Gewaltmaßnahmen in immer neuen Formen hervorrufen, zu erforschen. Wenn man den staatlichen Mord an einigen Millionen Kommunisten und anderen Sowjetbürgern, von anderen Erscheinungen der bürokratischen Herrschaft ganz zu schweigen, als „partielle Deformationen und Irrationalitäten" bezeichnen kann und dann auch noch meint, sie ließen sich „schrittweise korrigieren und zurücknehmen" (wie macht man das?), dann lassen sich auch die übrigen Probleme, Schwierigkeiten und Widersprüche unschwer lösen, wenn man sie nicht besser gleich ignoriert oder verschleiert.
Zum Beispiele kann man die Ergebnisse des jahrzehntelangen Kampfes gegen die „utopistische,

‚links' opportunistische Gleichmacherei" dadurch verschleiern, daß man wie Meyer nur eine Vergleichszahl über das Durchschnittseinkommen von einigen Millionen Angestellten im Unterschied zu einigen Millionen Arbeitern aufführt, aber die Einkommensverteilung mit ihren Minima (insbesondere in Frauen-Angestellten-Berufen) und Maxima (insbesondere der oberen Zehn- und Hunderttausende unter den Angestellten) nicht berücksichtigt. Ganz zu schweigen vom privilegierten Konsum der Gegenstände, Dienstleistungen und vor allem Informationen aus den gesellschaftlichen Fonds, der besonderen Schulen, Krankenhäuser, Bibliotheksabteilungen, die nur den oberen Bürokraten und ihren Angehörigen zugänglich sind, von denen aber keine ‚Trud'-Ausgabe oder sonstige offizielle Publikation berichtet. Die Informationen über solche Realitäten werden entweder nicht gedruckt, sind Privatbesitz und geheimes Herrschaftswissen der obersten Bürokraten, oder sie werden gar nicht erst systematisch zusammengestellt. Schon diese Informationsunterdrückung bzw. der in zahlreichen Graden abgestufte Privatbesitz an Informationen ist Ausdruck von Herrschaft. Da es über die wichtigsten sozialen Sachverhalte in der Sowjetgesellschaft keine systematisch erarbeiteten, veröffentlichten Daten – nicht für die Masse der Arbeiter, Bauern und Intelligenzler – gibt, bleiben der Kritik wie auch der Apologie der bürokratischen Herrschaft meist nur einzelne Beispiele, z. B. von Meyers Kolchosvorsitzenden, der weniger verdienen soll als mancher Kolchosbauer.

Mit Zahlen über produzierte Bücher (über die eingestampften, die aus dem bürokratischen Wettbe-

Kritik aus der Sowjetunion an der Kritik an der Sowjetunion

Zur einführenden Artikel-Serie in der Diskussion über die Sowjetgesellschaft in ‚links' hat die Redaktion der Zeitschrift „Sowjetunion heute" (hrsg. von der Botschaft der UdSSR in Zusammenarbeit mit der Presseagentur Nowosti) uns nachfolgenden Leserbrief gesandt. Wir drucken ihn unter anderem in der Erwartung ab, daß „Sowjetunion heute" ebenfalls bereit ist, gelegentlich einen Leserbrief von uns zu einem ihrer Beiträge zu veröffentlichen.

Sehr geehrte Redaktion, in Ihrer Zeitschrift wurde eine Artikelserie von Johann Eggert unter der Überschrift „Die Sowjetgesellschaft – eine sozialistische Gesellschaft?" veröffentlicht. Das Fragezeichen nach der Überschrift sowie die vielen Zitate und Hinweise auf Arbeiten zahlreicher „Sowjetologen", die bestrebt sind, in ihren Abhandlungen das Fragezeichen in ein Symbol der wahllosen Vereinigung zu verwandeln, zeigen, daß auch Johann Eggert sein negatives Scherflein zur Gretchenfrage beitragen will, mit der er seine Artikel beginnt, nämlich über das Verhältnis der „Neuen Linken" zur Sowjetunion. Es kann wohl kaum geleugnet werden, daß jede wissenschaftliche Abhandlung, die Anspruch auf Seriosität erhebt, darauf beruhen muß, daß der Verfasser das zu erforschende Thema kennt. Wenn der Verfasser schon selbst zugibt, daß er die Problematik nicht beherrscht, so zwingt uns das darüber nachzudenken, warum er es überhaupt für möglich hält, seine Arbeit in einer Zeitung veröffentlichen zu lassen. Wie kann z. B. Johann Eggert darüber urteilen, ob die Sowjetgesellschaft sozialistischen Charakter hat, wenn er in seinem ersten Artikel eingesteht, daß „sich in den Ländern mit sozialistischem Eigentum an den Produktionsmitteln eine neue Gesellschaft gebildet hat, deren Entwicklungsgesetze wir überhaupt nicht kennen". Wenn der Verfasser die Entwicklungsgesetze der sowjetischen Gesellschaft nicht kennt, wie kann er dann im Schlußteil der Artikelserie dieser Frage einen ganzen Abschnitt widmen („Entwicklungstendenzen in der Sowjetgesellschaft") und dabei erklären, daß „bestimmend für die wissenschaftliche und politische Beurteilung der Sowjetgesellschaft nicht ihr heutiger Zustand, sondern die ihr eigenen Entwicklungstendenzen sind". Hier ist mehr als in der Überschrift ein Fragezeichen angebracht, welches Unverständnis darüber zum Ausdruck bringt, daß der Verfasser trotzdem versucht, sein Urteil zu der behandelten Frage zu äußern. Und diese Beurteilungen zeigen, daß sich Johann Eggert entweder im Wesen der Frage nicht zurechtfindet oder bewußt allgemein bekannte Thesen umgeht und Fakten entstellt und verdreht. Man kann es wohl kaum für einen Zufall halten, daß Johann Eggert die in der Praxis bewährte Marxsche Lehre von der proletarischen Partei als führende und lenkende Kraft in der sozialistischen Revolution und bei den sozialen Umgestaltungen der Gesellschaft zum Hauptobjekt seiner Angriffe wählte.

Vollkommene Verwirrung herrscht bei Eggert in einer für jeden Marxisten klaren Frage wie dem Begriff der Klassen. Der Autor kann sich nicht zurechtfinden, ob in der Sowjetunion eine Arbeiterklasse und Bauernschaft besteht und versucht, seine nicht auf dem Marxismus, sondern auf den Schriften verschiedener Ideologen des Antikommunismus beruhende Terminologie trotzdem anzubringen. Schon gar nicht zu sprechen von der absurden Behauptung, daß die Arbeiterklasse sich allmählich in eine „Zwischenschicht zwischen Angestellten und Intelligenz" verwandelt. Der Autor solidarisiert sich mit den verleumderischen Behauptungen über die Entstehung einer „neuen Klasse" in der sozialistischen Gesellschaft. Für eine „neue Klasse" hält Johann Eggert die „Bürokratie", worunter er alle Personen versteht, die mehr oder weniger verantwortungsvolle Stellungen in der Gesellschaft bekleiden, d. h. führende Persönlichkeiten in der Partei, im Staatsapparat, in gesellschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen. Der Autor stellt die Rechtmäßigkeit der Existenz der Regierung, des Parlaments, der politischen Parteien und ihrer führenden Organe, der Gewerkschaften usw. in der kapitalistischen Gesellschaft nicht in Frage. Und da die Suche nur bis zur Charakteristik der führenden Organe des sozialistischen Staates geht, so wird ihnen gleich das Etikett der „Bürokratie" und sogar irgendeiner „Klasse" auferlegt, die sich im antagonistischen Widerspruch zur gesamten Gesellschaft befinde.

Wir wollen gar nicht leugnen, daß es auch in der sozialistischen Gesellschaft gewisse bürokratische Erscheinungen gibt. Aber die bürokratischen Erscheinungen in der sozialistischen Gesellschaft, die überhaupt nicht typisch für sie sind, wie das Johann Eggert zu behaupten versucht, sind ein Erbe, das die kapitalistische Ordnung hinterließ. Gegen dieses Erbe wird ein systematischer, beharrlicher Kampf geführt, den gerade jene Personen und Organisationen leiten, die Johann Eggert als Träger der Bürokratie darzustellen versucht.

In seiner Beurteilung des Klassenkampfes und der Klassenwidersprüche umgeht Johann Eggert bewußt die bekannte marxistische These, daß antagonistische Widersprüche nur zwischen antagonistischen Klassen, die es nur in einer Ausbeutergesellschaft gibt, bestehen. Wenn Johann Eggert, wie er das behauptet, sich im Marxismus gut auskennen würde, ginge er davon aus, daß sich diese Widersprüche, obgleich die sozialistische Gesellschaft nicht frei von nichtantagonistischen Widersprüchen ist, ihrem Charakter nach grundlegend von den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft unterscheiden. Antagonismus und Widerspruch ist ganz und gar nicht dasselbe, bemerkte Lenin, ersterer verschwindet, das zweite bleibt im Sozialismus.

Die Behandlung dieser Frage durch Johann Eggert ist weit von jeder Wissenschaftlichkeit entfernt. Er bezeichnete die Sowjetunion als einen „Klassenstaat" und versucht, über die Widersprüche, die angeblich diesem Staat eigen seien und antagonistischen Charakter trügen, zu urteilen. Es gibt auch „Widersprüche" zwischen Betriebsdirektoren (vielleicht sind sie auch eine „Klasse"?) und den zentralen Planungsorganen, und „Widersprüche" zwischen irgendwelchen nichtexistierenden „Planungsfraktionen in der Partei" und „Marktfraktionen" und sogar zwischen jenen, die Arbeiter einstellen (vielleicht sind die Kaderleiter von Fabriken und Werken auch eine „Klasse"?) und denen, die eingestellt werden.

Warum mußte Johann Eggert diese scheinbaren Widersprüche erfinden und ihnen den Anschein des Klassenkampfes geben? Offensichtlich nur deshalb, um den Leser darüber hinwegzutäuschen, als gebe es eigentlich keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus, denn im Sozialismus herrscht, nach Eggert, die „Ausbeutung des Produzenten" und folglich ist der Sozialismus auch eine Ausbeutergesellschaft.

Und so hat Johann Eggert, was gut begonnen wurde, schlecht beendet. Die Sowjetgesellschaft ist seiner Auffassung nach „keine kapitalistische, aber auch keine sozialistische Gesellschaft". Und was ist der Sozialismus überhaupt? Wenn „es in den sozialistischen Ländern", wie der Autor behauptet, „weder eine Bewegung zum Sozialismus noch zum Kapitalismus gibt", dann ist Sozialismus und Kommunismus vielleicht eine Abstraktion, die die ausgebeutete Mehrheit in den kapitalistischen Ländern überhaupt nicht anzustreben braucht. Und hier ist auch der soziale Auftrag sichtbar, den Johann Eggert erfüllt, nämlich, noch einmal die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus und das Land, das schon über ein halbes Jahrhundert lang diese Theorie in der Praxis verwirklicht, zu verleumden.

Kehren wir zur Gretchenfrage, zur Frage des Verhältnisses der „Neuen Linken" zu den sozialistischen Ländern, zurück. Diese Frage stellt Johann Eggert auch von den Füßen auf den Kopf. Sich mit wem solidarisieren? fragt er, Mit welchen Ländern? Mit welchen Gruppierungen? Die Schlußfolgerung, zu der er gelangt, ist ganz eindeutig. Eggert ruft zur Zusammenarbeit mit einzelnen Abtrünnigen auf, die sich das Ziel stellen, die sozialistischen Länder von innen zu untergraben. Und in dem Maße, wie Johann Eggert diese zersetzenden Elemente über alle Maßen lobt, ihren Einfluß und ihre Bedeutung überbewertet, treten auch seine politischen Sympathien, die weit vom Marxismus entfernt sind, offen zutage.

Hochachtungsvoll, Oleg Jelin,
Moskau, Puschkinplatz 2

werb um hohe Auflagen, sprich Tantiemen, resultieren, kann man ja schweigen) kann man versuchen, über den Inhalt dieser Bücher hinwegzutäuschen. Wenn der größte Teil der sowjetischen Oppositionellen sich anscheinend heute an der bürgerlichen, angelsächsischen Demokratie orientiert, manche sogar dafür auch die kapitalistische Produktionsweise in Kauf nehmen wollen (viele scheinen jedoch überhaupt nicht über die Produktionsverhältnisse zu reflektieren), weil sie sich außer dem „real existierenden" keinen anderen Sozialismus vorstellen können, dann liegt das nicht zuletzt auch daran, daß der größte Teil von originellen Beiträgen zur sozialistischen Weltliteratur dem nichtprivilegierten Sowjetbürger nicht zugänglich ist. Unter den Umständen der jahrzehntelangen Entpolitisierung kann nicht erwartet werden, daß Opposition sich zunächst anders äußert als im bloß moralischen Protest.

Doch sind die eminenten Konsumunterschiede in der bürokratischen Gesellschaft (wahrscheinlich sind sie geringer als in den vorbürokratischen Gesellschaften) noch nicht ein hinlänglicher Beweis für den sozialen Antagonismus in der Sowjetgesellschaft, allenfalls ein wichtiges Indiz dafür und ein Grund, ihn zu erforschen.

Die herrschende soziale Gruppe

Eines der geläufigsten Argumente gegen die These von den Verwaltern oder Leitern als einer herrschenden Gruppe (also auch von den Verwalteten und Geleiteten als einer beherrschten Gruppe), für die sich seit Jahrzehnten immer mehr der Name Bürokratie einbürgert (H. Haumann ist zu fragen, welcher politische Begriff nicht „zu belastet" ist, nicht in verschiedenen Theorien und in der Umgangssprache sehr verschiedene Bedeutung hat), ist der Verweis auf die hohe personelle Fluktuation in den Leitungspositionen und auf die Nichtvererbbarkeit dieser Positionen. Die Massenliquidation unter mehreren Bürokratengenerationen zu Zeiten Stalins wird in dieser Argumentation (z. B. auch in Isaac Deutschers Schriften) sogar zum Beweis der Nichtexistenz einer gesonderten herrschenden Gruppe. Dabei wird jedoch übersehen, daß Herr- und Knechtschaft ein zwischenmenschliches Verhältnins darstellt, an dem sich grundsätzlich nichts ändert, wenn die weiterhin monopolisierte personelle Besetzung der Herrschaftspositionen mehr oder weniger häufig wechselt. Selbst wenn die Herrschaftspositionen alle Augenblicke (mit dem notwendigen Herrschaftswissen als Leihgabe) neu verteilt würden, buchstäblich jeder die Chance besäße, einmal andere für eine Weile zu knechten, wäre das Herr- und Knechtschaftsverhältnis nicht aufgehoben. Die Entpersonalisierung, die Versachlichung der Herrschaft ist schon in der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber den vorbürgerlichen Gesellschaften weit entwickelt; in der bürokratischen Gesellschaft schließlich äußert sich die Herrschaft fast nur mehr über die „Verwaltung von Sachen", die zugleich eine von Personen ist. Der einzelne Bürokrat ist zum weitgehend austauschbaren Agenten im Herrschaftsverhältnis geworden. Der einzelne Bürokrat akkumuliert nicht für einen einzelnen „privaten" Fonds, sondern für den nationalen. Er ist auch nicht privater Eigentümer der Arbeitskräfte, die er dirigiert. Seine mehr oder weniger große Autonomie in seinem Leitungsbereich ist delegierte Autonomie, jederzeit revidierbar durch die Delegierenden, d. h. die obere Bürokratie – und nicht durch die assoziierten Individuen wie in der sozialistischen Gesellschaft. Weil diese Charakteristika der Herrschaft des Bürokraten wesentlich verschieden sind von denen der Herrschaft des Sklavenhalters, Feudalherren und Kapitalisten, die alle Priavateigentümer fremder Arbeitskraft waren, scheint mir nicht nur nicht der spezifische Klassenbegriff der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch der allgemeine Klassenbegriff für alle Gesellschaftsformationen nach der kommunistischen Urgesellschaft auf die gesellschaftlichen Verhältnisse im Etatismus nicht anwendbar. Die Aneignung fremder Arbeitskraft ist im Etatismus nur durch den einzelnen Bürokraten vermittelt, sie geht deshalb nicht in das „Eigentum" des einzelnen Bürokraten, sondern des Staates, d. h. de facto der gesamten hierrarchischen Bürokratie, wie fluktuierend deren Mitgliedschaft durch Option und Säuberung (die teilweise durch affirmative „Wahlen" bemäntelt werden) auch immer sein mag. Daß nicht die Produzenten, sondern die Leiter (Bürokraten) die gesellschaftlichen Verhältnisse regeln, kommt selbst in den von Meyer angeführten Breschnjew-Worten à la Brandt („Mehr Demokratie wagen") zum Ausdruck: Wenn „immer breitere Massen" an der Leitung des Landes, der gesellschaftlichen Angelegenheiten" beteiligt werden sollen, dann muß es ja eine Gruppe, getrennt von den Massen, geben, die beteiligen läßt. Wer anders läßt denn teilnehmen, ist der andere Teil der sozial antagonistisch geteilten Gesellschaft, denn die Verwalter, Leiter oder Bürokraten?

Im Unterschied zur bürgerlichen Gesellschaft ist in der Sowjetgesellschaft die funktionale Trennung der „politischen" (außerökonomischen) von der „ökonomischen" Gewalt überwunden. Die Sowjetbürokratie ist also nicht nur die „politische" Agentur, das Organ einer „ökonomischen" Klasse; sie vereinigt beide Funktionen, die „politischen" und „ökonomischen" in ihren Händen. Dieser fundamentale Unterschied der etatistischen Bürokratie zu der klassischen kapitalistischen Bürokratie, zum bürgerlichen Staatsapparat, wird häufig übersehen.

Da die Bürokraten in der Sowjetgesellschaft die „Verwaltung der Sachen" nicht nach den Bedürfnissen der Verwalteten ausüben, nicht ausüben können (die „Zielsetzungen" der Bürokraten, also die Vorstellungen der Bürokraten von ihrer eigenen Tätigkeit, nach denen H. Haumann fragt, sind ebenso von sekundärem Interesse wie die „Absichten" der Kapitalisten), weil die Produzenten (die Verwalteten oder Ausführenden) nicht die Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse frei zu entfalten und zu artikulieren, deshalb kann die staatliche Planung diese Bedürfnisse auch nicht vollständig berücksichtigen. Die etatistische Produktion kann also nicht gebrauchswertorientiert im marxistisch-sozialistischen Sinne sein, wie etwa auch Hansgeorg Conert meint. Fehlproduktion, Verschwendung sowohl von Produkten als auch von Arbeitszeit beruhen nicht nur auf plantechnischen Unzulänglichkeiten, sondern sind durch die bürokratische, im Unterschied zur tatsächlich gesellschaftlichen Planung bedingt. Nach welchen Gesetzmäßigkeiten jedoch die Planwerte entstehen, welche bürokratischen Konkurrenzmechanismen („sozialistischer Wettbewerb") die Entstehung und Durchführung der Pläne bestimmen, gewissermaßen hinter dem Rücken, gegen die Absichten der Planer, das zu klären ist die große, noch zu bewältigende Aufgabe der Wissenschaft von den nachrevolutionären gesellschaftlichen Verhältnissen.

Welche immanenten Entwicklungsmöglichkeiten die bürokratische Gesellschaft hat, wird wohl erst nach der Einsicht in die Schranken der bürokratischen Planung deutlich zu erkennen sein. Ohne soziale Kämpfe hat sich nicht der Übergang vom Stalinschen Despotismus zur „gemäßigten" bürokratischen Diktatur durchgesetzt, die die außerökonomischen Zwangsmittel durch den stummen Zwang der etatistischen Ökonomie zu ersetzen versucht. Ohne soziale Kämpfe werden wohl kaum die „provisorischen" Beschlüsse vom März 1921 (Fraktions- und Mehrparteienverbot) aufgehoben, also der Übergang von der bürokratischen Diktatur zur bürokratischen Demokratie verwirklicht. Ohne soziale Kämpfe wird es schließlich auch keinen Übergang zum internationalen Sozialismus geben, für den, von verschiedenen gesellschaftlichen Voraussetzungen ausgehend, die Neue Linke in West und Ost streitet.

Rotbücher:

Rotbuch 110: Kurt Mandelbaum Sozialdemokratie und Leninismus

Zwei Aufsätze.

Mit einem Vorwort von Rabehl, Spohn und Wolter.
Die SPD ist dabei abzuwirtschaften. Wird sie in der Lage sein, sich politisch zu fangen und Repräsentantin der Arbeiterinteressen zu werden? Mandelbaum beweist am Beispiel des Verhaltens der deutschen Sozialdemokratie zur imperialistischen Politik, daß diese Partei schon seit Beginn dieses Jahrhunderts auf die Durchsetzung der proletarischen Interessen verzichtet hat, um als kleinbürgerliche Volkspartei im Rahmen der bürgerlichen Ordnung wirken zu können.
Im zweiten Aufsatz fragt Mandelbaum: inwieweit haben sich die russischen Sozialisten von dem Einfluß der deutschen Sozialdemokratie gelöst und inwieweit reproduzieren sie in ihrer Taktik und den Maßnahmen der Transformation der Sowjetgesellschaft den sozialdemokratischen Revisionismus?
120 Seiten. DM 6,– (Abo 5,–)

Rotbuch 111: Arno Münster Der Kampf bei LIP

Arbeiterselbstverwaltung in Frankreich.

Arno Münster stützt sich in seinem Buch über die Ereignisse bei der Uhrenfabrik LIP (vom Juni 1972 bis Januar 1974) ausschließlich auf Gespräche mit den betroffenen Arbeitern, den an ihrem Kampf beteiligten politischen Gruppen und auf eigene Erlebnisse. Zahlreiche Interviews informieren über: den Kampf um kollektive Formen der Produktion; den Abbau der kapitalistischen Hierarchie am Arbeitsplatz; die solidarische Entlohnung; die Emanzipation der Arbeiterfrauen; den Verkauf der in eigener Regie produzierten Uhren; die brutale Politik der Unternehmer und des Staates.
192 Seiten mit Abb. DM 8.– (Abo 7.–)

Rotbuch 114: Gerd Höhne Wir gehn nach vorn!

Erfahrungsbericht über die Arbeitskämpfe bei Mannesmann.

Höhnes Buch ist der erste Versuch, Streikerfahrungen in der BRD aus der Sicht eines sozialistischen Arbeiters darzustellen. Höhne berichtet über die Gespräche, Zweifel, die Solidarität und den schließlichen Erfolg seiner Kollegen; über den vergeblichen Versuch einiger Gewerkschafts-»Sessel«, den Streik zu Fall zu bringen; über die Erpressungen und Tricks der Unternehmensleitung und über die teils engagierte, teils hilflose Unterstützung linker Gruppen.
96 Seiten. DM 5,– (Abo 4,–)

Rotbuch 115: Preobrashenskij Die sozialistische Alternative

Marx, Lenin und die Anarchisten über die Abschaffung des Kapitalismus.

Mit einem Vorwort von B. Rabehl.
Was soll im Sozialismus eigentlich abgeschafft werden? – Wie sieht solch eine Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus aus? – Ist Sozialismus nur ein besserer Kapitalismus mit etwas weniger Brutalität, Entfremdung und Bevormundung, sozusagen etwas sozialer und gerechter? Preobrashenskij versucht, in der Auseinandersetzung mit dem Marxismus und Anarchismus theoretische Klarheit zu schaffen über das gesellschaftliche Problem der »Abschaffung« im Sozialismus.
144 Seiten. DM 6,– (Abo 5,–)

Das kleine Rotbuch erhalten Sie kostenlos! Es enthält Texte zu und aus den Rotbüchern/Kursbüchern, Fotos, Comics, Informationen über den Verlag und unsere kollektive Arbeit sowie ein vollständiges Bücherverzeichnis.

Rotbuch Verlag
1 Berlin 31
Jenaer Straße 9

Exkurs zur unbegriffenen Warenanalyse

Dieter Duhm

Antwort an H. Joas und R. Kelber:

Die bisherigen Bemühungen in „links", eine Diskussion über Fragen persönlicher Emanzipation im Zusammenhang mit sozialistischer politischer Praxis und über die im Gefolge der antiautoritären Studentenbewegung entstandene Emanzipationsbewegung — als gemeinsamer Bezugspunkt von Genossen, die in den verschiedenen Gruppierungen der nicht-dogmatischen Linken politisch arbeiten — in Gang zu setzen, sind auf eigentümliche Weise beschränkt geblieben.

In der Auseinandersetzung mit den Schriften von Dieter Duhm hat sich eine abstrakte, polemisch überzogene und politisch abgehobene Debatte entwickelt, als deren Schlußpunkt wir die hier abgedruckte Antwort von Dieter Duhm betrachten wollen. Kam es uns bei der Veröffentlichung der Aufsätze von Hans Joas und Richard Kelber darauf an, neben den ungelösten theoretischen Problemen einer marxistisch begründeten Psychologie vor allem die politischen Implikationen bestimmter theoretischer Interpretationen stärker ins Blickfeld zu rücken und auf mögliche praktisch-politische Mißverständnisse in der Emanzipationsbewegung aufmerksam zu machen, so zeigen sowohl die Entgegnung von Dieter Duhm wie auch die in der Redaktion eingegangenen kritischen Zuschriften und Diskussionsbeiträge, daß diese Intentionen durch die bisher in „links" veröffentlichten Beiträge, sieht man von dem bislang nicht aufgegriffenen letzten Teil des Vortragsmanuskripts von Dieter Duhm in der April-Nummer ab, nicht oder nur unzureichend erfüllt werden konnten.

Um die Emanzipationsdiskussion vom Kopf auf die Beine zu stellen und eine solidarische, politisch folgenreiche Kontroverse zu ermöglichen, sollten künftig in „links" vorrangig folgende Aspekte behandelt werden:

1. Welche konkreten Erfahrungen haben die Genossinnen und Genossen mit Ansätzen zur persönlichen Emanzipation im Zusammenhang mit ihrer politischen Praxis in verschiedenen Arbeitsfeldern — vor allem auch im Betrieb — gemacht? Dies zielt nicht nur auf eine kritische Bestandsaufnahme der Praxis von „Emanzipationszirkeln", sondern ebenso auf die praktischen Schwierigkeiten in den politischen Gruppen.

2. Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Entwicklungsstand und den politischen Perspektiven der Emanzipationsbewegung, die bisher keineswegs politisch geschlossen auftritt, sondern sich sowohl in „Wir Wollen Alles", dem „Info undogmatischer Berliner Gruppen" wie auch in „links" — um nur einige zu nennen — artikuliert. Hier käme es auch darauf an, sich mit dem revolutionären Anspruch, von dem die Emanzipationsgruppen geprägt sind, auseinanderzusetzen.

3. Schließlich sollte die in der Emanzipationsdebatte immer angesprochene Frage nach der politischen Strategie im Zusammenhang mit der Neufassung der Thesen des Sozialistischen Büros, deren Diskussion gegenwärtig durch einen Entwurf des Arbeitsausschusses vorbereitet wird, aufgenommen werden.

Wenn auch der in dieser Nummer ebenfalls abgedruckte Beitrag von Bärbel Meurer nicht auf alle der vorstehenden Aspekte eingeht, so scheint uns sowohl ihr Diskussionsstil wie auch die politische Zuspitzung der Fragestellung ein Ansatz zur Überwindung von einigen der bisherigen Schwierigkeiten der Emanzipationsdebatte zu sein. **„links"-Redaktion**

Der Titel klingt dozierend-arrogant. Soll er auch. In den beiden in „links" erschienenen Kritiken meines Buches „Warenstruktur und zerstörte Zwischenmenschlichkeit" manifestieren sich besonders kraß die Folgen eines theoretischen Versäumnisses der letzten Jahre: des Versäumnisses nämlich, die methodischen und begrifflichen Besonderheiten und Ansprüche des theoretischen Marxismus inhaltlich auszuweisen, die materialistische Dialektik mit ihrem Postulat der „Totalitätsbetrachtung" (Lukács!) und ihrem besonderen Verhältnis von Logischem und Historischem in eine schlüssige Methodologie und Ableitungssystematik umzusetzen. Ich kann es auch einfacher sagen: Wir haben es versäumt, selbstkritisch auszuprobieren, was wir eigentlich von diesen Dingen verstanden haben. Verstanden haben wir sie dann, wenn wir in der Lage sind, den dialektischen Charakter des marxistischen Materialismus nicht nur zum hunderttausendsten Male zu behaupten, sondern ihn in unserer eigenen Arbeit inhaltlich einzulösen. Hier wird's natürlich verdammt schwierig, denn die dialektisch-historisch-materialistische Denkweise ist eine solche Herausforderung an unsere eingefleischten bürgerlichen Denkgewohnheiten und Begriffsformen, daß ein bruchloser Übergang nicht möglich ist. Das Versäumnis dokumentiert nur, wie sehr die Struktur unserer Gehirne geprägt ist von der Struktur unserer Verhältnisse und — daraus resultierend — vom Wissenschaftsbegriff des dem Warenfetischismus verhafteten Bewußtseins (1). Das ist schlimm — schlimm nicht im Sinne eines Vorwurfs, sondern im Sinne einer schlimmen Realität. Schlimm im Sinne eines Vorwurfs wird es aber, wenn Genossen, die sich selbst auf den Marxismus berufen, in ihrer Kritik dieses Versäumnis dermaßen blind reproduzieren. Und schlimm ist auch der Stil, in dem dies passiert ist. (Was ich damit meine, wird jedem klar, der sich die Mühe macht, die von den beiden Kritikern, besonders von Kelber, angeführten Zitate meines Buches in ihrem Zusammenhang nachzulesen.) Die Kritik reagierte auf Reizworte, nicht auf Gedanken und Zusammenhänge.

Es ist klar, daß im Rahmen eines kurzen „links"-Artikels nicht auf alle Kritikpunkte eingegangen werden kann. Eine ausführlichere Antwort an Joas ist abgedruckt in dem Buch „Der subjektive Faktor" (2). Eine alle wichtigen Kritikpunkte umfassende Erwiderung auf wenigen Seiten müßte zwangsläufig mit Verkürzungen operieren, die je nach Geschmack willkürlich interpretierbar wären. Wie groß das Ausmaß der Interpretationswillkür ohnehin ist, zeigt Kelber besonders im zweiten Teil seiner Kritik, auf den ich wegen seiner Verfälschungen und Verdrehungen nicht eingehen werde.

Klassenunspezifische Kategorien der Klassengesellschaft

Beide Kritiker protestieren dagegen, daß ich die Ware zur zentralen Ausgangskategorie meiner Untersuchung gemacht habe. Beide meinen, daß dadurch die gesellschaftlichen Widersprüche eingeebnet und der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft umgangen würde. Ich will mich in meiner Erwiderung auf diesen Kritikpunkt konzentrieren, weil ich glaube, daß er theoretisch besonders ergiebig ist. Es geht hier m. E. um Grundprobleme marxistischer Theorie und Methodik, des „wissenschaftlichen Sozialismus" und der „Methode des historischen Materialismus", auf die sich Kelber explizit beruft (3). Beide Kritiker können offenbar nicht begreifen, wie es möglich sein soll, ausgehend von der Kategorie der einfachen Ware zu analytischen Bestimmungen zu kommen, die für die kapitalistische Gesellschaft gelten. Eigentlich sollten sie nicht erst bei mir, sondern schon beim allzu großen Marx ins Stutzen kommen, nämlich beim ersten Kapitel vom „Kapital". Da wird doch offensichtlich — ausgehend vom einfachen Warenverhältnis — ein spezifischer Bewußtseinstypus, nämlich der Warenfetischismus, abgeleitet, der nach Marxens eigener Auffassung (4) besonders „handgreiflich" für die kapitalistische Produktionsweise gilt. Auch die anderen Bestimmungen, die sich aus Marxens Warenanalyse ergeben und die Marx in den späteren Kapiteln des „Kapitals" immer wieder aufnimmt — die Verkehrung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Verhältnisse von Dingen, die Verselbständigung des Werts gegenüber dem Gebrauchswert, die Verselbständigung der ökonomischen Dingwelt gegenüber den Produzenten, deren bewußtseinsmäßiges Korrelat eben der Warenfetischismus ist — kommen erst unter kapitalistischen Bedingungen zur vollen und allgemeinen gesellschaftlichen Entfaltung. Schon die Bestimmung des Wertes als verdinglichte Form der abstrakten Arbeit setzt — so sagt es Marx in den „Briefen über das ‚Kapital'" (5) — „die Aufhebung ... aller unentwickelten, vorbürgerlichen Weisen der Produktion, in denen der Austausch sie nicht in ihrem ganzen Umfang beherrscht", voraus. Wie es möglich ist, durch die Analyse des einfachen Warenverhältnisses auf Bestimmungen zu stoßen, die für die kapitalistische Gesellschaft gültig sind, ist nur solange ein Geheimnis, wie die spezifische dialektisch-materialistische Ableitungslogik, die Marx in seiner Warenanalyse angewendet hat, einschließlich des in dieser Ableitungslogik enthaltenen spezifischen Verhältnisses von Logischem und Historischem nicht verstanden ist (6). Nehmen wir einmal an, Marx hätte recht gehabt — was bleibt dann noch Anstößiges an dem Versuch, aus der Warenanalyse noch weitere Bestimmungen abzuleiten, die für die kapitalistische Gesellschaft gelten sollen?

Hier — auf dem Abstraktionsniveau der Warenanalyse — läßt sich auch der Vorwurf der Klassenunspezifität entkräften, es sei denn, man richte ihn auch gegen Marxens Warenfetischismus, denn der Warenfetischismus ist tatsächlich eine klassenunspezifische Bewußtseinsform. Freilich hat die gesamtgesellschaftliche Etablierung dieser Bewußtseinsform die

Existenz des Kapitals (das ja die Warenproduktion über die Gesamtgesellschaft ausdehnt) zur Voraussetzung (Marx geht im allerersten Satz seines Warenkapitels von dieser Voraussetzung aus). Insofern ist die klassenunspezifische Bewußtseinsform des Warenfetischismus ein Phänomen der Klassengesellschaft. Insofern sind auch alle anderen Bestimmungen, die Marx aus der Ware abgeleitet, aber wenig expliziert hat (Verdinglichung, Entfremdung), „klassenunspezifische" Bestimmungen der Klassengesellschaft. Wie der Warenfetischismus als besonderer Bewußtseinstypus unablöslicher Teil der kapitalistischen Realität ist, so auch bestimmte klassenunspezifische Grundstrukturen unserer Psyche und Zwischenmenschlichkeit, soweit sie sich aus dem warenanalytisch fundierten Entfremdungsverhältnis ableiten lassen.

Weil auf kapitalistischer Stufe die Warenproduktion zur allgemeinen Produktionsform der ganzen Gesellschaft wird (mit Ausnahme vielleicht einiger Plätze im Bayerischen Wald), breiten sich Verdinglichung, Entfremdung und Warenfetischismus sowie die ihnen immanenten psychischen und zwischenmenschlichen Strukturen über die ganze Gesellschaft aus. Die Ware wird zur „Universalkategorie" (Lukács) der gesellschaftlichen Totalität. Hiergegen würden sich wohl kaum irgendwelche Einwände erheben, wenn nicht das Denken fast aller marxistischen Theoretiker so eng an einen Tatbestand fixiert wäre, von dem tatsächlich auf der Ebene der Warenanalyse noch nicht die Rede ist: den Tatbestand der ökonomischen Ausbeutung. Das ökonomische Ausbeutungsverhältnis ist tatsächlich das zentrale Verhältnis der kapitalistischen Gesellschaft, durch welches diese als Klassengesellschaft konstituiert ist. Aber die Marxsche Theorie ist — als dialektische Theorie — eben nicht nur Ökonomie, sondern immer zugleich auch Soziologie mit ganz wesentlichen, von den ökonomischen Kategorien untrennbaren philosophischen, erkenntnistheoretischen und psychologischen Implikationen. Ein logischer Schlüssel dieses „interdisziplinären" Zusammenhangs liegt in der Warenanalyse. Die ökonomische Ausbeutung ist die gesellschaftliche Grundfigur, in welcher alle aus der Warenanalyse abgeleiteten Bestimmungen enthalten sind. Die Ausbeutung spaltet die Gesellschaft in Klassen; sie spaltet sie aber keineswegs in einen gesellschaftlichen Teil, worin die Bestimmungen der Warenanalyse gelten, und einen anderen, worin sie nicht gelten. Im Gegenteil: sowohl die Ausbeuter als auch die Ausgebeuteten sind Charaktermasken jenes gesellschaftlichen Prozesses, in dem die Entfremdungsstrukturen ständig neu reproduziert und über die ganze Gesellschaft ausgebreitet werden. Das Entfremdungsverhältnis — als Verhältnis der Herrschaft des Werts über den Gebrauchswert, des gesellschaftlichen Gesetzes über das menschliche Bedürfnis, der gesellschaftlichen Dingwelt über den Menschen (diese Herrschaft ist keineswegs lückenlos und widerspruchsfrei, siehe später) — ist ganz sicher ein Klassenverhältnis, denn der im Kapital verselbständigte „für sich seiende" und „sich selbst verwertende" Wert ist der Motor der Ausbeutung und Klassenspaltung, gesellschaftlich repräsentiert durch die Klasse der Ausbeuter. Andererseits ist das Entfremdungsverhältnis ganz sicher klassenunspezifisch, weil es eben nicht nur in einer Klasse existiert und wirkt (als solches wäre es nicht einmal zu denken).

Der revolutionstheoretische Sinn klassenunspezifischer Kategorien

Was bleibt eigentlich noch übrig von der ganzen Kritik? Übrig bleibt — falls die Gedankengänge bis hier nachvollzogen sind — der Vorwurf der Abstraktheit. Abstrakt ist die Rede vom Warenfetischismus, denn er tritt — je nach Schicht und Klasse — in verschiedenen Varianten auf. Abstrakt ist in genau dem gleichen Sinn die Rede von der „kapitalistischen" Zwischenmenschlichkeit und Psychostruktur. Falsch ist der Vorwurf, daß die Untersuchung auf warenanalytischer Ebene an der kapitalistischen Wirklichkeit vorbeiginge. Richtig ist aber, daß die begriffliche Ebene der Warenanalyse erhebliche Lücken und Mängel hat, weil sie die klassenspezifischen Unterschiede der aus der Warenanalyse gewonnenen Bestimmungen nicht erfassen kann. Natürlich ist dies ein sehr ernsthafter Mangel der Theorie meines Buches. Aber nach den bisherigen Ausführungen kann das doch nicht heißen, daß die Theorie falsch ist, sondern nur, daß sie weiterentwickelt werden muß (7). Ich habe allerdings an einigen Stellen, besonders in der Darstellung der Lohnarbeit (in Kap. III) versucht, klassenspezifische Akzente zu setzen. Die allgemeine Form der Lohnarbeit reiht sich nahtlos ein in die aus der Warenkategorie abgeleiteten Argumentationsschritte. Der Verkauf der eigenen Arbeitskraft ist die höchste Form des Widerspruchs von Gebrauchswert (die Arbeitskraft ist jetzt der Gebrauchswert, allerdings nur für das Kapital) und Wert (Kapital), damit auch die höchste Form des Widerspruchs von Individuum und Gesellschaft und die höchste Form der Selbstentfremdung, die ich mit dem Lukács'schen Begriff der „Selbst-Objektivierung" beschrieben habe. Der von der Warenkategorie abgeleitete Widerspruch von Gebrauchswert und Wert, Bedürfniswelt und gesellschaftlicher Dingwelt war der gedankliche Strang, den ich bis in die Struktur der Zwischenmenschlichkeit verfolgte. Daß die Lohnarbeiter von diesem Widerspruch am härtesten betroffen sind, ergibt sich aus der Darstellung selbst.

Das mit der warenanalytischen Ebene gesetzte Abstraktionsniveau scheint mir aber doch nicht nur ein Mangel zu sein, es besitzt zumindest einen sehr wesentlichen Vorteil: Es ermöglicht die theoretische Bestimmung allgemeiner Grundstrukturen kapitalistischer Wirklichkeit, auf deren Basis die Barbarei dieses Systems in einem viel weiteren Sinne als „nur" in dem der ökonomischen Ausbeutung des Proletariats begriffen werden kann. Sie ermöglicht die theoretisch begründete Einsicht, daß das gesamte menschliche Leben in der kapitalistischen Gesellschaft unterdrückt und deformiert ist. Hier ist ein Punkt, wo sich für Intellektuelle eine theoretisch-rationale und nicht nur moralische Begründung für das Bündnis mit dem Proletariat entwickeln läßt (ich finde allerdings, daß wir kein Recht haben, ein moralisches Engagement abzuqualifizieren; wir wissen ja gar nicht, was das ist; jedenfalls genügen dazu die bislang entwickelten Kategorien der marxistischen Theorie ganz sicher nicht!). Es stimmt, das Buch ist an Intellektuelle gerichtet, und dies mit revolutionstheoretischer Absicht: Hätten wir keinen mit Hilfe der weiterentwickelten Warenanalyse gewonnenen Begriff von der Totalität (8) der Klassenherrschaft (als Dingherrschaft), welches theoretisch ausweisbare Motiv könnte Intellektuelle zur Revolution treiben? Es schien mir wirklich an der Zeit, durch eine dialektische Erweiterung und Präzisierung des Begriffs der Klassenherrschaft dem weitverbreiteten vortheoretischen Gefühl eines systembedingten psychischen Leidens eine theoretische Fundierung zu geben und somit auch theoretisch die Behauptung auszuweisen, persönliche Emanzipation und revolutionäre Praxis fielen zusammen. Die Rede vom „Bündnis mit dem Proletariat", wie sie von linken Intellektuellen oft geführt wird, besitzt oft noch diesen aufgesetzten und abstrakten (Abstraktion von der eigenen Lebenssituation) Charakter — u. a. als Folge einer im Kern immer noch ökonomistischen, bürgerlich-materialistischen Theorie, welche die Begriffe „Klassenherrschaft" und „Totalität" nicht mehr zusammenbringt.

Totalitätsbegriff und Trennschärfe dialektischer Begriffe

Totalität der Klassenherrschaft bedeutet, daß die Klassenherrschaft, die Macht und Widersprüchlichkeit des Kapitals, in allen gesellschaftlichen Beziehungen und Tätigkeiten wirksam ist. Totalität im dialektischen Sinn bedeutet niemals, wie Joas glaubt, die vollkommene Unterworfenheit und Ausweglosigkeit des Menschen (9). Selbst der Wert ist noch auf den Gebrauchswert angewiesen, das Kapital auf die Arbeitskraft, die Dingwelt auf den Menschen. Die Totalität der Ware, des Kapitals und des Klassenverhältnisses ist eine Totalität des Widerspruchs (von Gebrauchswert und Wert, Individuum und Gesellschaft usw.), somit auch eine Totalität der zum Widerspruch gehörenden progressiven Momente, eine Totalität der Veränderung. Wissenschaftliche Dialektik ist der gedankliche Nachvollzug der gesellschaftlichen Totalität, und es ist ein Wesensmerkmal dialektischen Denkens, daß es im Teil das Ganze, in der Erscheinungsform das Wesen, im „Nebenwiderspruch" den „Hauptwiderspruch" (z. B. in den zwischenmenschlichen Widersprüchen den Klassenwiderspruch) sieht. Die Bestimmungen des Ganzen wiederholen sich in allen seinen Teilen. Diese dialektische Auffassung der gesellschaftlichen Realität erfordert neue Begriffsformen und -abgrenzungen.

Joas kritisiert die mangelnde „Trennschärfe" meiner Begriffe. Diese Kritik hängt eng zusammen mit seinem undialektischen Verständnis von Totalität, worin Totalität tendenziell immer noch als Summe ihrer Einzelheiten betrachtet wird. Wäre es so, dann hätten wir kein Problem mit der Begriffsbildung und der begrifflichen Trennschärfe. Sie bestünde einfach darin, die jeweilige Einzelheit oder den jeweiligen Komplex von Einzelheiten möglichst genau von allen anderen abzugrenzen. Dieses gewohnte „extensionale" Definitionsmodell der Ab- und Ausgrenzung scheitert — und mit ihm die ganze positivistische Wissenschaft — an einer gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der die Dinge eben nicht als abgegrenzte Monaden existieren („wirken"), sondern als verbundene Momente von Beziehungen und Prozessen (alle wirklichen Beziehungen sind Prozesse). Erst die Hineinnahme dieser realen prozeßhaften Verbindung in den Begriff konstituiert diesen als dialektischen. Je mehr davon im Begriff enthalten ist, desto konkreter ist er. Die Trennschärfe des Begriffs ergibt sich jetzt aus der Präzision des Aspektes, unter dem die Beziehungen zusammengefaßt sind. Dieser Aspekt war in „Warenstruktur und zerstörte Zwischenmenschlichkeit" das Entfremdungsverhältnis. Die Beziehungen, die — als abgeleitete und verbundene und keineswegs als nur „parallelisierte" — von diesem Begriff umfaßt werden, sind die genannten Beziehungen zwischen Gebrauchswert und Tauschwert, Individuum und gesellschaftlicher Dingwelt usw. Diese Beziehungen sind Herrschaftsbeziehungen, und zwar die Herrschaftsbeziehungen einer Klassengesellschaft, denn die Dingherrschaft des Kapitals ist identisch mit der menschlichen Herrschaft der Kapitalisten als Klasse. Es ist nicht eine Verwischung, sondern eine Präzisierung und Konkretisierung des Begriffs der Klassenherrschaft, wenn wir durch Ableitung zeigen können, daß zu diesem Begriff auch solche Inhalte gehören, die man ihm nicht so-

fort ansieht. Im ersten Kapitel des Buches habe ich ausführlich gezeigt, warum die Dingherrschaft identisch ist mit Klassenherrschaft und daß Klassenherrschaft überall dort wirksam ist, wo sich das bedürftige Individuum den unter der Diktatur des Kapitals verdinglichten Verhältnissen unterwerfen muß. Klassenherrschaft ist dialektisch identisch mit dem Entfremdungsverhältnis – aber dies nur auf kapitalistischer Stufe und nur dann, wenn das Entfremdungsverhältnis ökonomisch abgeleitet ist. In dieser ökonomischen Ableitung liegt die Präzision des Begriffs und nicht in seiner oberflächlichen Ausgrenzung empirischer Inhalte.

Ich weiß, daß dem Freund Kelber der Himmel auf den Kopf fallen müßte, ehe er auch nur die Möglichkeit einräumt, daß an diesen Ausführungen etwas Vernünftiges dran ist. Seine Angriffe sind dermaßen bar jeglicher Einsicht in die Grundzusammenhänge marxistisch-dialektischer Kategorien, daß eine Diskussion kaum noch möglich scheint. Dazu zwei Beispiele.

Erstes Beispiel: Er schreibt: „Vom Standpunkt der ‚Klassenlosigkeit', die DD durch die Wahl seiner Kategorien produziert, wird jegliche Widersprüchlichkeit des Kapitalismus eingeebnet" (10). Offensichtlich hat er den Widerspruch von Gebrauchswert und Wert, der schon bei Marx den Begriff der Ware konstituiert, überhaupt nicht verstanden. Dieser Widerspruch ist das zentrale durchgängige Entwicklungsprinzip, das der Marxschen Ableitung der Geldform aus der einfachen Wertform und des Kapitals aus dem Geld zugrundeliegt. Es war die Absicht meines Buches, diese durchgängige Widerspruchsdialektik bis in die zwischenmenschlichen Erscheinungsformen hinein nachzuweisen und dadurch die „Totalität des Widerspruchs" mit konkretem Inhalt zu füllen. Meine von beiden Kritikern so abfällig kommentierte double-bind-Theorie scheint mir hierfür ein besonders überzeugendes Beispiel.

Zweites Beispiel: Kelber schreibt: „Entfremdung und Klassenherrschaft erscheinen von daher als ‚weitgehend' oder ‚teilweise klassenunspezifisch'. Welchen Sinn eine Klassenherrschaft hat, die „unspezifisch' wirksam wird und wie diese – logisch und real – möglich ist, bleibt DD's Geheimnis" (11). Ich habe oben schon das Nötige dazu gesagt. Natürlich bleiben alle meine Ausführungen für denjenigen ein Geheimnis, der aus dem Klassenverhältnis das Entfremdungsverhältnis ausblendet, weil er nicht in der Lage ist, die in der Warenanalyse gewonnenen Bestimmungen auf die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft anzuwenden. Wer den logischen Schlüssel für die begriffliche Einheit von ökonomischen und „philosophischen" Inhalten in der Warenanalyse nicht verstanden hat, hat keine Chance, psychische und gesellschaftliche Grundstrukturen begrifflich stringent zu verbinden (was fängt der überhaupt mit der Warenanalyse an?); er kann sie lediglich „parallelisieren". Der Parallelisierungsvorwurf, den beide Kritiker gegen mich erheben, fällt auf sie selbst zurück als Projektion ihres eigenen Unvermögens. (Man mache einmal die Gegenprobe und untersuche, welche Art der Verbindung von Psyche und Gesellschaft zustandekäme, wenn wir die Positionen der beiden Kritiker ernst nähmen!)

Die Gültigkeit des „abstrakten Vergesellschaftungsprinzips" im Produktionsbereich

Ich will noch kurz auf einen weiteren Kritikpunkt eingehen. Er betrifft die Isolierungsstruktur des Proletariats. Beide Kritiker halten meine diesbezüglichen Ausführungen für blanken Unsinn. Es geht um die Frage, ob das von mir ausführlich dargestellte „abstrakte Vergesellschaftungsprinzip" (12) nur für den Bereich des Marktes oder auch für den der Produktion gilt. Dieses Prinzip besteht darin, daß die Individuen nicht Kraft ihrer eigenen Bedürfnisse, Absichten und Vereinbarungen in Verbindung zueinander stehen, sondern daß sie Kraft einer fremden dinghaften Macht (Kapital) gleichsam von außen aufeinander bezogen werden. Dieses Vergesellschaftungsprinzip verbindet die Menschen gerade so miteinander, daß sie in keiner konkreten Gemeinsamkeit stehen, sondern als Isolierte miteinander kombiniert werden. Daß die vom Kapital gesetzte gesellschaftliche Bestimmung der Individuen auch im Produktionsbereich diesem abstrakten Vergesellschaftungsprinzip folgt, hat Marx in einer sehr eindringlichen Passage seiner „Grundrisse" (13) aufgezeigt. Es ergibt sich logisch aus der Struktur des Klassenverhältnisses als Entfremdungsverhältnis. Die Begriffe „Ware", „Geld", „Kapital" sind immer auch Kategorien des abstrakten Vergesellschaftungsprozesses (siehe Anmerkung 12). Hier scheint es bei meinen Kritikern ganz erhebliche Lücken in ihrem Weltbild zu geben, wo die theoretische Analyse durch emotionale Verklärung des Proletariats ersetzt wird. Gäbe es im Proletariat nicht jene Isolierungsstruktur, so hätten wir wohl längst die Revolution.

Ein anderer Gesichtspunkt, worin sich die Situation im Produktionsbereich tatsächlich von den übrigen gesellschaftlichen Bereichen unterscheidet, ist allerdings der, daß die Arbeiter in den Fabriken direkt und massenhaft dem Kapital gegenüberstehen und so viel eher die Möglichkeit haben, die fremdvergesellschaftende Kraft des Kapitals zu ihrer eigenen zu machen (was in jedem aktiven Streik tendenziell passiert). Auf diesen Unterschied habe ich ausdrücklich hingewiesen (14). Eine weitere Unterwanderung des abstrakten Vergesellschaftsprinzips in der Produktion geschieht durch die Veränderung der Produktivkräfte, verbunden mit dem zunehmenden Einzug der Wissenschaft in den Produktionsprozeß. Im Produktionsbereich treffen wir also auf reale Vergesellschaftungstendenzen, die dem Prinzip der abstrakten Vergesellschaftung entgegenwirken. Das habe ich im Buch ausdrücklich betont (15).

Es fehlt in meiner Erwiderung besonders ein sehr wichtiger Punkt: Es wäre höchste Zeit, nachzuweisen, daß dermaßen fehlgelaufene Ergüsse dokumentarisch den desolaten Zustand der derzeitigen marxistischen Wissenschaftspraxis in unserem Land widerspiegeln. Ein intensives Studium, bei dem wir uns laufend selbst Rechenschaft darüber geben, was wir eigentlich verstanden haben und was nicht, scheint aus der Mode gekommen zu sein (wer macht sich denn beispielsweise noch die Mühe, Marxens Ableitung der Geldform aus der einfachen Wertform gedanklich nachzuvollziehen?). Unausgewiesene Positionen beherrschen überall dort das Feld, wo es besonders schwierig wird. Dieser Schwindel muß doch endlich mal aufhören! Natürlich ist es in einer Zeit zunehmender Repression und Verfolgung problematisch, sich mit den schwierigsten Stücken der marxistischen Dialektik auseinander zu setzen; die Zeit und Kraft sollte vielleicht besser für die Organisierung des Widerstandes verwendet werden; ich möchte deshalb meinen Artikel nicht als ein Plädoyer für ein extensives Marx- und Hegelstudium verstanden wissen.

Wenn ich hier meine Positionen so apodiktisch vertreten habe, so nicht deshalb, weil ich sie durchweg für richtig halten würde, sondern weil ich meine, wir sollten uns einige heute üblich gewordene Formen „wissenschaftlicher" Auseinandersetzung nicht mehr gefallen lassen. Der Kampf gegen die Degenerationserscheinungen linker Wissenschaft ist in den Kampf für den Sozialismus einzuschließen.

Ich hatte ursprünglich nicht vor, auf die Joas-Kritik in „links" zu antworten, weil ich dachte, es gäbe für eine politische Zeitung wichtigere Probleme der Emanzipationsdebatte zu diskutieren. Daß ich jetzt, auf Kelbers Kritik hin, doch reagiere, hat zwei Gründe: Erstens platzt mir bei so viel ignorantem Drauflosgequatsche der Kragen, und zweitens will ich verhindern, daß in der wichtigen emanzipationstheoretischen Diskussion wieder einmal die phantasielosen Schulmeister und Theorie-Polizisten die Oberhand behalten.

Nachtrag

Meine Erwiderung bewegte sich im marxistisch-gesellschaftstheoretischen Rahmen. Es wäre aber notwendig, auch auf den anderen Pol, die Psychologie, zu kommen. Kelber zweifelt, ob die psychoanalytischen Kategorien überhaupt geeignet sind, ... (usw.). Warum fragt er, warum fragen wir nicht auch einmal umgekehrt: Sind die marxistischen Kategorien geeignet, menschliches Leben hinreichend zu begreifen? Mein schlechtes Gewissen – auch gegenüber meiner eigenen Arbeit – beginnt dort, wo ich versuche, ohne Tabus darüber nachzudenken, wieviel „Psyche" eigentlich beteiligt ist an der Konstituierung dessen, was mit marxistischen Kategorien beschrieben wird. Was wissen wir über die Produktivkraft „Psyche"? (Man braucht mir jetzt nicht zu sagen, daß Psyche isoliert nicht vorkommt, das Problem stellt sich trotzdem.) Bei allen berechtigten Einwänden gegen die Psychoanalyse und gegen andere tiefenpsychologische Richtungen erscheint es mir doch als typisches Zeichen marxistischer Betriebsblindheit, das Psychische so wenig in Theorie und Praxis zu berücksichtigen und das Verhältnis von Psychoanalyse und Marxismus so hastig zugunsten des Marxismus zu lösen, wie nicht nur Kelber das tut. Der gesellschaftliche Wandel bringt zunehmend den „subjektiven Faktor" ins Spiel (psychische Verelendung). Revolutionstheorie kommt deshalb nicht mehr daran vorbei, die marxistische Theorie in Richtung einer materialistischen Psychologie (und Philosophie) zu erweitern und – wenn nötig – zu korrigieren. (Bei der erstaunlichen Psychologiefeindlichkeit des Marxismus in diesem Land hat es keinen Sinn, hier weitere Andeutungen zu machen; sie würden der irrationalen Inquisitionslust doch nur als Reizworte dienen. Es wird bald eine Arbeit erscheinen, die hier – unter Ausschöpfung des vollen erkenntnistheoretischen und philosophischen Potentials im revolutionären Marxismus – einen weiteren Vorstoß versucht.)

Anmerkungen:

(1) Vgl. „Warenstruktur und zerstörte Zwischenmenschlichkeit", Rosa Luxemburg-Verlag Köln, Kap. I, 3.
(2) SHG/SZ Duisburg (Hrsg.): Der subjektive Faktor, edition 2000, Gießen 1974.
(3) „links" Nr. 55, Mai 74, S. 18.
(4) Vgl. MEW 23, S. 97, 2. Abschnitt.
(5) Marx/Engels: Briefe über das „Kapital", Berlin 1954, S. 88.
(6) Dies scheint mir eines der Probleme zu sein, die von der gesamten marxistischen Wissenschaft bislang noch zu wenig durchdacht worden sind. Ausführungen darüber z. B. bei Zeleny: Die Wissenschaftslogik bei Marx und „Das Kapital", EVA 1970, Kap. 5 und 6.
(7) Der Mangel ist begründet im allgemeinen Entwicklungsstand der Theorie. Auch der Versuch, den M. Schneider in seinem guten Buch „Neurose und Klassenkampf" unternommen hat, die Verdrängung in Verbindung zu bringen zur abstrakten Arbeit, ist in dieser Form noch nicht mehr als ein interessanter Impuls zum Weiterdenken.
(8) Zur Kategorie der Totalität als ent-Theorie vgl. Lukács: Was ist orthodoxer Marxismus? In: Lukács: Geschichte und Klassenbewußtsein, Sammlung Luchterhand. Alle meine Verweise auf Lukács beziehen sich auf dieses Buch.
(9) Diesem Mißverständnis habe ich einen eigenen Abschnitt gewidmet, vgl. „Warenstruktur ...", Kap. I, 4c.
(10) „links" Nr. 55, Mai 74, S. 19.
(11) „links" Nr. 55, Mai 74, S. 19.
(12) Vgl. „Warenstruktur ...", Kap. II, 1.
(13) Vgl. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 373 f.
(14) Vgl. Warenstruktur...", S. 73 und 153.
(15) Vgl. „Warenstruktur ...", Kap. VI, 3.

Emanzipation und politische Arbeit

Bärbel Meurer

Die Kritik von Hans Joas an Dieter Duhms Schriften in der Januar-Ausgabe von „links“ ist insofern „akademisch“, als sie sich im wesentlichen auf Duhms Theorie, seine Analyse der kapitalistischen Produktions- und Verkehrsformen, beschränkt. Duhms Versuch, eine Strategie zu entwickeln, die politisches Handeln und individuelle Emanzipation verbindet, wird dagegen nur am Rande erwähnt und kritisiert, und dieses gar lediglich von den möglichen Mißverständnissen her, die sich aus Duhms Thesen ergeben könnten. Auch die der Kritik vorangestellte Versicherung der Solidarität mit Duhms praktischen Intentionen ändert nichts daran, daß Joas die theoretischen Elemente aus ihrem Zusammenhang mit den praktischen Interessen löst, um dann die „reine“ Theorie „wissenschaftlich“ kritisieren zu können. Daß die Kritik an Duhms Warenanalyse und an seiner Übertragung des Waren- und des Tauschbegriffs auf die Verkehrsformen der kapitalistischen Gesellschaft berechtigt und notwendig ist, soll hier nicht bestritten werden. Nur geht diese Kritik an Duhms Absichten vorbei und liefert damit eine unfreiwillige Bestätigung für dessen These von der weitgehenden Ausklammerung des „subjektiven“ Faktors aus der politisch-strategischen Diskussion. Außerdem erlaubt sie kein Urteil über seine Vorschläge für emanzipatorische politische Praxis sowie über deren tatsächliche Realisierung. Das Verhältnis von Theorie und aus ihr entwickelter praktischer Konsequenz kann nicht in der Weise mechanisch verkürzt werden, daß aus einer fehlerhaften Theorie eine in gleicher Weise fehlerhafte Praxis folgen müßte. Überspitzt formuliert könnte man sagen, daß mit einer falschen Theorie auch eine richtige Praxis möglich ist und umgekehrt. Joas' Ausführungen über Duhms theoretische Grundannahmen können so auch den Erfolg seiner Arbeiten nicht erklären, der sicher weniger in der theoretischen Ableitung seiner Thesen als vielmehr darin begründet ist, daß seine Darstellung Möglichkeiten zur Identifikation mit den geschilderten Phänomenen bietet und den individuellen Emanzipationsinteressen eine Perspektive zu geben versucht.

Die folgende Kritik bezieht sich gerade auf die Thesen Duhms zur Strategie und Organisation der politischen Bewegung in ihrem Zusammenhang mit dem Emanzipationsproblem. Ich verstehe sie insofern als eine solidarische, als sie nicht darauf abzielt, einzelne Aspekte in Duhms Konzeption von einem abstrakten Gesichtspunkt „richtiger“ Strategie her zu kritisieren. Ich gehe vielmehr davon aus, daß Duhms Thesen zur politischen Organisation der Emanzipationsbewegung, wie er sie z. B. in der April-Ausgabe von „links“ formuliert hat, den gegenwärtigen Entwicklungsstand dieser Bewegung dokumentieren, einen Stand, zu dessen Entwicklung er selbst mit seinen Arbeiten nicht unerheblich beigetragen hat. Auf dem Hintergrund seiner wichtigen Funktion für eine erfolgreiche Überwindung der Zersplitterung der antiautoritären Gruppen – die sich z. B. darin dokumentiert, daß am zweiten überregionalen Apriltreffen „Emanzipation und politischer Kampf“ in Frankfurt 1500 Genossen teilnahmen – beabsichtige ich mit meinen Ausführungen, einen Beitrag zur Weiterentwicklung dieser Bewegung zu versuchen.

Zur Bedeutung der Emanzipationsdiskussion

In Duhms Schriften ist der Anspruch der antiautoritären Bewegung auf emanzipatorische Selbstveränderung lebendig. Wie er zu Recht hervorhebt, standen diese Bestrebungen von vornherein in Verbindung zu allgemein-politischen, gesellschaftsverändernden Zielen. In der Studentenbewegung wurde dieser Zusammenhang von individueller und politischer Veränderung in spontanen Aktionen realisiert. Was nicht gelang, war, daraus eine langfristige politische Strategie und entsprechende verbindliche Organisationsformen zu entwickeln. Vielmehr fiel die Bewegung auseinander in tendenziell apolitische emanzipatorische Gruppen einerseits, rigide Parteiansätze andererseits, sowie in eine große Zahl mehr oder weniger resignierter Einzelindividuen.

Duhm setzt bei den kulturrevolutionären Tendenzen zur subjektiven Befreiung an. Ausgehend vom illusionären Charakter einer bloß individuell betriebenen Emanzipation, begründet er die Notwendigkeit, den Kampf um subjektive Befreiung mit dem politischen Kampf zu verbinden. Die praktische Erfahrung in emanzipatorischen Gruppen habe gezeigt, daß das ständige Kreisen um die eigenen Probleme stets das Erklärungsmuster Opfer–Schuldiger reproduziere. Der „politische Sachbezug“ (1) hingegen ermögliche durch den „gemeinsamen Bezug auf einen äußeren Gegner“ (2) die Entspannung der Gruppenbeziehungen. Neben diesen gruppenimmanenten Grenzen stoße rein psychotherapeutisch betriebene Emanzipation zwangsläufig auf die objektive Grenze des kapitalistischen Systems selbst, in dem sie die eigentlichen Ursachen psychischer Verelendung erkennen muß. Die notwendige Konsequenz müsse dann lauten: „Die psychische Verkrüppelung beseitigen, heißt den Kapitalismus beseitigen“ (3) oder – wie Duhm an anderer Stelle formuliert: „... daß Emanzipation – konsequent zu Ende gedacht – identisch ist mit revolutionärem Kampf.“ (4)

Dieser bei den subjektiven Emanzipationsbedürfnissen ansetzende Versuch, aus den objektiven Bedingungen, die der Befriedigung dieser Bedürfnisse entgegenstehen, die Notwendigkeit des politischen Kampfes abzuleiten, ist ein wichtiger Schritt zur Konstituierung von Klassenbewußtsein. Die besondere Bedeutung dieses Ansatzes und seine politische „Richtigkeit“ liegt darin, daß über die theoretische Erkenntnis des kapitalistischen Grundwiderspruches hinaus die Notwendigkeit seiner Aufhebung subjektiv-emotional erfahrbar wird und so „das persönliche Interesse endgültig mit dem politischen“ (5) verbunden wird. Ehe aber die Frage nach einer Organisationsform, die der Emanzipationsbewegung eine politische Perspektive setzen könnte, sinnvoll gestellt werden kann, scheint mir eine konkretere Bestimmung des Verhältnisses von subjektiven Emanzipationsinteressen und politischem Kampf notwendig. Eine solche Bestimmung, die wiederum nicht nur theoretisch definiert, sondern auch subjektiv-verbindlich begreifbar sein müßte, würde auch die Klärung des von Duhm angesprochenen Verhältnisses zu den Interessen des Proletariats und zum allgemeinen Klassenkampf ermöglichen.

Zum Verhältnis von individueller und kollektiver Emanzipation

Es kann hier nur versucht werden, die mögliche Richtung eines solchen Klärungsversuches theoretisch aufzuzeigen. Wenn Duhm subjektive Emanzipation und politische Arbeit identisch setzt, hat er die Konsequenzen der Erkenntnis, daß Emanzipation nicht ohne Aufhebung des Grundwiderspruches möglich ist, noch nicht radikal genug gezogen. Die prinzipielle Einheit von individueller und kollektiver Emanzipation kann nicht bedeuten, daß während des Kampfes schon weitreichende Erfolge für die individuelle Emanzipation möglich wären. Zwar ist es – wie die Erfahrungen der sozialistischen Länder zeigen, richtig, daß die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln die Emanzipation der Individuen – als Aufhebung der Entfremdung – nicht automatisch bewirkt. Die Aufhebung des Grundwiderspruches ist daher zwar keine hinreichende, aber doch eine notwendige Voraussetzung der Emanzipation. Erst nach der Revolution kann sich also die Dialektik von individueller und kollektiver Emanzipation wirklich entfalten, d. h. „... daß durch den Umsturz des bestehenden gesellschaftlichen Zustandes durch die kommunistische Revolution ... und die damit identische Aufhebung des Privateigentums diese ... mysteriöse Macht (d. h. der Weltmarkt, B. M.) aufgelöst wird und alsdann die Befreiung jedes einzelnen Individuums in demselben Maße durchgesetzt wird, in dem die Geschichte sich vollständig in Weltgeschichte verwandelt.“ (6)

Solange es sich für den politischen Kampf darum handelt, erst einmal die Bedingungen dieses Umsturzes herzustellen, kann die persönliche Befreiung nicht unmittelbar erreicht werden. Der Wunsch nach persönlicher Emanzipation wird erst dann zu einem politisch treibenden Moment, wenn er – ausgehend von der Erkenntnis der objektiven Unmöglichkeit der Emanzipation unter bestehenden Verhältnissen – sich umsetzt in den Wunsch nach Aufhebung dieser Verhältnisse und der Kampf um diesen Umsturz zu seinem primären Bedürfnis wird: „Die Unzufriedenheit mit sich ist entweder die Unzufriedenheit mit sich innerhalb eines gewissen Zustandes, durch den die ganze Persönlichkeit bedingt ist – z. B. die Unzufriedenheit mit sich als Arbeiter – oder die moralische Unzufriedenheit. Im ersten Fall also zugleich und hauptsächlich mit den bestehenden Verhältnissen; im zweiten Falle ein ideologischer Ausdruck dieser Verhältnisse selbst, der keineswegs über sie herausgeht, sondern ganz zu ihnen gehört.“ (7)

Die eigene persönliche Problematik als Ausdruck bestehender Verhältnisse begreifen, heißt, in diesen Zuständen selbst den wesentlichen Ansatzpunkt für Veränderung zu sehen. Es bedeutet nicht, daß die subjektiven Emanzipationsbedürfnisse nicht berechtigt wären, es sollte auch nicht zur Folge haben, daß sie verdrängt und

auf nachrevolutionäre Perioden vertagt werden. Das Bewußtsein dieser Bedürfnisse ist ja selbst ein emotional tragendes Moment politischer Arbeit. Die Verlagerung des Interessenschwerpunktes auf die politische Ebene sollte auch nicht implizieren, daß psychische Schwierigkeiten als unter gegenwärtigen Bedingungen unlösbare Probleme resigniert hingenommen werden. Vielmehr ist eine Veränderung psychischer Gegebenheiten notwendig, um die Individuen überhaupt zu politischer Arbeit zu befähigen. Die Einheit von individueller und kollektiver Veränderung gilt insofern auch für die Entwicklungsphase einer politischen Bewegung, als „sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewußtseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst eine massenhafte Veränderung des Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution, vor sich gehen kann." (8) Daß nur veränderte Individuen den revolutionären Kampf tragen können und daß umgekehrt der Kampf selbst die Individuen verändert, kann allerdings nicht bedeuten, daß diese Veränderung schon Emanzipation bewirken würde. Eine wirkliche Befreiung kann erst in Zusammenhang mit der Aufhebung der kapitalistischen Verhältnisse, der Aufhebung der Teilung der Arbeit, etc. erfolgen.

Revolutionäre Bedürfnisse oder Bedürfnis nach Revolution?

Aus dem so bestimmten Verhältnis von subjektiver und kollektiver Emanzipation ergeben sich Konsequenzen für die Organisierung des politischen Kampfes und die Funktion der subjektiven Bedürfnisse. Man kann wohl kaum – wie Duhm postuliert – „abgedrängte Bedürfnisse in den öffentlichen Alltag einlassen, um sie ausreifen zu lassen zu wirklich revolutionären Formen" (9). Die Bestimmtheit des Individuums durch die kapitalistisch geprägten Verkehrsformen formt auch seine Bedürfnisse: „Selbst das, was ein Individuum als solches vor dem andern voraus hat, ist heutzutage zugleich ein Produkt der Gesellschaft und muß sich in seiner Verwirklichung wieder als Privilegium geltend mamen" (10). In diesen objektiv bedingten Schranken zwischen den Individuen liegen die Grenzen für die Entwicklung solidarischer Gruppenbeziehungen.

Für die individuellen Bedürfnisse gilt, daß sie insofern revolutionär sind, als sie unter herrschenden Bedingungen nicht wirklich befriedigt werden können und somit letztlich die Revolution notwendig machen. Das Revolutionäre an ihnen kann aber nur in dieser allen unbefriedigten Bedürfnissen im Prinzip innewohnenden revolutionären Tendenz, nicht aber in ihren konkreten, widersprüchlichen Erscheinungsformen gesehen werden. So zutreffend es als Allgemeinaussage ist, daß hinter diesen Erscheinungsformen die wahren menschlichen Bedürfnisse sich verbergen, so illusionär ist andererseits der Anspruch, im je konkreten Einzelfall das „Wahre" an ihnen aufspüren zu wollen. Fragwürdig wird dieser Anspruch vor allem dann, wenn man berücksichtigt, daß es sich bei den Emanzipationsgruppen zum großen Teil um Studenten und andere Intellektuelle handelt, deren Bedürfnisse nicht unabhängig von ihrer Schichtzugehörigkeit sein können. Es müßten zumindest Kriterien angegeben werden, nach denen die gewünschte Entwicklungsrichtung der Bedürfnisstrukturen bestimmt werden könnte. Wenn eine solche Zieldefinition in konkreter Form nicht möglich ist, dann bleibt in Duhms Konzeption nur die Hoffnung, daß eine bloße Freisetzung der Psyche schon emanzipatorische Veränderungen bewirkt. Daß dem nicht so ist, hat sich schon bei den auf reine Psychotherapie beschränkten Veränderungsversuchen gezeigt. Ich meine, daß – entgegen Duhms These – auch in einer politisch arbeitenden Gruppe kein von den Verhältnissen unabhängiger Freiraum geschaffen werden kann, so daß auch hier die Entwicklung in einer emanzipatorischen Richtung durchaus nicht gesichert ist und vor allem nicht eindeutig entscheidbar ist, welche Formen befreiende Momente darstellen. Für die gegenwärtigen Bedingungen scheint daher zu gelten: Das einzige revolutionäre Bedürfnis ist das Bedürfnis nach Revolution.

Für die Entwicklung einer revolutionären Strategie kann es daher kaum sinnvoll sein, von der subjektiv-psychischen Situation der Gruppenindividuen auszugehen und dabei diesem Ansatzpunkt den gleichen Stellenwert zu geben wie den politischen Notwendigkeiten. Es scheint mir nicht möglich, auf dem Wege der Entfaltung der progressiven Seite des je subjektiv-psychisch Gegebenen zu einer politischen Strategie zu kommen. Ein solches Vorgehen würde die Zielbestimmung politischer Arbeit sowie das Fortschreiten der politischen Bewegung in einer Weise von den widersprüchlichen individuellen Emanzipationsentwicklungen abhängig machen, die die Konstituierung einer revolutionären Bewegung letztlich verhindern würde. Zwar wird es nie zu einer revolutionären Praxis kommen, wenn Revolution eine bloße Angelegenheit des Intellekts bleibt und nicht auch subjektiv-emotional als notwendig begriffen wird. Die Revolution wird aber ebensowenig stattfinden, wenn ihr Verlauf von der Befriedigung zufälliger subjektiver Bedürfnisse abhängig gemacht wird. Vielmehr muß die Revolution selbst oberstes Bedürfnis werden, sie muß von einer „Leidenschaft des Kopfes" zum „Kopf der Leidenschaft" werden (11). Solange politische Arbeit nur den „Sachbezug" darstellt, der als etwas der individuellen Psyche wie der emotionalen Gruppenstruktur äußerliches als bloßes Betätigungsfeld und Anlaß für die individuelle Emanzipation dient, ist beiden Interessen, dem individuellen wie dem gesellschaftlichen, nicht wirklich geholfen. In den Individuen wird die illusionäre Hoffnung auf individuelle oder gruppenmäßige Antizipation kommunistischer Lebensformen und Verhaltensweisen weiter kultiviert, die in Resignation enden kann und den aktiven Einsatz für die wirkliche Befreiung verhindert. Nur eine libidinöse Besetzung des revolutionären Zieles selbst scheint mir eine Verknüpfung von individuellen und kollektiven Emanzipationsinteressen zu gewährleisten, die Ausgangspunkt einer Strategie- und Organisationsdiskussion unter dem Gesichtspunkt der Rolle des „subjektiven Faktors" sein könnte.

Folgen für die individuellen Bedürfnisse

Die bisherigen Darlegungen, die die Funktion der subjektiven Emanzipationsinteressen von den allgemein-politischen Zielsetzungen her bestimmen, müssen den Eindruck erwecken, als ginge diese Verlagerung der Orientierung von der eigenen Person und der eigenen Gruppen auf das politische Ziel zu Lasten der subjektiven Interessen. Dieser Eindruck ist zu korrigieren, Wie schon gesagt, bestehen unter den herrschenden Verhältnissen ohnehin keine Chancen für wirkliche Emanzipation. Das bedeutet nicht, daß Versuche in dieser Richtung nicht sinnvoll und notwendig wären. Es kann sich dabei aber immer nur um Teillösungen, Kompromisse und Provisorien handeln. Ich vermute daher, daß die einzige verläßliche Grundlage emotionaler Befriedigung die politische Arbeit selbst ist. Das soll nicht heißen, daß in politisch arbeitenden Gruppen die persönlichen Beziehungen auszuklammern sind. Vielmehr ist die Befriedigung, die die Arbeit gewährt, in hohem Maße abhängig von den Gruppenbeziehungen. Gerade die Einigkeit über das politische Ziel scheint mir aber die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung solidarischer Gruppenbeziehungen – wie auch privaterer Beziehungen zu sein. Von dieser Basis könnten auch persönliche Probleme sinnvoll angegangen werden, da eine größere gegenseitige Toleranz und mehr Verständnis für die Situation des anderen ermöglicht würden. Für die persönlichen Probleme könnte auch eine indirekte positive Wirkung eintreten; die Lösung von der Fixierung auf die eigene Person bringt – nach den Erfahrungen der Psychotherapie – positive Wirkungen für das Private selbst hervor. So kann z B. die Lösung sexueller Probleme schon dadurch erleichtert werden, daß durch befriedigende Erlebnisse in anderen Bereichen die Sexualität einen weniger dominanten Stellenwert erhält und der Wunsch nach befriedigenden Sexualbeziehungen seinen zwanghaften Charakter verliert.

Das Verhältnis zwischen subjektiven Ansprüchen und politischer Arbeit ist – wie auch Duhm feststellt – als dialektischer Widerspruch zu sehen. Gegenüber einer bloß äußerlichen Entgegensetzung von subjektiven Emanzipationsinteressen und objektiven Gegebenheiten postuliert Duhm Bewußtseins- und Organisationsformen, die den Widerspruch selbst enthalten: „Das Subjekt definiert sich jetzt als diese widersprüchliche praktische Beziehung, in der es mit der Gesellschaft verbunden ist, und nicht mehr als Ensemble von Bedürfnissen, die abgekapselt der Gesellschaft gegenüberstehen und nur gegen sie freigelassen werden müssen ... Damit wäre der Widerspruch von individuellem Bedürfnis und gesellschaftlicher Gewalt potentiell auf der Seite des politischen Subjekts aufgehoben, seine gegensätzliche Polarität aber noch nicht beseitigt." (12) Von diesen Formulierungen her, die sich mit meinen Auffassungen des Verhältnisses von Individuum und politischen Kampf voll decken, reduziert sich meine Kritik darauf, daß ich die Hoffnung auf eine „reale Aufhebung" (13) des Widerspruches im Prozeß der Konstitution einer politischen Bewegung nicht teile. Ich nehme daher an, daß es sich eher um Unklarheiten und Mißverständnisse handelt, die dem unentwickelten Stand von Theorie und Praxis der politischen Bewegung entsprechen, als um wirkliche Differenzen. Ich möchte daher hoffen, daß mein Beitrag nicht als kritische Abgrenzung verstanden wird, sondern in Richtung auf eine weitere Klärung und Konsolidierung der theoretischen und praktischen Probleme wirkt.

Anmerkungen

(1) Dieter Duhm, Antikapitalistischer Kampf, Theorie, Organisation. In: „links", April 1974, S. 19, 20, 21.
(2) Ebd., S. 19.
(3) Duhm, Revolution ohne Emanzipation ist Konterrevolution, RLV-Text, Köln 1973, S. 3.
(4) Duhm, in: „links", April-Nr., S. 19.
(5) Duhm, Revolution ohne Emanzipation ist Konterrevolution, RLV-Text, Köln 1973, S. 27.
(6) Marx/Engels, Die Deutsche Ideologie, Berlin (DDR), 1960, S. 34.
(7) Ebd., S. 394.
(8) Ebd., S. 71.
(9) Duhm, in: „links", April-Nr., S. 20.
(10) Marx/Engels, op. cit., S. 460.
(11) Marx, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Fischer-Studienausgabe 1966, Bd. I, S. 19.
(12) Duhm, Ein paar Gedanken zu dem noch sehr ungelösten Theorieproblem, in: Frankfurter April-Seminar 1973, Politische Arbeit und Emanzipation, Aufsätze und Protokolle, RLV-Text, S. 116.
(13) Duhm, in: „links", April-Nr., S. 21.

issa
informationsdienst
südliches afrika

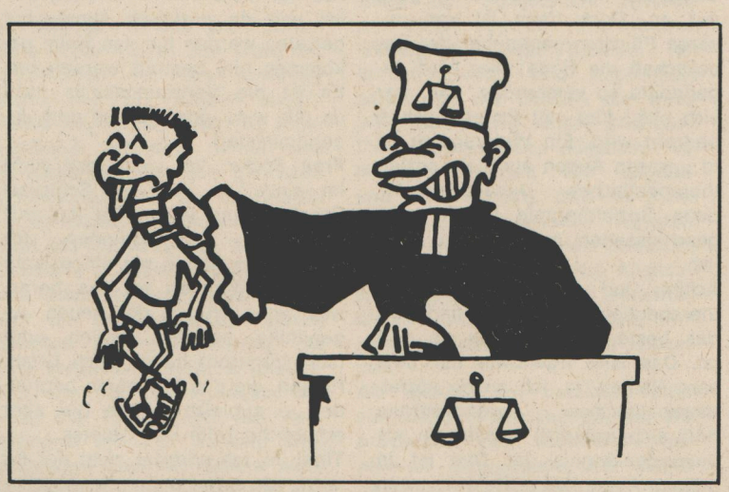
issa berichtet kontinuierlich über entwicklungen in politik und wirtschaft/rüstung
issa stellt aktionen vor
issa notiert relevante termine
issa dokumentiert zeitschriftenaufsätze
issa erscheint monatlich
jahresabonnement dm 15.-

issa
INFORMATIONSSTELLE SÜDLICHES AFRIKA E.V.
53 bonn-1, markt 10/12

„Die behandeln uns, aber wir können die nicht behandeln"

Aktiv R 16 Köln

Seit März 1974 liegt der Referentenentwurf für ein neues Jugendhilfegesetz vor. Mit diesem Gesetz soll das bisherige Jugendwohlfahrtsgesetz, dessen Grundzüge aus der Weimarer Zeit stammen, abgelöst und den gesellschaftspolitischen Erfordernissen der heutigen Zeit angepaßt werden.
Vorausgegangen war die mehrjährige Arbeit einer vom BMFJG eingesetzten Expertenkommission, die sich im wesentlichen aus Vertretern der Jugendbehörden und etablierten Wohlfahrtsverbänden zusammensetzte und die im Frühjahr 1973 der „Öffentlichkeit" einen Diskussionsentwurf zum Jugendhilfegesetz vorlegte. Eine papierne Emsigkeit entfalteten Vertreter der freien staatlichen Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege, Jugendverbände und Experten-Kommissionen.
150 Stellungnahmen wurden dem Ministerium vorgelegt. Stellungnahmen, die in ihrer Mehrheit die emanzipatorischen Interessen der betroffenen Kinder und Jugendlichen den eigenen Verbandsinteressen unterordneten.
Wir wollen an dieser Stelle nicht noch eine neue Stellungnahme hinzufügen (siehe dazu Info Sozialarbeit Nr. 6), sondern die zu Wort kommen lassen, die bisher nur geringe bzw. so gut wie keine Möglichkeiten hatten, sich zu diesem, Gesetz zu äußern, und die die eigentlich Betroffenen dieses Gesetzes sind.
Eine Gruppe Kölner Jungen und Mädchen, alle von Heimerziehung und Jugendfürsorge betroffen, hat sich mit dem Diskussionsentwurf auseinandergesetzt, ihn konfrontiert mit ihren bisherigen Erfahrungen und deutlich gemacht, was sie von dem neuen Jugendhilfegesetz halten, nämlich: NICHTS!
Sie haben Sozialarbeiter befragt, den verantwortlichen Minister (Frau Focke) interviewt und daraus einen Beitrag für das Jugendmagazin „Direkt" zusammengestellt, der am 30. 3. gesendet wurde und den wir hier im Wortlaut abdrucken.



Tina: „Seit Jahren wird die öffentliche Erziehung speziell im Ghetto der Heime stark kritisiert. Z. B. daß durch Erziehungshilfe mit Zwangscharakter unsere Probleme nicht gelöst, sondern nur verschärft werden und daß Erziehung als Strafe, nicht als Hilfe verstanden wird. Deswegen soll uns ein neues Jugendhilfegesetz mehr als bisher die Möglichkeit geben, über unsere Lebenschancen mitzubestimmen. Doch der Entwurf für ein neues Jugendhilferecht wurde vor allem von den traditionellen Trägern der Jugendhilfe erarbeitet.
Peter (Berater): Das ist also der Diskussionsentwurf des neuen Jugendhilfegesetzes. Jugendhilfe setzt sich aus zwei Teilen zusammen, und zwar einmal der allgemeinen Förderung der Jugend – was mehr oder weniger die Freizeitangebote betrifft – und zum anderen die Erziehungshilfen, die für auffällig gewordene Jugendliche angewandt werden.
Wir haben uns hier in dieser Wohnung aus einer gewissen Notsituation zusammengefunden, es sind alles Betroffene, die nach dem alten Jugendwohlfahrtsgesetz auffällig geworden sind und die durch die Gesetzesmühlen gelaufen sind und die praktisch kein Vertrauen zu den Behörden haben und hier mit uns Lösungen versuchen zu erarbeiten, die von dauerhafterer Art sind als die, die meinetwegen von den Behörden für sie gefunden worden sind.
Dave: Ich bin z. B. in einem Heim gewesen 9 Jahre und als ich mit 16 Jahren aus dem Heim raus kam und eine Lehre anfing, wurde mir dann eröffnet, daß ich mich nun in die Gesellschaft einzugliedern habe, ja. Und das hat dann vollkommen nicht hingehauen, bin ich also voll auf die Schnauze gefallen.
Tina: Über die Einweisung ins Heim entscheidet das Jugendamt. Hier werden unsere Akten, unser Fall, verwaltet, über unseren Kopf hinweg werden Entscheidungen getroffen, gegen die wir uns meistens nicht wehren können. Deswegen sehen wir das Jugendamt als eine Behörde an, die uns zu Menschen zweiter Klasse abstempelt und zu hilflosen Objekten der Verwaltungsbürokratie macht.
Achim: Im Stadtjugendamt in Köln liegt von mir eine etwa 100–200 Seiten dicke Akte, die ist von mir angelegt worden, und ich habe da noch nie reingucken können und ich weiß gar nicht, was da drin ist. Nur manchmal, wenn meine Sachbearbeiterinnen da reingucken, dann sehe ich da so mal ein bißchen, da sind Gutachten drin von Psychologen und irgendwelchen Leuten, die mich aber gar nicht kennen. Die schreiben dann über mich Berichte und entscheiden dann, was mit mir geschehen soll oder nicht. Und ich habe noch nicht einmal das Recht, da irgendwie reinzugucken, ja.
Tina: Ja, z. B. bei meinem Heimatjugendamt ist von einer Psychologin ein Gutachten über mich gemacht worden, und zwar hat die nur mit meinen Eltern gesprochen, ich bin da gar nicht zu Worte gekommen und daraufhin ist dann über mich ein Gutachten geschrieben worden. Und ich hab daraufhin mein Kind nicht bekommen, was jetzt noch im Heim ist. Wir werden selber wie Kinder behandelt, obwohl ich selber schon ein dreijähriges Kind habe, ja. Man läßt mich gar nicht versuchen, auf eigenen Füßen zu stehen. Ich hänge da in so einer Abhängigkeit drin, ja, und da kann ich einfach nichts dran ändern.
Dave: Ich war mal drogenabhängig, und ich wollte in ein Therapiezentrum zur Entziehungskur, und da hab ich vom Jugendamt das Einverständnis bekommen, jedoch mußte ich mit aufs Jugendamt gehen, und dort haben sie mir gesagt, daß sie mich für zwei-drei Stunden für ein ärztliches Gutachten in eine psychiatrische Klinik bringen müßten, und da bin ich mitgegangen, und da haben sie mir dann eröffnet, daß ich aufgrund eines Paragraphens dort bleiben müßte, und da ist mein Vertrauen zum Jugendamt völlig zerstört worden.
Achim: Besonders in den Heimen gibt es für uns so gut wie keine Rechte.
Tina: Ich bin da in so ein Heim gekommen, ja, und ich mußte da im neunten Monat noch Treppen putzen. Mir haben sie gesagt da im Heim –
Zwischenfrage von Achim: Kannst Du mal Deine Narben zeigen?
Ja, diese Narben habe ich hier z. B. auf dem Bauch und das ist einfach, weil mir die ärztliche Hilfe da im Heim verweigert wurde. Das hätte nicht passieren müssen, das kann man mit gewissen Mitteln verhindern, ja, das hat mir keiner gesagt im Heim. Ich habe da bis im neunten Monat vom dritten Stock bis in den Keller Treppen scheuern müssen, Marmortreppen und Fliesen bohnern. Und die haben mir gesagt, ich würde nicht im Arbeitsverhältnis stehen, deshalb hätte ich kein Recht auf eine Schonzeit. Hinterher, als ich aus dem Heim entlassen wurde, habe ich meine Arbeitspapiere bekommen; bevor ich ins Heim kam, war ich nur auf der Schule, also stand ich doch im Arbeitsverhältnis. So wird man einfach nicht aufgeklärt über seine Rechte, die man haben kann, dadurch kann man sie nicht vertreten.
ZDF-Redakteur: Ja, aber was müßte sich deiner Meinung nach ändern, damit euch wirklich geholfen wird?
Tina: Ja, z. B. daß wir vielleicht jemand hätten, beim Jugendamt, der allerdings nicht zum Jugendamt gehören würde, der unabhängig da wäre; zu dem man hingehen kann, dem man seine Probleme erzählen kann, ohne daß der gleich zur Sachbearbeiterin rennt und das dann in die Akte geschrieben wird; der Gutachten widerlegen kann, z. B. ein Rechtsbeistand ja, der mir sagen kann, wie ich meine Rechte gegenüber dem Jugendamt vertreten kann, ja. Das war bisher noch nie der Fall und das wäre, glaube ich, sehr gut.
Achim: Ja, und vor allem überhaupt Aufklärung, also daß man überhaupt da durchblickt, daß man überhaupt weiß, was da läuft, ja. Ich weiß also echt nicht, was da läuft, was die Leute von mir denken, was die sich für ein Bild von mir machen; daß ich in die Akte, die die von mir angelegt haben, daß ich da mal reingucken kann zum Beispiel, damit ich mir überhaupt vorstellen kann also, wie die zu mir stehen, ja. Das ist irgendwie, wir werden da immer hintergangen, ja. Die behandeln uns, aber wir können die nicht behandeln.
Das neue Jugendhilfegesetz müßte nicht nur unsere Rechte, sondern auch die Situation der Sozialarbeiter verbessern, so daß ein echtes Vertrauensverhältnis zu ihnen er-

möglicht wird. Nach dem Diskussionsentwurf ist der Sozialarbeiter jedoch weiterhin den Zwängen der Bürokratie unterworfen und damit wird die Zusammenarbeit zwischen ihm und uns erschwert.

Sozialarbeiterin: Die Erwartungen, die wir hatten, sind nicht berücksichtigt worden, da wir ja auch bei der Erstellung des Diskussionsentwurfes nicht gehört wurden. Zunächst mal brauchten wir ein Jugendhilferecht, das es uns ermöglicht, ein Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen und zu unseren Klienten aufzubauen. Das würde bedeuten, daß wir nicht eingespannt sind in eine Verwaltungshierarchie, daß wir nicht gezwungen werden, Akten anzulegen, Berichte zu schreiben und den Jugendlichen zu einem Objekt der Jugendhilfe zu machen.

Tina: In § 1 des Diskussionsentwurfes heißt es zwar: jeder hat ein Recht auf Erziehung und Bildung. Das hört sich zunächst ganz gut an. Doch dann ist von unseren Pflichten gegenüber der Gesellschaft die Rede; hier wird Jugendhilfe so verstanden, daß, wer sich nicht fügt, mit Erziehungshaft bedroht wird. Ein Widerspruch ist in unseren Augen auch ein sozialtherapeutisches Jugendzentrum, denn Sozialtherapie ist in einer geschlossenen Anstalt nicht möglich.

Achim: Und das mit dem sozialtherapeutischen Zentrum finde ich das beste Beispiel, was da drin ist. Das sind irgendwie nur bessere Namen, ja, ich meine sozialtherapeutisches Jugendzentrum hört sich natürlich besser an als Jugendgefängnis, ja. Das ist in meinen Augen keine Reform, wenn man Jugendgefängnis in sozialtherapeutisches Jugendzentrum umbenennt.

Unter den neuen Formen der Jugendhilfe verstehen wir auch selbstorganisierte Wohngemeinschaften ohne Kontrolle und Eingriffe des Jugendamtes. Deshalb lehnen wir es ab, daß nach dem Diskussionsentwurf Wohngemeinschaften nur für Jugendliche eingerichtet werden sollen, die der Fürsorge unterstehen und nach Gutdünken des Jugendamtes zusammengefügt und auseinandergerissen werden. Unserer Meinung nach muß eine Mischung zwischen sogenannten normalen und gefährdeten Jugendlichen möglich sein. Nach dem Diskussionsentwurf sollen jedoch in Wohngemeinschaften offensichtlich überholte pädagogische Zwangsmaßnahmen der Heimerziehung fortgesetzt werden.

Lisa: Mir fällt hier grad der § 56 ein, bei Wohngemeinschaften, warum man da ein Arbeitsverhältnis haben muß, ich finde, das ist ein unheimlicher Zwang.

Walter (Berater): Es wäre ja denkbar, daß man innerhalb der Wohngemeinschaft jetzt neue Perspektiven entwickelt und irgend etwas Sinnvolles macht, was einem entspricht, nicht, aber das kann erst mit der Zeit kommen, das kann nicht von Anfang an gefordert werden.

Tina: Wohngemeinschaften, die auf Selbstorganisation aufbauen, können nicht funktionieren, wenn darin laut Diskussionsentwurf Erziehung durch das Jugendamt von oben aus geordnet werden soll. Doch im zuständigen Ministerium konnte man unser Mißtrauen nicht verstehen.

Frau Focke: Diese Wohngemeinschaften sollen ja auch den Zweck haben, Probleme zu lösen, die die jungen Leute gehabt haben und es ist auch ratsam, Anleitung, Erziehung zu bieten, und dazu gehört einfach auch die qualifizierte Fachkraft, und es ist nicht damit getan, daß da ein paar Leute zusammen ziehen.

Tina: Nein, ich habe eben aus eigener Erfahrung gemerkt, daß mir das Zusammenleben mit anderen Jugendlichen weitaus mehr geholfen hat als die Hilfe vom Jugendamt, an die ich mich einfach von meinem eigenen Vertrauen aus her nicht wenden konnte, weil ich von da praktisch immer nur getreten worden bin, ins Heim gekommen bin, bestraft worden bin. Es ist die Vertrauensbasis nicht da (sie wird unterbrochen vom Jugendminister).

Frau Focke: Ich weiß jetzt nicht im einzelnen über Ihr Schicksal Bescheid und ich müßte das mal versuchen zu ergründen. Ich glaube, Sie gehen mit einem sehr großen Mißtrauen an das heran, was wir auch mit der neuen Jugendhilfe schaffen wollen oder (sehr zögernd) haben auch Erfahrungen, die das Mißtrauen begründen – zugleich wollen Sie aber erhebliche Hilfe des Staates.

Tina: Ja, ich spreche nicht nur für mich, ich spreche für die Jugendlichen, die jetzt nicht anwesend sein können (wird wieder unterbrochen).

Frau Focke: Ja ich weiß nicht, ob das in einem Fall, ob wir das verallgemeinern dürfen auf die Situation aller Jugendlichen, ich glaube, das ist sehr differenziert zu sehen.

Tina: Nein, nicht auf alle Jugendlichen.

Focke: Und auch alle Behörden sind nicht ein und dasselbe.

Walter (Berater): Ist es denn nach dem neuen Entwurf möglich, daß ein Jugendlicher aufs Jugendamt geht, um irgendwelche Hilfen für sich zu finden?

Focke: Ja, ja. Von einem gewissen Alter an, ich glaub, so 14 Jahre, hat er einen Anspruch, von sich aus anzuregen, welche Form der Erziehungshilfe er für richtig hält, und er kann sich selber an das Jugendamt wenden, er ist nicht darauf angewiesen, daß jemand anderes das für ihn tut.

Tina: Ohne daß der Sozialarbeiter also, daß für ihn die Meldepflicht besteht, ja das in einer Akte anzulegen, also z. B. an eine anonyme Beratungsstelle, wo Jugendliche sich wirklich beraten lassen können?

Focke: Das kommt ganz darauf an, was! Sehen Sie, Beratung kann ich mir bis zu einem gewissen Grad – also offene, ambulante Beratung, die man ein paar Stunden irgendwann bekommt – anonym vorstellen, äch.

Walter: Ist z. B. nicht die Schweigepflicht verankert für die Sozialarbeiter? Das wäre hier möglich?

Focke: Nein, das kann in diesem Gesetz nicht gemacht werden, ich sag es Ihnen, das Problem ist gesehen und es wird auch gelöst, aber nicht in diesem Gesetz, sondern in einem ganz anderen.

Walter: Ich kann aber darauf hinweisen, daß z. B. die Beistandspflicht des Jugendamtes gegenüber anderen Behörden verankert ist, das würde bedeuten, daß z. B. das Jugendamt Auskunft über einen Jugendlichen geben muß, wenn die Polizei oder Staatsanwaltschaft entsprechende Informationen haben will; oder stimmt das nicht?

Focke: Sicher, da gibt es eine Zusammenarbeit, und ich weiß nicht, aber das Zeugnisverweigerungsrecht kann auch sicher nicht dazu führen, daß jede Information – über das, was immer ein Jugendlicher gemacht hat – die uns zur Kenntnis kommt, in Zukunft verweigert werden wird.

Sozialarbeiterin: Diese Pflicht zum Anzeigen, zum Weitergeben von Tatsachen, die eigentlich nach dem Gesetz mit Strafe bedroht sind, verhindert ein Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen. Zum anderen sieht das neue Gesetz vor eine Verpflichtung der Sozialarbeiter auf die anerkannten Methoden der Sozialarbeit, das bedeutet, daß neue Experimente nicht gemacht werden können, daß wir eben verpflichtet sind auf die mehr oder weniger althergebrachte Methode der Einzelfallhilfe, Gruppentherapie, und daß es uns nicht möglich ist, neue Ansätze zu entwickeln, in denen wir ein solidarisches Hilfsangebot mit den Jugendlichen erarbeiten.

Achim: Ein solches Angebot könnte auch im Rahmen eines Jugendzentrums verwirklicht werden. Aber für die meisten von uns gibt es als Treffpunkt nur die Diskothek. Hier werden wir aber von unseren Problemen eher abgelenkt, deswegen müssen von uns selbst verwaltete Jugendzentren, wo wir über das Programm bestimmen können, besonders gefördert werden. Aber gerade hier, wo es um die allgemeinen Förderungsangebote geht, haben wir überhaupt keine gesicherten Rechte.

Tina: Ja, vor allen Dingen, um das zu konkretisieren, man bräuchte wirklich was, wo sich die Jugendlichen zusammensetzen können, z. B. ein Jugendzentrum, das wird auch in diesem Gesetz angesprochen, aber die Jugendlichen haben kein Recht darauf, ja. Die können nicht drauf pochen, so ein Jugendzentrum zu haben, während alles andere kann der Jugendliche fordern, Erziehung in Heimen ja, die er vielleicht gar nicht will ja, aber das, was wir wirklich fordern, das ist für uns gar nicht rechtlich vertretbar, das wird zwar angeboten, aber jede Regierung kann hinterher sagen, da haben wir nicht genug Geld für, und wir können das jetzt nicht machen, das andere ist notwendiger, das steht im Gesetz und da habt ihr ein Recht drauf, aber das andere, da haben wir kein Recht drauf, das wird uns zwar angeboten, aber es wird sehr vage gehalten.

Peter: Ja, es scheint so, als wären da Rechtsverordnungen festgelegt worden, die reine Vorsichtsmaßnahmen gegen Initiativgruppen sind, die nach den 68er/70er Jahren mal anfingen, sich selbst zu organisieren, und evtl. auch politisch aktiv zu werden in dieser Richtung."

kleinanzeigen

Jugendzentrum Neuhausen in München sucht einen **Sozialarbeiter** mit praktischer Erfahrung. Schreibt oder telefoniert an JZ Neuhausen, 8 München 2, Lothstr. 54, Telefon 089/183212. Für möglichst bald!

Das unabhängige Jugendzentrum Kornstraße in Hannover sucht ab sofort eine pädagogisch ausgebildete Fachkraft als **Kollektivberater** für ein **Arbeiterjugend-Wohnkollektiv.** Kontaktadresse: Verein für angewandte Sozialarbeit, 3000 Hannover, Kornstr. 28–30, Telefon 0511/715033.

Heimbewohnerselbstverwaltung:
Wer hat oder weiß Literatur, die sich mit Versuchen beschäftigt, die denen Bernfelds im Kinderheim Baumgarten (Schulgemeinde, Kindergericht) ähneln? Wer kennt Einrichtungen oder weiß Adressen, wo solche Versuche in letzter Zeit gemacht werden oder wurden? Bitte schreibt an: Horst Patzer, 45 Osnabrück, Tannenburgstr. 75.

Projektgruppe der FHS-Sozialarbeit Esslingen sucht Material zum Thema **Beziehung Sozialarbeiter/Klientel** im Gesamtzusammenhang der Funktion der Sozialarbeit. Unterlagen bitte senden an: Susanne Götz, 7257 Ditzingen 4, Roseggerweg 3.
Wer hat Interesse an der Gründung eines autonomen Diskussions- und Informationszentrums in **Bremen** für Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter? Kontaktadresse: Horst-Dieter Stöhr, 28 Bremen-Walle, Dithmarscher Freiheit 21.

„Fragezeichen?" ist eine **unabhängige Jugendzeitschrift,** die im Bereich der Jugendarbeit gesellschaftliche Hintergründe verdeutlichen will und für die Emanzipation der arbeitenden und lernenden Jugend eintritt. Die Ausgabe 1-2/74 ist soeben erschienen und beschäftigt sich u. a. mit den Schwierigkeiten fortschrittlicher Jugendarbeit in einem bürgerlichen Freizeitverband. Anfragen an: Schriftenversand Peter Moch, 3 Hannover-Bothfeld, Kurze Kampstraße 12c.

Erklärung der Sozialistischen Aktion zur Absage des 5. DJHT

Der seit 2 Jahren mit erheblichen Steuermitteln von der AGJ (Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (Deutscher Jugendhilfetag) vorbereitete 5. DJHT wurde kurzfristig unter fadenscheinigen Begründungen im Hinblick auf die Sozialistische Aktion abgesagt. Die in der Sozialistischen Aktion zusammenarbeitenden Sozialarbeiter/Sozialpädagogen verurteilen diese Absage.

Die Sozialistische Aktion hat sich im Januar 1974 in Bielefeld konstituiert und arbeitet seither in regionalen Vorbereitungsgruppen und auf überregionalen Koordinationstreffen. In einem Aufruf und einem „Offenen Brief an die AGJ" hat die Sozialistische Aktion ihre Zielvorstellungen und Forderungen in Bezug auf diesen Jugendhilfetag formuliert; die Streichung der Teilnehmergebühren sollte einer großen Anzahl von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen aus der Praxis die Teilnahme am 5. DJHT ermöglichen und zum anderen die Struktur des Jugendhilfetags so beeinflußt werden, daß mit dem verbalen Anspruch der AGJ „ein offenes Forum für die Diskussion der Jugendhilfepraxis" ernst gemacht wird und politisch brisante Themen nicht ausgeblendet bleiben. Die Sozialistische Aktion geht davon aus, daß geplante Veränderungen im Bereich des Jugendrechts nur sinnvoll diskutiert werden können, wenn von der Analyse der derzeitigen Jugendhilfepraxis mit all ihren Problemen, Behinderungen und Disziplinierungen, sowie der allgemeinen Situation der Arbeiterjugendlichen und ihrer Familien, Fragen des Berufsverbots, der politischen Justiz etc. ausgegangen wird.

Der Durchsetzung dieser Forderungen haben sich Hunderte von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen aus der gesamten BRD und Westberlin angeschlossen. Selbst aus den Reihen der AGJ-Mitgliedsverbände massierten sich die Forderungen, den Jugendhilfetag offen zu gestalten und eine breite Meinungs- und Willensbildung der erwarteten 3000 Teilnehmer zu ermöglichen. Diesen Forderungen ist der AGJ-Vorstand durch die Absage des Jugendhilfetages bewußt ausgewichen. Daß dabei mehr als 53 000 DM Steuermittel in der Vorbereitungsarbeit verschleudert wurden, bereitet dem AGJ-Vorstand offensichtlich kein Kopfzerbrechen.

Mit der Absage des 5. DJHT hat die AGJ nicht nur vor der zu erwartenden Kritik der Praktiker kapituliert, sondern auch deutlich gemacht, daß es ihr mit dem Jugendhilfetag lediglich um eine scheindemokratische Legitimation staatlicher Jugendpolitik und um die Sicherung der Loyalität der „Fachbasis" gegenüber dem bürgerlichen Staat ging.

Nicht die „Gefahr einer Sprengung des 5. DJHT" wäre für die AGJ und die Spitzen der Bürokratie zu befürchten gewesen – denn durch eine Sprengung hätte sich die Sozialistische Aktion nur von der Masse der Kollegen isoliert –, sondern die anstehende politische Auseinandersetzung über die Jugendhilfepraxis in Verbindung mit einer harten Kritik am geplanten Jugendhilferecht, das kaum dazu beitragen wird, die Situation der von Jugendhilfe Betroffenen zu verbessern.

Deutlich wird dies durch die Selektion der Teilnehmer (hohe finanzielle Eigenleistung und Abhängigkeit von Dienstbefreiungen sollten ein „Expertengetto" schaffen) und die Auswahl der Redner; nur die sollten zum Wort kommen, die der AGJ politisch genehm sind und die verschleiern helfen, daß Jugendhilfe zukünftig mehr noch als bisher als ein Instrument des Staates zur politischen Kontrolle sozialer Konflikte eingesetzt werden kann. Als eine von der Bundesregierung abhängige Institution wendet die AGJ mit der Absage die ihr zur Verfügung stehenden Mittel institutioneller Gewalt an, um die „Fachbasis" mundtot zu machen.

Die AGJ benutzt ferner die Absage, um kritische Sozialarbeiter zu disziplinieren und zu diffamieren, indem sie behauptet, die in der Sozialistischen Aktion repräsentierten Sozialarbeitergruppen wollten „die freiheitlich demokratische Ordnung unseres Staates" und die betreuten Kinder und Jugendliche „in Wahrheit doch nur für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele mißbrauchen". Mit dieser Erklärung hat sich der AGJ-Vorstand zum Vorreiter der Kräfte gemacht, die seit dem Hamburger Radikalenerlaß fortschrittliche Pädagogen mit juristischen und polizeilichen Mitteln und Berufsverboten bedrohen. Damit hat auch der AGJ-Vorstand seine im „Offenen Brief an die Sozialistische Aktion" angekündigte Stellungnahme zum Thema „Berufsverbote, politische Disziplinierungen" abgegeben.

Die Verfolgung von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen, die gemeinsam mit den von ihnen „betreuten" Arbeiterjugendlichen und -familien kollektive Arbeitsansätze gegen den politischen und administrativen Widerstand der Sozialbürokratien durchzusetzen versuchen, ist letztlich gegen das „Klientel" selbst gerichtet und ein Moment in der Unterdrückung der Arbeiterklasse durch den bürgerlichen Staat.

Das gesamte Täuschungsmanöver der AGJ wird allerdings von den Kolleginnen und Kollegen durchschaut werden, die Diffamierung der in der Sozialistischen Aktion zusammenarbeitenden Sozialarbeiter/Sozialpädagogen werden nicht verfangen. Wenn auch mit der Absage des 5. DJHT den Praktikern eine Möglichkeit vorenthalten wurde, ihre gemeinsamen Interessen und Forderungen zu artikulieren, so werden sie sich andere Artikulationsmöglichkeiten schaffen, um auf die Situation der Jugendhilfe, die miserablen Arbeitsbedingungen, und die verschärfte Reglementierung durch Disziplinierungen und Berufverbote aufmerksam zu machen und über die kontrollierende und disziplinierende Funktion der Jugendhilfe aufklären.

Die in der Sozialistischen Aktion zusammenarbeitenden Sozialarbeiter/Sozialpädagogen werden zum einen die regionale Arbeit verstärken und zum anderen alle Bestrebungen unterstützen ein breites Diskussionsforum herzustellen. Die Sozialistische Aktion fordert deshalb alle fortschrittlichen Jugend- und Elterngruppen, Jugendverbände und Sozialarbeitergruppen etc. auf, in entsprechenden Iniativen mitzuarbeiten. Kämpfen wir zusammen für eine jugendpolitische Praxis, die den Interessen der Unterprivilegierten Kinder und Jugendlichen wirklich nützt!

Kontaktadresse: INFO SOZIALARBEIT im Sozialistischen Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Telefon 0611-285281.

REIHE

Produktion & Qualifikation

Neuerscheinung

Dieter Otten: *Kapitalentwicklung und Qualifikationsentwicklung*

Zum logischen und historischen Verhältnis von wirtschaftlich-technischer Entwicklung und Ausbildung des Arbeitsvermögens

Die vorliegende Untersuchung behandelt die Gesetzmäßigkeit gesellschaftlicher Erziehungsprozesse im Verhältnis von ökonomischer Entwicklung des Kapitals im allgemeinen, dinglicher Struktur des Kapitals und daraus entspringender Qualifikationsstruktur.

Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, das historische Qualifikationsproblem zunächst logisch, also im Sinne des Wesensgesetzes zu behandeln; dem dienen die analytischen Kapitel über die Rolle der Qualifikation im Reproduktionsprozeß des Kapitals.

Diese Analyse zielt jedoch auf die Beantwortung der Frage, welche Rolle die Entwicklung der Qualifikationen des Arbeitsvermögens im Fortgang der kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte einnimmt und welche Rückschlüsse von daher für die schulische Qualifikation des Arbeitsvermögens zulässig sind. Dahinter steht die allgemeinere Frage nach der Rolle der wirtschaftlich-technischen Entwicklung des Kapitalismus und deren Rückwirkung auf die Entfaltung der menschlichen Gattungskräfte und danach, ob es so etwas wie eine eigene progressive Dynamik der Produktivkraftentwicklung im Sinne einer wissenschaftlich-technischen Revolution gibt oder ob dieser technische Fortschritt auch in seiner materiellen Struktur noch formbestimmt ist vom Gesetz der Kapitalverwertung, und letztlich die Frage, ob eine allgemeine Entfaltung der Produktivkräfte des Kapitals zur Anhebung der gesellschaftlichen und individuellen Qualifikationen des Arbeitsvermögens führt.

Die Antwort auf diese Fragen soll die Analyse der historischen Entwicklung des Qualifikationsproblems, abgebildet auf die Entwicklung der schulischen Qualifikation des Arbeitsvermögens, geben.

160 Seiten, 8,– DM

REIHE

Schule

Neuerscheinung

Sozioökonomische Analyse des allgemeinbildenden Schulwesens in der BRD

Stefanie Endlich, Ulrike Fischer, Sibylle Volkholz

Der Grundgedanke der vorliegenden Arbeit ist, aufzuzeigen, welche Faktoren zu dem Mitte der 60er Jahre sich verstärkt entfaltenden bildungspolitischen Problembewußtsein geführt haben.

Die sich zunächst auf der politischen Ebene entwickelnde Diskussion und die dabei artikulierten Problemstellungen wurden von verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen (vor allem Ökonomie und Soziologie) aufgegriffen. Um diese Faktoren benennen zu können, erschien es uns notwendig, die Diskussion in ihrer ganzen Breite auf dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg zu verfolgen. Dies ist erforderlich, da die Veränderungen der Strukturen des Bildungswesens nicht ohne eine Analyse der ökonomischen Entwicklung erfaßt werden können; sein wesentlicher und allgemeinster Aufgabenbestandteil ist die Qualifikation der zukünftigen Arbeitskräfte.

Aus unserer Untersuchung wird deutlich, daß vor allem diese Funktion seit Beginn der 60er Jahre vom Bildungswesen nur noch unzureichend erfüllt wird. Die daraufhin einsetzenden Bemühungen, seine Funktionsfähigkeit wiederherzustellen, verdeutlichen die Interdependenz von Ökonomie und Bildungswesen. Die Krise selbst zeigt, daß das Bildungswesen sich nicht reibungslos den ökonomischen Anforderungen anpaßt. Dieses Auseinanderklaffen ist darauf zurückzuführen, daß die Form des Bildungswesens eben wesentlich von den historisch ökonomischen Besonderheiten bestimmt wird. Historische Relikte haben sich gerade im Bereich des Bildungswesens gehalten, obwohl die Entwicklung der Produktivkräfte weiter fortgeschritten ist. Erst als sie in materiellen Widerspruch zu den ökonomischen Anforderungen gerieten, wurden Versuche unternommen, diese Widersprüche abzubauen.

Diesen Prozeß werden wir am Beispiel der BRD verdeutlichen. Dazu werden wir die Entwicklung des allgemeinbildenden Schulwesens auf dem Hintergrund der ökonomischen und politischen Entwicklung analysieren; ebenso die ersten Ansätze staatlicher Globalsteuerung im Bildungssektor, die Versuche vor allem der Bildungsökonomie, hierfür ein Planungsinstrumentarium bereitzustellen, sowie die ersten Ergebnisse staatlicher Bemühungen, durch Bildungsreformen die Funktionsfähigkeit wiederherzustellen.

144 Seiten, 7,– DM

ROSSA

KKS Bielefeld Politische Prozesse gegen das Arbeiterjugendzentrum Bielefeld

Ostern 1973 war das städtische Haus der Offenen Tür Brackwede von ca. 200–250 Jugendlichen besetzt und nach 6 Tagen von starken Polizeikräften auf Antrag des Oberstadtdirektors der Stadt Bielefeld geräumt worden. Das AJZ sollte zerschlagen werden. Allein es klappte nicht – das AJZ (in anderen Räumen) und als Bewegung gibt es bis heute.

Am 27. 5. 74 fand nun nach zweimaliger Verschiebung unter massivem Polizeieinsatz und den „üblichen" Durchsuchungen der Prozeß-Zuschauer der erste sog. „Hausbesetzerprozeß" im Bielefelder Amtsgericht statt. Angeklagt waren die ersten 9 (4 Studenten, 3 Arbeiter, 2 Sozialarbeiter) von ca. 100 wegen „versuchter Nötigung"; bei ihnen sollte die Rädelsführertheorie praktiziert werden.

In dem 14 Stunden dauernden Verfahren ging es um die Frage (und darum war die Verurteilung auch abzusehen), ob die Jugend-

kleinanzeigen

Aktuelle Broschüre **Putsch in Portugal.** Aus dem Inhalt: Wie kam es zu dem Putsch? Ablauf der Ereignisse in Portugal. Lebenslauf von Spinola. Konsequenzen für Portugal. Auswirkungen auf Angola, Guinea-Bissao und Mozambique. Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen. Bezug gegen DM 1,50 in Briefmarken (ab 10 Exemplaren Stückpreis DM 0,50 und Portokosten) über Aktionskomitee Afrika, 48 Bielefeld, August-Bebel-Str. 62.

Suche systematische, theoretische und empirische Neuveröffentlichungen zum Bereich **„Humanisierung bzw. Demokratisierung der Arbeitsbedingungen"** zur Auswertung für eine sozio-politische Examensarbeit: Walter Sandritter, 68 Mannheim 25, Ludwig-Richter-Str. 7.

Ich bin bis 6. 8. 1975 in **Haft.** Bereits seit 14 Monaten habe ich keinen Kontakt zur Außenwelt. Wer ist bereit, mit mir zu korrespondieren (möglichst Umkreise Bremen und Bremerhaven). Gerd Bünting, 285 Bremerhaven, Nordstraße 12/JVA.

Eine **Tonkassette für türkische Arbeiter** hat das Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer gemeinsam mit dem türkischen Volkssänger Sefile herausgebracht. Zur Kassette gehört auch eine Broschüre mit den Texten. Die Lieder befassen sich mit der Situation der türkischen Arbeiter und Bauern. Kassette und Band (72 Seiten) kosten einschließlich Porto und Versand DM 13,—. Bestellungen an Kulturkomitee für ausländische Arbeitnehmer, 7000 Stuttgart 1, Schlosserstr. 36.

„Wo das Kapital lebt, kann der Frieden nicht leben" — 14 knappe Artikel sollen in die Problematik der Friedensforschung, europäischen Rüstungskooperation, innere Aufrüstung, soziale Verteidigung usw. einführen. Damit wird ein kurzer, allgemein verständlicher Überblick über die Bereiche **antimilitaristischer Arbeit** gegeben. Bezug der Broschüre: Antimilitaristischer Buchversand, 6 Frankfurt 9, Sophienstr. 101 (56 Seiten, DM 2,— + Porto, ab 10 Exemplare je DM 1,40 + Porto).

Auf dem Emanzipations-Seminar in Frankfurt wurde uns in der **Arbeitsgruppe „Kinder"** klar, daß es nötig wäre, einmal alle praktischen Erfahrungen und Theorieansätze zusammenzutragen und auszutauschen. Wir wollen also eine Tagung vorbereiten, die vielleicht im Herbst an der Uni Hannover stattfindet. Weitläufiges Ziel der Tagung: Beitrag zu einer **sozialistischen Pädagogik.** Wir sind dabei auf eure Unterstützung angewiesen. Bitte gebt uns Tips, Adressen, Themenvorschläge, Beiträge usw. Wir suchen noch Leute, die helfen, die Tagung inhaltlich vorzubereiten. Der Erfolg dieser Sache hängt von eurem Echo ab! Kontaktadressen: Ilse Krüger, 1 Berlin 61, Tempelherrenstr. 3 oder Wolfgang Hermes, 1 Berlin 36, Forsterstr. 3, Telefon 030/6124252.

Folk-Magazin — Zeitschrift für Kabarett, Song, Chanson, Folklore, politisches Lied, Kinderlied, Randgebiete. Probeheft gegen Vorauszahlung von DM 1,—: Edition Venceremos, 609 Rüsselsheim, Bodenheimerstr. 2.

Suche für eine Untersuchung Materialien (Streikberichte, Erfahrungsberichte, Dokumente, Resolutionen usw.) zum Thema „Politisches und gewerkschaftliches Verhalten der **ausländischen Arbeiter** und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften in Europa". Martin Frey, 507 Berg. Gladbach, Haus Lerbach.

Eine neue Auflage der Broschüre **„Kriegsdienstverweigerung — ein Grundrecht"** der AGG (Arbeitsgemeinschaft der katholischen Hochschulgruppen und Studentengemeinden) ist erschienen. Bei dieser neuen Auflage wurden die Aufmachung verbessert und Fehler berichtigt. Die Broschüre enthält: Entwicklung des Rechts auf KdV; Der formale Weg zur Anerkennung. Der Ersatzdienst; Anschriften. Die Broschüre kostet DM 2,— (in Briefmarken beilegen) und kann bezogen werden über Arbeitskreis Bundeswehr und KdV, 54 Koblenz, Schützenstr. 40.

Die neue Ausgabe der Zeitschrift „Erziehung und Klassenkampf" (Nr. 14) befaßt sich ausschließlich mit **Hochschulproblemen** und vor allem Studentenorganisationen und studentischer Politik. Erhältlich im linken Buchhandel bzw. über Verlag Roter Stern, 6 Frankfurt, Postfach 800147.

Linker Buchladen sucht zum 1. 9. 1974 **Buchhändler(in).** Evtl. auch nur für 6 Monate. Zuschriften an: Probuch GmbH, 89 Augsburg, Gögginger Str. 34.

Suche dringend Material und Projektberichte für Diplomarbeit über pädagogische Handlungsstrategien mit Betroffenen (besonders Kinder, Alte, Ausländer) bei **städtebaulichen Problemen** (u. a. Sanierung). Dorothee Prause, 74 Tübingen, Zwehrenbühlstraße 43, Telefon 07122/5778.

Um den Aufbau eines Westberliner **Griechenland-Solidaritätskomitees** zu beschleunigen, suchen wir dringend Kontakte zu ähnlichen Gruppen und interessierten Einzelnen in der BRD zwecks Erfahrungsaustausch und Koordination. Zuschriften bitte an Paul Nellen, 1 Berlin 12, Weimarer Straße 36, c/o Kressin, Tel. 030/3138306.

lichen in den städtischen „Häuser der Jugend" selbst bestimmen können, was sie machen wollen oder ob städtische Angestellte bestimmen können, was Jugendliche machen sollen. Es ging um die Frage, ob „Selbstorganisation" rechtens und vereinbar ist mit diesem Staat.
Die Genossen, die auf der Anklagebank saßen, schilderten die Lage der Arbeiterjugendlichen und die Situation der Jugendarbeit in Bielefeld. Sie begründeten die Notwendigkeit eines Arbeiterjugendzentrums und die Notwendigkeit der Hausbesetzung aufgrund der sich hinziehenden Verhandlungen mit den städtischen Gremien und nachdem die Verwaltung keine Bereitschaft zeigte, den berechtigten Forderungen der Jugendlichen nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum nachzukommen. Sie griffen Stadtverwaltung, Polizei und Justiz als „wahre Hausfriedensbrecher" an, da „sie uns aus unserem Haus getrieben haben".
Der Darstellung der Genossen hatten Anklagebehörde und Stadt nichts entgegenzusetzen: die Zeugen der Anklage konnten ihre Darstellung nicht widerlegen, die Vertreter der Stadtverwaltung (des Rates und des Jugendamts) mußten eingestehen, daß sie überhaupt keine Vorstellungen hatten, wie Jugendarbeit aussehen sollte. Konkret bewiesen wurde — was alle wußten und niemand bestreitet —, daß es im städtischen Haus der Offenen Tür Brackwede 5 Tage lang ein selbstverwaltetes AJZ gegeben hatte, daß Jugendliche in einem städtischen Haus, das sie geöffnet hatten, solange Selbstverwaltung praktizierten, bis sie unter brutalem Polizeieinsatz rausgeschmissen wurden. Daß die Jugendlichen mit Unterstützung u. a. von fortschrittlichen Sozialarbeitern während der Besetzung noch mit der Stadt verhandelten, bezeichneten Staatsanwaltschaft und Richter als Nötigung!
Wie zu erwarten — Prozeßergebnis: Verurteilung aller Angeklagten zu DM 2700 Geldstrafe (4 x 500, 2 x 200, 3 x 100 DM) plus Gerichtskosten.
Wenn auch die Polizei, die dem Prozeß nachfolgende spontane Demonstration zum Anlaß nahm, eine Auseinandersetzung zu provozieren (ein Demonstrant wurde von einem Polizeimotorrad angefahren) und ihre Stärke vor dem neuen AJZ demonstrierte und versuchte die Bevölkerung einzuschüchtern und gegen das AJZ einzunehmen, so wird es für die Stadt, Polizei und Justiz immer schwieriger, ihre Position gegenüber dem Recht der Jugendlichen auf selbstverwaltete Jugendzentren zu behaupten. Neben Nachbarn des AJZ haben nun als erste 60 Wissenschaftler der Hochschulen öffentlich gegen die Urteile protestiert und die volle Unterstützung des AJZ durch die Stadt gefordert; ein bekannter Jurist hat öffentlich Zweifel über die Praxis des Urteilsspruchs und der Kriminalisierung geäußert.
Genossinnen und Genossen, Kollegen: die Prozesse werden teuer, wenn alle 90 weitere Prozesse so durchgeführt werden, ist einschließlich Gerichts- und Anwaltskosten mit einer Summe von über 20 000 DM zu rechnen. Da wir auch das AJZ bisher allein finanzieren müssen, sind wir auf Eure Unterstützung angewiesen.
An den Strafen zeigt sich, was das Ziel der Prozesse ist: Die Zerschlagung des AJZ. Wir wehren uns dagegen. Spendet auf das Konto des AJZ-Vereins Kto. Nr. 80 812 Sparkasse Bielefeld Stichwort: Prozeßhilfe — Solidarität ist eine Waffe —

(Vgl. hierzu Info Sozialarbeit 3/4 „Das Lehrstück Brackwede" — Ziele und Entwicklung des AJZ —)

Arbeitsfeld Gesundheitswesen

Am 22./23. Juni 1974 fand in Marburg das zweite Treffen des Arbeitsfeldes Gesundheitswesen im Sozialistischen Büro statt. Es beteiligten sich etwa 80 Genossinnen und Genossen, die im Gesundheitswesen tätig sind bzw. studieren. Thema der Tagung war die Frage nach Ansätzen politischer Praxis in der stationären Versorgung. Außerdem sollte die weitere Organisierung des Arbeitsfeldes diskutiert werden.
In einer Arbeitsgruppe wurden Probleme am Arbeitsplatz Krankenhaus (u. a. Personalstruktur, Rationalisierungsmaßnahmen, betriebsbezogene Gewerkschaftsarbeit, Konkretisierung einer sozialistischen Politik) diskutiert. Die Diskussion konzentrierte sich anfangs auf die Schwierigkeiten, das Personal über seine unmittelbaren Interessen zu organisieren (idealistischer Überbau, mangelnde gewerkschaftliche Organisierung, Identifikation der Krankenschwester mit dem Arzt). Weiter ging es um die Frage, inwieweit die Interessen des Pflegepersonals nach besseren Arbeitsbedingungen, kürzerer Arbeitszeit usw. den Interessen der Patienten an einer besseren medizinischen Versorgung widersprechen. Meinungsverschiedenheiten in der theoretischen Auseinandersetzung konnten zum Teil gelöst werden als einige Genossen von ihren praktischen Erfahrungen berichteten und sich herausstellte, daß einige der Widersprüche durch die verschiedenen praktischen Erfahrungen bestimmt waren. Eine Politisierung der Patienten im Krankenhaus erscheint unter den gegebenen Bedingungen wegen der kurzen Verweildauer und der extremen Abhängigkeit als sehr be-

grenzt, wenn nicht unmöglich. Durch die Erfahrungsberichte rückten immer mehr die Probleme der Schwestern ins Zentrum der Diskussion, die zum größten Teil nicht ins Bewußtsein gehoben werden können, wenn nicht auf dem Boden von Betriebsgruppen die alltäglichen Probleme, wie Wohnsituation, Mieterhöhungen, zunehmende Personaleinsparung und damit vermehrte Arbeitsbelastung artikuliert und angegangen werden können. Ähnliches gilt für das technische Personal, das nicht zuletzt aufgrund der Rationalisierungsmaßnahmen und der Zusammenlegung zu größeren Betriebseinheiten zunehmend in die Position von Lohnabhängigen in einem Großbetrieb gerät.

In einer zweiten Arbeitsgruppe über Tendenzen und Alternativen der stationären Versorgung (u. a. Reformvorstellungen der Standesgruppen, des DGB, von Bund und Ländern, Krankenhausfinanzierungsgesetz, Krankenhausreformgesetze) wurden vor allem die Entstehungsgründe des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (finanzielle Einsparungen und zentrale Steuerung des Krankenhauses durch den Staat anstatt des bisherigen „freien Spiels der Kräfte"), seine Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhäusern und die Konsequenzen für die Stationsarbeit selber diskutiert. Dabei ergab sich, daß die Effizienz des Krankenhausfinanzierungsgesetzes sich nur in Bezug auf die aktuelle Krankheitshäufigkeit und das sich verändernde Krankheitsspektrum einschätzen läßt. Über die Frage, ob die auch von den Gewerkschaften unterstützte Rationalisierung im rein betriebswirtschaftlichen Sinn, die das Krankenhausfinanzierungsgesetz beabsichtigt, angesichts der gegenwärtigen Verschwendung von Mitteln auf dem Gesundheitssektor zu unterstützen ist, kam die Arbeitsgruppe zu keiner einheitlichen Meinung.

Eine wesentliche Schwierigkeit, sowohl in den Arbeitsgruppen als auch im Plenum bestand darin, daß dies erst das zweite Treffen war, so daß die Arbeit im Arbeitsfeld noch nicht strukturiert ist, daß die unterschiedlichen Bedingungen und Erfahrungen der Genossen erst in einem längeren Diskussions- und Arbeitsprozeß vermittelt werden können und daß die Vorbereitung solcher Arbeitsfeld-Treffen am Anfang zwangsläufig noch unzureichend war. So wurden gegen Ende des Treffens nach einer kritischen Reflexion erste organisatorische Konsequenzen gezogen und ein Arbeitsausschuß für das Arbeitsfeld bestimmt, der insbesondere eine bessere Vorbereitung eines nächsten Treffens garantieren soll und der außerdem für die Herausgabe weiterer Infos verantwortlich ist. Das nächste Info Gesundheitswesen soll im Oktober erscheinen (Redaktionsschluß 20. September) und der Aufarbeitung des Themas stationäre Versorgung dienen. Außerdem sind Arbeitsberichte verschiedener Gruppen, speziell aus der Stadtteilarbeit, vorgesehen.

Da das Interesse von Gruppen und vieler einzelner Genossinnen und Genossen an einem Arbeitsfeld Gesundheitswesen sehr groß ist und für eine nächste zentrale Arbeitstagung ein noch größerer Teilnehmerkreis zu erwarten ist und um einerseits die Diskussion zentraler Treffen regional fortzusetzen zu können und andererseits weitere zentrale Treffen regional besser vorbereiten zu können, soll auch eine Regionalstruktur des Arbeitsfeldes entwickelt werden. Kontakt- und Koordinationsadressen für regionale Zusammenarbeit wurden vereinbart für Westberlin, Hamburg, Münster, Essen/Duisburg, Marburg, Frankfurt, Mainz, Stuttgart, Tübingen und München. Für das nächste zentrale Arbeitstreffen wurde noch kein Termin festgelegt; es wird voraussichtlich Ende dieses Jahres mit dem Thema ambulante Versorgung/Stadtteilarbeit stattfinden.

Um die Kommunikation auch zwischen den einzelnen zentralen Treffen des Arbeitsfedes aufrecht zu erhalten sollen neben dem Info Gesundheitswesen Protokolle und Informationsrundschreiben (insbesondere auch über die regionale Zusammenarbeit) erstellt und allen interessierten Genossen zur Verfügug gestellt werden. Als nächstes wird ein ausführliches Protokoll des Marburger Treffens angefertigt, das u. a. auch die regionalen Kontakt- und Koordinationsadressen enthält. Dieses Protokoll (DM 1,– in Briefmarken beifügen) sowie die erste Ausgabe des Info Gesundheitswesen (DM 3,– in Briefmarken beifügen – Erläuterungen hierzu siehe „links" Nr. 56, Seite 5) sind erhältlich über Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Bemerkungen zur neuen Funktion des SLB-Info

Der Informationsdienst des Sozialistischen Lehrerbundes erscheint mittlerweile im 6. Jahrgang, seit der Ausgabe 12 (Dezember 1972) in broschierter Form, viermal jährlich. Die generelle Funktionsbestimmung des Info, die wir in jeder Ausgabe im Impressum wiederholen, lautet: „Der Informationsdienst soll der Kommunikation unter sozialistischen Lehrern und deren Organisierung dienen." Die jeweils spezifischen Ausprägungen dieser allgemeinen Funktion müssen jedoch immer wieder neu präzisiert werden. Uns scheint, der Zeitpunkt für eine solche Neubestimmung ist gegeben, und zwar aus den folgenden Gründen:

- Die Frage nach der Form der Organisierung der sozialistischen Lehrer rückt eindeutig in den Mittelpunkt. Waren bisher vornehmlich Aufgaben im Info wahrzunehmen, die der allgemeinen Kommunikation unter den Genossen dienten, die gleichsam einen bestimmten inhaltlichen (an Schwerpunktthemen orientierten) Diskussionsrahmen kennzeichneten, so muß jetzt aufgrund der objektiven Bedürfnisse der Genossen der zweite Aspekt (Organisierung) in den Vordergrund treten. Die objektiven Bedürfnisse haben zweierlei Bestimmung: einerseits ist die Phase der tastenden, experimentierenden Arbeit zu einem gewissen Abschluß gekommen. Fehler, die wir gemacht haben – z. B. zu früh und ohne Präzisierung der Organisationsfrage im Januar 1972 abstrakt einen Aufruf zur überregionalen Organisierung im SLB zu veröffentlichen – sind in einem intensiven Diskussions- und Lernprozeß aufgearbeitet worden. Andererseits hat sich die Linke insgesamt im Prozeß der letzten sechs Jahre organisationspolitisch in vier große „Richtungen" kristallisiert: in die auf die Politik der SPD hin definierte; in die kommunistischen Organisationen (KPD, KBW); in DKP; in die Richtung, die das Sozialistische Büro mit seinen Aktivitäten und betriebs- und gewerkschafts- sowie berufsspezifischen Organisationsansätzen (wie z. B. den SLB) vertritt.
- In dem Maße, wie dieser Differenzierungsprozeß in den Organisationsformen der Linken Gestalt angenommen hat, hat auch das Sozialistische Büro mehr und mehr an Kontur und organisatorischer Stringenz gewonnen. Weil aber ein wesentliches Element gerade dieses Organisationsansatzes darin liegt, nicht von oben zu dekretieren, was richtig oder was falsch ist, muß auch damit gerechnet werden, daß diese Gruppen sich nicht so schnell und einfach – wie es andere Organisationen „fertig"bringen – unter einen einzigen Hut bringen lassen. Trotzdem können wir Fortschritte darin beobachten, daß sich immer mehr Individuen und Gruppen in Betrieben, Hochschulen, Stadtteilen, Schulen und Ämtern, in regionalen Berufsfeldern und Zusammenhängen in ihrer politischen Arbeit auf das Sozialistische Büro beziehen, dessen „Politik" als die ihrige identifizieren und in der konkreten Arbeit am sozialen Ort zu verwirklichen versuchen. Dies gilt auch für die Lehrer.
- Das SB hat entsprechend dieser Entwicklung Anfang 1974 eine Reihe von wichtigen Beschlüssen gefaßt: Auf der Arbeitsgruppensitzung vom 16./17. 2. 1974 wurde ein zentraler Arbeitsausschuß des SB

Ligue Communiste
Der Sozialismus, den wir wollen

Die LC ist organisatorisch und programmatisch das Produkt des proletarischen Generalstreiks und der studentischen Barrikaden vom Mai 68. Die Revolution als Aufstand der Arbeiter, die den staatlichen Gewaltapparat gewaltsam brechen und durch die demokratische Selbstverwaltung der Produzneten ersetzen, ist seitdem kein bärtiges Gespenst mehr, sondern eine Frage der Zeit. Um die Macht im Staat wird zwischen Prag, Paris und Santiago periodisch auf der Straße gerungen. Das Programm der Ligue formuliert diese objektive Tendenz des Klassenkampfs darum kontrovers zum Regierungsprogramm der KPF und PS. Die listige Systemüberwindung wird im Lichte der diversen Volksfronten, antifaschistischen Bündnisse und chilenischen Experimente als Utopie mit Katastrophengefahr verworfen. Weniger utopisch ist die stete Möglichkeit der bürokratischen Entartung eines revolutionären Arbeiterstaats. Mangels konkreter Alternative einer selbstätigen Herrschaft der Klasse entwickelt die Ligue die Grundlagen dafür aus der Kritik der Erfahrungen mit dem ‚realen Sozialismus'. Was die Arbeiterstaaten bisher real vom Sozialismus abhält – Verfilzung von Staat, Partei und Gewerkschaft, Verwaltung der Gesellschaft durch eine professionelle Bürokratie und politisches Monopol der Staatspartei – will die Ligue durch drei Prinzipien korrigieren :
1) Selbstorganisation der Massen in Gewerkschaften, Fabrik- und Lokalkomitees unabhängig von Partei- und Staatsapparat.
2) Zentralisierung der Arbeiterdelegierten, der Räte, zum proletarischen Staat.
3) Politische Demokratie durch einen uneingeschränkten Pluralismus sozialistischer Parteien.
Diese Strukturen sind keine alternativen Erfindungen, sondern die Entwicklung der Organisationsformen, die sich die Arbeiter zur Selbstverteidigung und zur Machtergreifung schon innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zulegen. Hier liefert uns die Ligue eine völlig andere Konzeption von revolutionärer Avantgarde, als wie sie den landläufigen Sekten im Schädel spuken. Sie fordert nämlich die Klasse auf, sich je nach Konfliktlage in Fabrik-, Stadtteil und Regionalkomitees selber zu organisieren und nicht die Führungsrolle eines hauptamtlichen Verschwörerzirkels anzuerkennen und dessen Parolen nachzubeten. Ihre eigene revolutionäre Rolle sieht die Ligue darin, das Bewußtwerden der Kampferfahrungen der Massen zu fördern, die nächsten Konsequenzen daraus zu formulieren und die Ziele zu verdeutlichen, auf die der Klassenkampf notwendig zusteuert. Die LC wurde illegalisiert, als sie der rassistischen Aufrüstung der Konterrevolution offensiv in den Weg trat. Zu einer Zeit, wo ein Mitterand auf dem Buckel der KPF und CGT den gaullistischen Präsidialbonapartismus erklimmt, ist die Ex-Ligue die einzige Organisation von Einfluß, die zum radikalen Aufbau einer Arbeitermacht von der Basis aufruft. Die Diskussion ihrer Ziele lohnt sich für alle, die von den Sekten frustriert oder jüngst von der Wahlarithmetik im Stich gelassen worden sind.
(ep 6) 192 Seiten, DM 7.–

Prinkipo

Bei Bestellungen an den Verlag plus DM 1.– Porto, bei Gruppenbestellungen ab 10 Ex. 10% Rabatt, Lieferung erst nach Eingang der entsprechenden Summe auf unserem Konto. Über weitere Titel der Reihe EDITION PRINKIPO und KRITISCHE BIBLIOTHEK DER ARBEITERBEWEGUNG, wie der Zeitschrift KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE informiert unser Prospekt, der angefordert werden kann (bitte 40 pfg. Briefmarken beilegen).
Verlag Olle & Wolter, 1 Berlin 30, Postfach 4310, Postscheckkto. BInW 47006-104, Sparkasse Berlin West, Kto.Nr. 067001142

gewählt. dem 15 Genossen angehören. Er hat die Aufgabe, die verschiedenen Aktivitäten des SB zu koordinieren und die Bildung eines Projekt- und Koordinationsausschusses auf Bundesebene vorzubereiten. Außerdem bereitet er eine Vorlage vor, die als „politische Plattform des SB" die Thesen von 1969 ablösen soll. In diesem Zusammenhang – verbunden mit einer geradezu expansiven Ausweitung der personellen und technischen Kapazitäten des Apparates des SB – muß auch im SLB eine Präzisierung der überregionalen Arbeit, des politisch-organisatorischen Inhaltes und der Form der weiteren Lehrerarbeit im SLB gefunden werden.

Auf der Info-Redaktionskonferenz vom 4./5. Mai 1974 wurde versucht, aus diesen allgemeinen Entwicklungstendenzen entsprechende Konsequenzen für die Funktionsbestimmung des Infos zu ziehen. Die Ergebnisse sehen so aus:

1. Der Info soll nicht die Funktion bekommen, eine linke pädagogische Zeitschrift zu sein (das machen links-liberale oder links-pädagogische Zeitschriften wie b:e und päd. extra professionell). Schwerpunkt beim SLB-Info soll sein: die Fragen zu untersuchen und zu präzisieren, die sich bei der politischen Organisierung der Erfahrung der arbeitenden Genossen in den Schulen und in der GEW ergeben. Ziel des Info ist, diesen Erfahrungsaustausch auf die zu entwickelnden politischen Perspektiven zu beziehen, wie sie im Rahmen der SB- und SLB-Thesen-Diskussion erarbeitet wird. Zugleich soll dabei berücksichtigt werden, wie diese organisierten Erfahrungen sich in dem Organisationsansatz im SB – d. h. auch mit den anderen Gruppen in Betrieben, Behörden, Stadtteilen, Regionen – vermitteln lassen.

2. Das heißt konkret: Protokolle, Erfahrungsberichte aus arbeitenden Gruppen, Berichte aus SLB-Seminaren, aus regionalen Seminaren, Diskussion der GEW-Strategie, Erfahrungsberichte aus Schul- und GEW-Gruppen, Arbeitspapiere, Diskussionsvorlagen, Termine, Hinweise, Tips sollten künftig im Mittelpunkt des Infos stehen.

3. Dadurch, so hoffen wir, wird auch den Genossen Mut gemacht, ihre Erfahrungen aufzuschreiben, die bislang den Eindruck gewinnen konnten, im Info kämen nur „Sachen" in den Druck, die jeweils von irgendwelchen „Obergenossen" produziert werden.

4. Der Info wird dadurch gleichzeitig umfangmäßig „dünner", soll aber dafür nicht mehr nur viermal, sondern sechsmal pro Jahr erscheinen (Umfang 40–50 Seiten).

5. Die Reihe Roter Pauker – Unterrichtsmaterialien, allgemeine Materialien und Analysen zum Lehrerberuf etc. – soll ausgebaut und um Themen, die bisher im Info behandelt wurden – Schwerpunktthemen – erweitert werden.

6. Außerdem wird durch das neu eingerichtete Kontaktbüro für die überregionale SLB-Arbeit (SLB-Büro im Sozialistischen Regionalbüro Hessen, 6 Frankfurt, Kleine Hochstr. 5, 2. Stock) und mit einem zusätzlich erscheinenden Mitglieder-Rundbrief der Informationsfluß zwischen den SLB-Genossen systematisch verstärkt.

7. Das alles heißt, negativ gewendet: der SLB – als zentrale Organisation – verweigert sich konsequent, den autoritären Erwartungen, die darauf hinauslaufen, daß „die Genossen in Frankfurt" schon irgendwas vernünftiges vorschlagen und im Info publizieren werden, zu dem man sich dann verhalten kann wie zu einem Angebot im „linken" Supermarkt: mit dem Einkaufskorb als Lesetasche vorbeifahren, greift man sich dies oder jenes aus dem Regal. Das war sicher in einer bestimmten Epoche der „Neuen Linken" wichtig, organisationsstiftend, anregend, – jetzt kommt es aber darauf an, sich selbst verbindlich und kontinuierlich zu entscheiden, wo und wie man mittun will bei der Organisierung des sozialistischen Widerstands im kapitalistischen Schul- und Gesellschaftssystem. Der Info soll also:

– Die Diskussion um die inhaltliche Bestimmung der SLB-Arbeit vorantreiben;
– als politische Plattform den Organisierungsprozeß des SLB fördern;
– Handlungsperspektiven für Schule und GEW-Arbeit entwickeln helfen.

Der neue SLB-Info (Heft 18, Preis DM 3,–, Bezug über Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591) versucht einen ersten Schritt in diese Richtung. Er bringt u. a.: Protokoll des SLB-Seminars zur GEW; eine Einschätzung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW; einen Bericht über die GEW-Vertreterversammlung in Mainz; das GEW-Aktionsprogramm im Bezirksverband Frankfurt; einen Beitrag zur politisch-historischen Entwicklung in der GEW; einen Bericht über die Initiative der Projektgruppe Berufspraxis des Lehrers für ein Lehrerzentrum in Aachen; einen Entwurf zur Neufassung der SLB-Themen zur Situation und Aufgabe von sozialistischen Lehrern.

SLB-INFO-REDAKTION

Reihe Roter Pauker

Materialien zur Unterrichtspraxis, Heft 10, Horst Hensel: Unterrichtseinheit „Arbeiterliteratur", 72 Seiten, broschiert, Einzelpreis DM 5,–, Gruppen bei Abnahme von mindestens 10 Stück DM 4,– je Exemplar, Bezug: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Wenn man als Lehrer an einer Hauptschule (Volksschule) weiß, daß die meisten Schüler und Schülerinnen dieser Schule Arbeiterkinder sind, wenn man sich dabei durch seine Tätigkeit mit den Kindern solidarisiert, was bedeutet, daß man sich auf den Standpunkt der Arbeiterklasse stellt, dann muß man folgerichtig danach trachten, diese Kinder mit den Kenntnissen, Fertigkeiten, Einstellungen und Handlungen (Qualifikationen) auszurüsten, die ihnen in ihrer gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen und individuellen Lebenspraxis nützlich sind. Diese Tätigkeit des Lehrers findete ihre schulischen Anknüpfungspunkte und ihre Grenzen in dem widersprüchlichen Charakter der Hauptschule als einer bürgerlichen Schule für Arbeiterkinder. Eine dieser Tätigkeiten ist es, diejenigen Unterrichtsgegenstände zu finden, deren Aneignung die Arbeiterkinder in den Stand setzen, ihre Lebenspraxis – richtig verstanden als aktive Teilnahme am Selbstbefreiungskampf der Arbeiterklasse – zu bewältigen. Solch ein Unterrichtsgegenstand ist die Arbeiterliteratur.

Arbeiterliteratur thematisiert gesellschaftliche und individuelle Lebenssituationen der Angehörigen der Arbeiterklasse – oft direkt aus der Sicht des Produktionsbereiches gestaltet, nicht selten in kämpferischer, emanzipatorischer, sozialistischer Perspektive. Dabei zeigt sich ihr Bewußtsein von den praktischen und theoretischen Problemen der Arbeiterklasse und deren möglich Lösungen auf unterschiedlichem Niveau.

Diese Unterrichtseinheit „Arbeiterliteratur" ist entwickelt an dem Einakter „Im Mittelpunkt steht der Mensch" und dem damit zusammenhängenden Schicksals seines Autors, des Chemiearbeiters Gerd Sowka. 1970 erlitt der damals 48jährige Sowka, verheiratet, drei Kinder, unverschuldet einen Arbeitsunfall. Eine Reifenwickelmaschine zerquetschte ihm die Hand, machte ihn zum Halbinvaliden. Fortan setzte ihn die Firma als Pförtner ein. Sowka, der Mitglied der Wuppertaler Werkstatt im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt war, schrieb einen Einakter über einen Arbeitsunfall: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Wenige Tage nach der Uraufführung seines Stückes stellte die Firma Sowka vorläufig frei, worauf dann eine Kündigung, ein Arbeitsgerichtsprozeß und die Rücknahme der Kündigung folgten.

Die UE versucht, am Fall Sowka und in der Verarbeitung des Stükkes „Im Mittelpunkt steht der Mensch" deutlich zu machen, daß Arbeiterliteratur aus der gesellschaftlichen Praxis der Arbeiter entsteht, die gesellschaftlichen Interessen der Arbeiter verändern will, und daß schreibende Arbeiter ein Arbeitsplatzrisiko eingehen. Vor allem soll die UE folgende Lernqualitäten vermitteln: Realistische Informationen über die Arbeitswelt – Antizipation der Berufsarbeit – Weckung von Solidarität – Handlungsdispositionen – Literatur als gesellschaftliche Praxis.

Die UE „Arbeiterliteratur" wurde praktiziert in der Klasse 8 einer Hauptschule mit 27 Schülern im Durchschnittsalter von 14 Jahren. Sie enthält einführende Überlegungen zur Arbeiterliteratur als Unterrichtsgegenstand für Kinder, Begründung der UE, didaktische Analyse, Unterrichtsziele, Verlaufsplan des Unterrichtsprozesses, Unterrichtsmaterialien der ersten und zweiten Unterrichtssequenz, den vollständigen Text des Einakters „Im Mittelpunkt steht der Mensch" sowie eine ausführliche Bibliographie von Arbeiterliteratur in der BRD von 1946 bis 1973/74.

Lip-Larzac – même combat

Seit drei Jahren kämpfen Bauern um das Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

Daß Bauern protestieren und sich wehren, wenn sie ihre Existenzbedingungen bedroht sehen, ist nichts Außergewöhnliches. Traktordemonstrationen sind, in Frankreich wie in der Bundesrepublik, kein ungewohnter Anblick. In Südfrankreich stehen Bauernunruhen fast auf der Tagesordnung, wenn sie auch nicht das Ausmaß der Winzerrevolte von 1907 erreichen, die Clemenceau von der Armee niederschlagen ließ. Bei aller Militanz einzelner Aktionen handelt es sich meistens nur um lokale „Jacquerien": so werden in Frankreich, nach einer Bauernrevolte im 14. Jahrhundert, Erhebungen der Bauern genannt, die mehr hilfloser Ausdruck von Unzufriedenheit und Verzweiflung sind als gezielte politische und soziale Aktionen.

Was sich seit 1971 auf dem Hochplateau des Larzac (im Süden des südfranzösischen Départements Aveyron) abspielt, gehört jedoch zu einer ganz neuen Etappe in der Geschichte der Bauernkämpfe. Der Anlaß ist in Frankreich allerdings kein Novum: wie bei Canjuers in der Provence und bei Fontevraud an der Loire will die Armee Land zugunsten von Truppenübungsplätzen enteignen, denn der Bedarf ist gestiegen, seitdem die Kolonien als Manöverplätze ausgefallen sind.

Im Herbst 1971 erfuhren die Bauern des Larzac aus dem Fernsehen, daß der benachbarte Truppenübungsplatz „Camp du Larzac" von 3000 auf 17 000 Hektar vergrößert werden soll. Um zu verhindern, daß sich die Arbeiter der kleinen Industriestadt Millau im Norden des Larzac mit den Bauern und ihrem Protest solidarisierten, versprach die Regierung so-

fort tausend neue Arbeitsplätze auf dem vergrößerten Übungsgelände. Doch als daraus bald nur noch fünfzig und dann ein Dutzend geworden waren und das Versprechen als Spaltungsmanöver durchschaut war, schlossen sich die Arbeiter den Demonstrationen gegen das Larzac-Projekt an.

Um die Empörung der Bauern zu kanalisieren und in unpolitische Bahnen zu lenken, gründeten einige Bürgermeister, Käsefabrikanten aus Roquefort, denen die Bauern des Larzac Schafsmilch lieferten, und andere Notabeln eine Gesellschaft zum Schutz des Larzac; in einem entsprechenden Départementskomitee sind unter anderem die Landwirtschaftskammern, der Bauernverband CDSEA, die Gewerkschaften CGT und CFDT vertreten.

Die französische Regierung gab sich unterdessen alle Mühe, die von dem Projekt betroffenen Bauern mit verlockenden Entschädigungsangeboten umzustimmen und sie gegeneinander auszuspielen. Doch sie erreichte genau das Gegenteil. Ein Bauer erklärte zu der ersten, schwierigsten Phase, dem Kampf um Aktionseinheit: „Wir waren durch Nachbarschaftshändel, Eifersüchteleien und Kleinlichkeit miteinander zerstritten. Im Angesicht der drohenden Vertreibung haben wir uns lange Abende hindurch bemüht, das alles zu vergessen und uns zu verstehen."

Von dem Augenblick an, in dem die Bauern imstande waren, mit einer Stimme zu sprechen, gaben die „wohlmeinenden" Honoratioren und offiziellen Organisationen den Versuch auf, ihre Beschützer und Vertreter ihrer „wahren" Interessen zu spielen, und begnügten sich mit organisatorischer und publizistischer Unterstützung. „Man hat jetzt gemerkt, daß ein Bauer selber denken und sprechen kann."

Solche Sätze sind keine Deklamation. Sie drücken tatsächlich aus, was den Kampf dieser Bauern von allen derartigen Protestaktionen unterscheidet: der aktive, selbstbewußte Umgang mit der Öffentlichkeit. Sie hatten dafür kein Vorbild und keine Theorie. Sie hatten nur erfahren, was es heißt, Objekt öffentlicher Berichterstattung zu sein, und daraus ihre Schlüsse gezogen. Sie wollten nicht mehr hilflos Lügen und Verleumdungen ausgeliefert sein.

Ein Fernsehbericht des Staatsrundfunks ORTF hatte den Ausschlag gegeben. Da war das Larzac mit Bildern von Ruinen, verrosteten Landmaschinen und zahnlosen alten Frauen als eine sterbende Region geschildert worden. Die Fernsehzuschauer sollten einsehen, daß es um dieses gottverlassene Plateau nicht schade wäre. Die Regierung wollte damit Stimmung machen für jene Farce, die sich „Untersuchung des öffentlichen Nutzens" nennt und die der Auftakt zur Prozedur der Enteignung ist.

In Wirklichkeit haben die militärischen Bürokraten mit dem Lazarc ein Gebiet als künftigen Schießplatz (und als Lagerplatz für Kernwaffen, wie Ökologen befürchteten) bestimmt, das hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktivität, der Produktionsweise und der Altersstruktur seiner Bewohner in ganz Frankreich ohne Beispiel dasteht. Auf dem Larzac ist die Landflucht vor Jahren zum Stillstand gekommen, es sind sogar junge Bauern von außerhalb gekommen, haben aufgegebene Betriebe modernisiert und brachliegende Felder rekultiviert. Die Produktion von Schafsmilch hat sich in sieben Jahren verdoppelt. Zehn Prozent der Betriebe sind landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaften (GAEC) gegenüber einem nationalen Durchschnitt von zwei Prozent, weitere Zusammenschlüsse sind geplant. Das alles erklärt die Verbitterung, mit der die Bauern des Larzac auf die Lügenpropaganda von der sterbenden Region reagieren, und die Entschlossenheit, mit der sie ihre Sache öffentlich vertreten.

Nicht mehr Objekt, sondern Subjekt öffentlicher Information sein, das ist das Ziel. Der Weg dahin war nicht leicht: „Wir haben uns langsam vorgewagt, dabei haben wir aber immer Angst gehabt, daß die Leute uns lächerlich finden, sich über uns lustig machen. Bauern auf der Straße, mit einem Transparent oder einem Mikrophon in der Hand, wenn man diesen Anblick nicht gewöhnt ist, schockiert er einen... Nach und nach haben wir uns daran gewöhnt, zu sprechen und zu erklären, und man hat Vertrauen zu uns gewonnen."

Die Bauern benutzten jede Gelegenheit, um ihren Widerstand und den Sinn ihrer Aktionen zu erläutern; die Interpretation ihres Kampfes ist eine zu wichtige Sache, um sie den Journalisten zu überlassen. Ihre Reden sind zum Bestandteil ihrer Aktionen geworden, kein Zeitungsbericht konnte darüber hinweggehen; den Journalisten blieb nichts anderes übrig, als ihre Zeilen mit langen Zitaten aus den Ansprachen der Bauern zu füllen.

So ist die Geschichte des berühmtgewordenen „langen Marsches nach Paris" auch eine Geschichte neuer Form von Öffentlichkeit (im Januar 1973 starteten 26 Bauern des Larzac mit ihren Traktoren zu einer Fahrt über 700 Kilometer, um dem Premierminister einen Brief zu überreichen und auf einer Großkundgebung in Paris zu sprechen; bis ihr Zug bei Orléans von der CRS gestoppt wurde, hatten sie unterwegs auf Dutzenden von Versammlungen gesprochen und mit den Zuhörern diskutiert – über Waffenexport und Selbstbestimmung, Gewerkschaftsfragen und das Recht auf den Arbeitsplatz).

Auf jedem Traktor war eine Mistgabel befestigt gewesen, die Zinken mit Stacheldraht verbunden: Symbol für die drohende Vernichtung ihrer Produktionsmittel. Solche Symbole sind zu einem ihrer wichtigsten Ausdrucksmittel ge-

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ

zeitschrift
zu theorie und praxis
der entwicklungspolitik

themen:

1973
2/3 Europäische Gemeinschaft und Dritte Welt
1974
1 Aktion und Unterricht zur Dritten Welt
2 Ganz kleine Brötchen für die Dritte Welt - Zur Kritik Kirchlicher Entwicklungshilfe
3 Tanzania
in Vorbereitung:
4/5 Sozialistische Länder und Dritte Welt
6 Indien

Abonnement 4 Einzel- und 1 Doppelheft im Jahr: 11,- DM; Einzelh.: 2,- DM; Doppelh.: 3,- DM

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
c/o Erfried Adam 2 Hamburg 19 Postfach 2846

PROBLEME DES KLASSEN-KAMPFS ★ **13**

DM 7,00

Erhältlich in den Buchläden oder direkt beim Verlag:
POLITLADEN ERLANGEN 852 ERLANGEN POSTFACH 2849

Abonnements sind nur direkt vom Verlag beziehbar. Abo-Preis für 6 Einfachhefte (bzw. 2 Einfach- und 2 Doppelhefte) ist DM 31,00 inklusive Versandkosten. Luftpostabonnements (nur außerhalb Mitteleuropas): DM 36,00. Die Lieferung wird aufgenommen, sobald der Abo-Betrag beim Verlag eingegangen ist. Dabei ist anzugeben, ab welchem Heft die Zusendung gewünscht wird, wobei frühestmöglicher Abo-Beginn das zuletzt erschienene Heft ist. Bezahlung durch Überweisung an Politladen GmbH, 852 Erlangen, Konto Nr. 3234-850 Postscheckamt Nürnberg oder Konto Nr. 1190 Raiffeisenkasse Effeltrich/Ofr. Auslandsüberweisungen bitte nur per Post, da Banküberweisungen mit Gebühren belastet werden.

Norbert Kostede	**Akkumulation und Mittelklassen**
Redaktionskollektiv Gewerkschaften	**Bedingungen sozialistischer Gewerkschaftsarbeit**
Altvater/Hoffmann/ Schoeller/Semmler	**Entwicklungsphasen und -tendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland (I. Teil)**
Pedro Garcia Lopez	**Materialien zur spanischen Streikbewegung der letzten Jahre**

kleinanzeigen

In der Philosophischen Fakultät der RWTH Aachen ist ab sofort die Stelle eines wissenschaftlichen Rates und Professors für **Erziehungswissenschaft** zu besetzen. Interessenten sollten die Ausschreibungsunterlagen sofort anfordern bei dem Dekan der Philosophischen Fakultät der RWTH Aachen, 51 Aachen, Kármánstr. 19.

Unser Team, das in München versucht, eigene pädagogische Vorstellungen innerhalb einer Institution durchzuführen, sucht ab sofort einen männlichen Mitarbeiter, der bereit ist, im Team offene Arbeit mit zum Teil gefährdeten Kindern und Jugendlichen in einem **Arbeiterviertel mit Randgruppenproblematik** zu leisten. Interessenten wenden sich an Info Sozialarbeit im Sozialistischen Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Die seit Anfang des Jahres verstärkt festzustellenden Repressionsmaßnahmen der jugoslawischen „Bürokratie und ihrer Verbündeten" gegen die „Praxis"- haben uns veranlaßt, einen Sonderinfo herauszubringen mit **Dokumenten über die Repression in Jugoslawien.** In ihm werden die bisher in der BRD nicht zugänglichen Stellungnahmen der betroffenen Professoren und die Solidaritätserklärung der Studenten der Universitäten Belgrad, Ljubljana und Zagreb abgedruckt. Das Info enthält u. a. Beiträge von Marković, Tadić und von dem Redaktionskomitee der Zeitschrift: „Tribuna". Bezug gegen DM 1,30 in Briefmarken: Sozialistisches Osteuropakomitee, A. Brandt, 2 Hamburg 60, Großheiderstr. 1.

Bericht von Amnesty International über **Politische Haft in Spanien** (aus dem Englischen übersetzt). Aus dem Inhalt: Historische Voraussetzungen — Der juristische Rahmen — Gesetzlich festgelegte Rechte des Häftlings — Die Bedingungen in den spanischen Gefängnissen — Fallberichte. Bezug gegen DM 2,— in Briefmarken: Amnesty International, Spanien-Koordinationsgruppe, c/o Joachim Knoop, 1 Berlin 61, Großbeerenstr. 13.

Ausländerrecht. Textsammlung mit alphabetischem Wegweiser durch das gesamte Ausländerrecht. Herausgegeben von Rechtsanwalt Hans Heint Heldmann. 272 Seiten, Taschenbuchformat, Bezug gegen DM 10,— in Briefmarken. RA Heldmann, 61 Darmstadt, Jahnstr. 103.

In der Nr. 5 von **Carlo Sponti** befaßt sich der Arbeitskreis Sozialistischer Hochschulgruppen Heidelberg u. a. mit dem SB. Außerdem: Der Kampf des KBW und die Köpfe der Studenten; Zum Frankfurter April-Seminar (Politische Praxis und persönliche Emanzipation). Bezug gegen DM 1,— in Briefmarken: Wolfgang Stather, 69 Heidelberg, Seminarstr. 2.

worden; doch keine symbolische Handlung, die ihre Wirksamkeit nicht davon bezogen hätte, daß sie zugleich eine reale Aktion war. Auf einem Grundstück, das ein gaullistischer Abgeordneter nicht lange vor dem Beginn der „Affäre Larzac“ (Le Monde) gekauft hatte, säten sie Getreide ein, um damit auf die Bodenspekulation aufmerksam zu machen, die auf ihrem Rücken getrieben wurde. Im Sommer 1973 beschlossen die Bauern, entgegen einem Verbot des Präfekten auf dem Gelände des geplanten Übungsplatzes einen riesigen neuen Schafstall zu bauen, der die Herden einer neuen landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaft aufnehmen wird. Und sie schickten ihre Wehrpässe an das Verteidigungsministerium und weigerten sich trotz Strafandrohung, sie zurückzunehmen.

Als die Arbeiter von Lip in Besançon ihre Fabrik besetzten und die Uhrenproduktion in eigene Regie nahmen, verstanden sie sofort, was dieser aktive Streik bedeutete. Denn sie selbst hatten im Jahr davor in Millau einen Streik miterlebt, bei dem die Arbeiter nicht für mehr Lohn, sondern für menschlichere Arbeitsbedingungen kämpften, und sie hatten ihnen geholfen, den Streik erfolgreich durchzustehen. Als im Sommer 1973 hunderttausend Menschen zu dem „Marsch auf das Larzac“ aufbrachen, war eine große Delegation der Lip-Arbeiter dabei; umgekehrt nahmen Larzacbauern am Solidaritätsmarsch auf Besançon teil. An dem Tag, an dem die Mobilgarde die besetzte Fabrik Lip räumte, ließen die Bauern aus Protest ihre Arbeit ruhen. Der Kampf dieser Bauern ist keine Episode, er hat eine neue Periode im Kampf um Öffentlichkeit eingeleitet. Weil er die Beziehungen der Bauern untereinander verändert hat, konnten die Bauern auch zu anderen neue Beziehungen aufnehmen, sich mit dem Kampf der Arbeiter solidarisieren. Und sich mit den Problemen der „Dritten Welt“ auseinandersetzen: weil sie der Ansicht sind, daß ihr Land zu etwas anderem als zum Versuchsgelände für neue Waffen taugt, die zum Export in die „Dritte Welt“ bestimmt sind, haben sie Getreide angepflanzt, das sie in diesem Sommer ernten und in die afrikanischen Hungergebiete schicken wollen.

„Es sind weder Marxisten noch arme Leute“, schreibt „Libération“; „und die Einrichtung des Truppenübungsplatzes würde sie finanziell nicht einmal schädigen. Weshalb wehren sie sich dann seit ein paar Jahren? Es ist der kleine, ganz einfache Gedanke, daß eine menschliche Gemeinschaft das Recht hat, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen.“

LOTHAR BAIER

Weitere Informationen durch: „Comité Départemental de Sauvegarde du Larzac“, Chambre d'Agriculture, Route de Moyrazés, F-12009 Rodez und Lothar Baier, 6 Frankfurt/M 70, Gutzkowstr. 5

links

Chile-Solidarität zur Fußball-WM

Das Westberliner Chile-Komitee hat das Auftreten der chilenischen Nationalmannschaft im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft für eine umfassende Kampagne gegen das Terrorregime der Junta genutzt. Dabei ging es vor allem um Aktionen während der Spiele der chilenischen Elf. Absicht dieser Aktionen war es in erster Linie, gegenüber den Fernsehzuschauern in Chile die Solidarität der westeuropäischen Linken mit dem Widerstandskampf des chilenischen Volkes zum Ausdruck zu bringen (die Spiele wurden direkt nach Chile übertragen). Dementsprechend konzentrierte man sich auf Transparente und Sprechchöre in spanischer Sprache.

Zum Spiel BRD gegen Chile hatte das Westberliner Komitee den Verkauf von ca. 800 Eintrittskarten an Genossen organisiert. Der Block des Komitees mit seinen Transparenten (siehe Foto) kam jedoch nicht ins Fernsehbild. Bei der darauffolgenden Begegnung DDR gegen Chile versuchte die Polizei dann mit einem massiven und brutalen Einsatz weitere Aktionen zu verhindern. Während die Polizei auf die Demonstranten einschlug, ihre Transparente zerriß und einige Genossen verhaftete, praktizierten die SEW und ihre Hochschulgruppen sowie die ca. 3000 Schlachtenbummler aus der DDR ihre ganz eigene Form von Chile-Solidarität: sie skandierten „... 8 — 9 — 10 — Klasse“ und „DDR — DDR ...“ Keiner von ihnen kam auf die Idee, sich an den Sprechchören des Chile-Komitees zu beteiligen und gegen die Knüppelei der Polizei zu protestieren, — nicht einmal die Forderung „Freiheit für Luis Corvalan“ wurde von ihnen aufgegriffen. Sport hat offensichtlich auch für diese Genossen nichts mit Politik zu tun ...

Das Westberliner Chile-Komitee hat soeben eine zweite Sondernummer der „Chile-Nachrichten“ herausgegeben, die folgende Beiträge enthält:

- **Fernando Mires: Die chilenische Wirtschaftskrise und die Militärregierung**
- **Urs Müller-Plantenberg: Grundzüge und Ergebnisse der Bündnispolitik der chilenischen Linken 1970—1973**
- **Klaus Meschkat: Neue Organisationsformen der chilenischen Arbeiterklasse während der Unidad Popular**

Diese Sondernummer ist zum Solidaritätspreis von DM 2,— über die Adresse des Westberliner Komitees, c/o ESG, 1 Berlin 31, Koblenzer Str. 8, zu beziehen.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611 / 83 25 93 ● Redaktion „links“ z. Z. Andreas Buro, Dieter Esche, Egbert Jahn, Roland Roth, Eva Senghaas-Knobloch (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe), Gert Schäfer ● Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 0611/832593. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,50, Jahresabonnement DM 18,— zuzüglich DM 3,— Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041—604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links“ wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospekt des Politladen Erlangen „Neue Bücher Sommer 74“; Prospekt „Trikont Gesamtprogramm '74“; Bücher- & Paperliste; Prospektkarte „links“ + „express“; Prospekt „Jetzt abonnieren!“; „links“-Extrablatt.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1. 4. 1974 „links“ sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das restliche Jahr 1974 DM 15,— (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt werden.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift